

Jahresbericht 2014



AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Politische Bildung ist Mehrwert

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Herausgeber:



Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 4 00 401 00

Fax: 030 - 400 401 22

E-Mail: info@adb.de

Internet: www.adb.de

Redaktion: Ina Bielenberg, Dr. Friedrun Erben (AdB)

Layout: LayoutManufaktur, Berlin

Fotos: Herbert-Wehner-Bildungswerk (S. 17)

Paul Ciupke (S. 20)

Ali Evdedurmaz (S. 23)

Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus (S. 31)

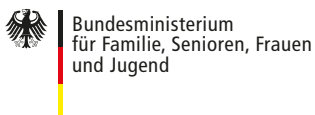
Jens Lindemann (Titel; S. 42)

Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm (S. 47)

Druck: Point of Print, Berlin

Berlin, Mai 2015

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend gefördert.



Politische Bildung ist MehrWert

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Jahresbericht 2014

Inhalt

Vorwort	5
1. Politische Bildung ins Gespräch gebracht. Ziele und Schwerpunkte	7
2. Politische Bildung ist MehrWert. Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse	11
Programm Politische Jugendbildung im AdB	11
(Mehr)Wert politische Jugendbildung. Der AdB auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Berlin	15
Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit	16
Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen – Studie zur Entwicklung einer fachlichen Definition	17
„1914–2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung – AdB-Jahresthema 2014	19
Demokratisches Zusammenleben in einer globalisierten Welt – Politische Bildung International	21
Democracy and Human Rights Education in Europe – Netzwerk DARE	25
Qualifizieren und Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB	26
Politische Bildung weiterentwickeln – Fachkommissionen im AdB	31
Politische Bildung sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB	35
Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit	39
3. Querschnittsthemen	42
Gender Mainstreaming	42
Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung	43
4. Verbandsentwicklungen	44
Vorstand	44
Mitgliederentwicklung	47
5. Gesellschaftliche Herausforderungen annehmen – Kompetenzen und Strukturen nutzen. Schlussfolgerungen und Perspektiven	49
Positionen	53
Kompetenzerwerb und Kompetenzfeststellung in der politischen Bildung	53
„Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“	56
Der AdB im Überblick	57
Veranstaltungen des AdB	57
Mitglieder des Vorstands	59
Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“	59
Mitglieder der Fachkommissionen	59
Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm „Politische Jugendbildung“ im AdB im Rahmen des KJP	62
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle	63
Mitgliedschaften und Gremienarbeit	64
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.	65

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahre 2014 war mit seiner Vielzahl an Themen, Veranstaltungen, Projekten, Publikationen und Gremiensitzungen ein arbeitsintensives Jahr für den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir Ihnen – ausführlich im



Berichtsteil und überblicksartig im Anhang – einen Ein- und Überblick über diese vielfältigen Aktivitäten des Verbandes geben. Beim interessierten Durchblättern und -lesen werden Sie dann hoffentlich feststellen, dass sich die Arbeit des AdB gelohnt hat und mit Recht behauptet werden kann, dass es nicht nur ein arbeitsintensives, sondern auch ein erfolgreiches Jahr war.

Von Erfolg gekrönt war zum Beispiel unser Antrag beim Innovationsfonds Eigenständige Jugendpolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unsere Projektidee, mit der wir uns um Förderung beworben haben, verknüpft die Problematik des demografischen Wandels der Gesellschaft mit der Frage nach politischer Teilhabe und Teilhabegerechtigkeit. „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit“ ist der Titel des Projekts, das wir 2014 gemeinsam mit vier Mitgliedseinrichtungen beginnen konnten. Das zuständige Fachreferat im BMFSFJ hat unserer Idee eine hohe Innovationskraft bescheinigt, so dass wir, zum zweiten Mal, ein Projekt mit Mitteln des Innovationsfonds durchführen können.

Beteiligt hat sich der AdB auch an einer Ausschreibung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Frauen und Gesundheit. Ausgeschrieben wurde eine „Untersuchung zur Erarbeitung einer fachlichen Definition für Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen durch die Entwicklung qualitativ messbarer und überprüfbarer Mindeststandards im Rahmen der Umsetzung des Landesjugendförderplans 2012 bis 2015“. Wir haben uns bei dieser Ausschreibung beworben, weil wir es für den richtigen Weg erachten, aus der freien Trägerszene heraus eine solche Definition zu erarbeiten, um keinen Vorgaben von arbeitsfeldfremden Akteuren folgen zu müssen. Aufgrund der nachgewiesenen Expertise im AdB hat die Geschäftsstelle den Zuschlag bekommen und konnte, in enger Zusammenarbeit mit den Trägern in Thüringen, eine für Träger

und Ministerium zufriedenstellende und tragfähige Definition erarbeiten, die auch interessant sein könnte für anderen Bundesländer.

Erfolgreich weiterentwickelt hat sich auch die Öffentlichkeitsarbeit im AdB. Unserem „Flagschiff“, der Fachzeitschrift *Außerschulische Bildung*, wurde ein überarbeitetes Konzept und ein neues Aussehen verliehen, das mit der ersten Ausgabe 2015 öffentlich wird. „Politische Bildung sichtbar machen“ war unser Motto, unter dem wir auch einen neuen Flyer erstellt haben, in regelmäßigen, kurzen Zeitabständen die Homepage aktualisiert und die Pressearbeit deutlich gesteigert haben. Politische Bildung und die Arbeit in den Bildungsstätten verträgt mehr öffentliche Aufmerksamkeit, hier ist auch in den kommenden Jahren sicher noch „Luft nach oben“.

Unsere insgesamt sechs Fachtage und Fortbildungen in Berlin, Bielefeld, Blossin, Bovenden und Königswinter waren gut besucht. Es ist uns gelungen, zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedseinrichtungen des AdB und darüber hinaus Anstöße und Impulse für die eigene Arbeit zu vermitteln. Dabei haben wir Wert darauf gelegt, dass die unterschiedlichen Berufsgruppen der Einrichtungen, von der Leitung über das pädagogische Personal bis hin zur Hauswirtschaft, mit den Veranstaltungen angesprochen wurden.

Zu der positiven Entwicklung im AdB passte die gute Nachricht Mitte des Jahres 2014, dass der Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und damit auch die Mittel für die Förderung der freien Träger, deutlich angehoben wurden. Diese Mittel kommen den von der bpb anerkannten Einrichtungen direkt zugute und können – nach langer Zeit endlich einmal wieder – als Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit in den Einrichtungen gewertet werden. Die Anhebung war und ist auch dringend notwendig, denn die Herausforderungen, vor denen die politische Bildung steht, sind nicht geringer geworden. Die Pegida-Bewegung und ihre diversen Ableger haben Politik und Gesellschaft aufgeschreckt und stellen uns in der politischen Bildung vor die Fragen, wofür diese Entwicklungen eigentlich stehen und wie mit ihnen umzugehen ist. Welche Angebote können die Einrichtungen der politischen Bildung machen, wen können wir (noch) erreichen? Weitere Herausforderungen für die politische Bildung sind die zunehmende Islamfeindlichkeit ebenso wie der verstärkt sichtbar werdende Antisemitismus. Auch die Frage der Ungleichheit in der Demokratie und die damit verbundenen ungleichen Teilhabechancen müssen und werden in der politischen Bildung thematisiert.

Die Erhöhung der Fördermittel der Bundeszentrale war daher höchst willkommen, sie darf aber keinesfalls ein singuläres Ereignis sein! Der AdB wird sich im Verbund mit dem Bundesausschuss politische Bildung und den anderen bundeszentralen Trägern dafür einsetzen, dass es nicht bei der einmaligen Anhebung bleibt, sondern dass eine Verstetigung des erhöhten Etats erreicht wird.

Das Programm Politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) wurde leider nicht erhöht, obwohl auch hier die Aufgaben nicht weniger werden. Allerdings wurde mit dem Abschlussbericht zur Evaluation des Programms ein wichtiges Dokument vorgelegt, erstellt vom Deutschen Jugendinstitut. Die Grundlage für die Evaluation bildet der Koalitionsvertrag, in dem festgelegt wurde, den KJP „einer Prüfung zu unterziehen und die Förderstrukturen umfassend zu modernisieren“. Ziel sollte es sein, das wichtigste Förderinstrument auf Bundesebene im Bereich Jugendpolitik hinsichtlich seiner Wirkungen und Nachhaltigkeiten zu evaluieren.

Der Bericht bestätigt in weiten Teilen die Wirksamkeit der Förderung durch den KJP und bescheinigt der politischen Bildung „ein unabdingbarer Bestandteil einer modernen Jugendbildungsarbeit“ zu sein. Insbesondere die positiven Effekte durch die Arbeit der bundeszentralen Träger, dazu gehört auch der AdB, werden hervorgehoben. Beratungs- und Qualifizierungsangebote, Konzeptentwicklung, Bündelung und Dissemination von Fachwissen, Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung gewährleisten, so ist im Bericht nachzulesen, die Qualitätsentwicklung der Praxis und stärken den gesellschaftlichen Stellenwert politischer Jugendbildung.

In der Steuerungsgruppe zur Evaluation hat sich der AdB insbesondere für den Wert und die Bedeutung der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten stark gemacht. Deren besondere Funktion und Aufgabe findet im Bericht ebenfalls ihren Niederschlag: „In diesem Zusammenhang ist die Funktion der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, die in bundesweite Netzwerke eingebunden sind, auch als Verbindungsglied zwischen Bundesebene und der regionalen Ebene vor Ort hervorzuheben. Durch ihre Anbindung an die Bundesgeschäftsstellen sind sie in der Lage,

als Informationskanal für die Bundesgeschäftsstellen in Bezug auf ihre Arbeit vor Ort sowie für die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort zu dienen.“ Durch den Bericht sieht sich der AdB in seiner Arbeit bestätigt, insbesondere in der Ausgestaltung des Programms Politische Jugendbildung im AdB und in der qualifizierenden, beratenden und begleitenden Zentralstellenarbeit.

Eine Bestätigung der Arbeit des AdB kann auch in der Aufnahme neuer Mitgliedseinrichtungen gesehen werden. Gleich drei Bildungsstätten haben sich für die Mitarbeit im AdB interessiert und wurden von der Mitgliederversammlung im November mit großer Mehrheit aufgenommen. Leider, das sollte nicht verschwiegen werden, sind auch drei Einrichtungen ausgeschieden, da sie sich konzeptionell und inhaltlich aus dem Arbeitsfeld der politischen Bildung verabschiedet haben.

Für den AdB ist mit der Mitgliederentwicklung die grundsätzliche Frage der strukturellen Weiterentwicklung des Verbandes verknüpft. Das Arbeitsfeld der politischen Bildung entwickelt sich dynamisch weiter, neue Akteure kommen hinzu, mit anderen ergeben sich fachliche Überschneidungen wie z. B. mit Gedenkstätten, sozialen Einrichtungen oder Migrantenorganisationen. Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es hier für den AdB und welche könnten in Zukunft entstehen? Wer könnte neuer Partner für den Verband sein und wo kann der AdB seine Expertise unterstützend einbringen? Dies sind Fragen, mit denen sich die Kolleginnen und Kollegen in Vorstand und Geschäftsstelle intensiv auseinandersetzen, um den AdB zukunftsfest zu machen. Ihnen möchte ich insbesondere für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr danken, ebenso wie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Mitgliedseinrichtungen des AdB, die sich mit Engagement und Freude in die Verbandsarbeit eingebracht haben. Nicht zuletzt geht mein Dank an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Unterstützung unserer Arbeit. Auch nach einem erfolgreichen Jahr gibt es noch viel zu tun – ich freue mich darauf!

Ulrich Ballhausen
Vorsitzender

1 Politische Bildung ins Gespräch gebracht

Ziele und Schwerpunkte



Politische Bildung ist eine eigene Profession, die allen Menschen Orte und Gelegenheiten bietet, Wissen über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu erwerben, sich über historische Entwicklungen und aktuelle Ereignisse ein eigenes Urteil zu bilden, Wege kennenzulernen, sich in das demokratische Gemeinwesen einzumischen und es im Großen wie im Kleinen mitzugestalten.

Die Begrifflichkeit „außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ ist dabei jedoch leider keine eingängige, leichte Formulierung. Sie ist nicht dazu angetan, gleich beim ersten Lesen oder Hören Verständnis für die Inhalte, Themen, Strukturen und Akteure zu wecken, die sich dahinter verbergen. Diejenigen, die schon einmal an einer Veranstaltung der politischen Bildung teilgenommen haben, sind in der Regel begeistert von den interessanten Themen, anregenden Methoden, neuen Erkenntnissen und inspirierenden Begegnungen, die ihnen ermöglicht wurden. Diejenigen,

die noch keine Bildungsstätte besucht haben, haben oft wenig Vorstellung von dem, was sie erwarten könnte. Politikerinnen und Politiker haben zuweilen die Vorstellung der „schnellen Einsatztruppe“, die immer dann gerufen werden kann, wenn irgendwo ein Problem auftaucht – von der geringen Wahlbeteiligung bis hin zum fremdenfeindlichen Anschlag.

Es ist daher ein zentrales Anliegen des AdB, politische Bildung immer wieder und immer wieder neu ins Gespräch zu bringen, um die Angebote und Projekte, die Einrichtungen und Träger, die Themen und Inhalte sowie die Chancen und Möglichkeiten für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft sichtbar zu machen und zu vermitteln. Ins Gespräch gebracht werden müssen aber auch die Akteure politischer Bildung untereinander, um sich kennenzulernen, um voneinander zu lernen und um sich zu vernetzen, damit gemeinsam die fachlichen Anliegen politischer Bildung

weiterentwickelt werden können. Nicht zuletzt das Gespräch zwischen Trägern und Einrichtungen politischer Bildung und der Politik ist von zentraler Bedeutung, um sich über Anliegen und Themen auszutauschen, gesellschaftliche Herausforderungen zu diskutieren und den gesetzten (förder-)politischen Rahmen gemeinsam zu justieren.

Die Kommunikation über politische Bildung auf den unterschiedlichen Ebenen – untereinander, mit Partnern, Politik und Öffentlichkeit – ist ein Schwerpunktanliegen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, das auf vielfältige Weise umgesetzt wurde.

Öffentlichkeitsarbeit neu aufgestellt

Die Öffentlichkeitsarbeit des AdB stand dabei im Mittelpunkt. Zentrales Instrument der fachlichen Kommunikation ist die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“. Sie hat zum Ziel:

- zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Bildung beizutragen;
- aktuelle Themen aus Politik und Gesellschaft aufzugreifen und für die Praxis politischer Bildung aufzubereiten;
- Methoden der Bildungsarbeit vorzustellen;
- aus dem Arbeitsfeld insgesamt sowie aus dem Verband zu berichten;
- und damit die Profession insgesamt zu qualifizieren und zu stärken.

Um diese Ziele noch besser zu erreichen, die Inhalte klarer zu gliedern, neue Rubriken zu integrieren und die Lesefreundlichkeit zu erhöhen, wurde das Gesamtkonzept überarbeitet. Eine eigene Arbeitsgruppe wurde beauftragt, in Rückkoppelung mit dem Vorstand ein verändertes Produkt zu entwickeln. Am Ende der konzeptionellen und optischen Erneuerung soll, so das erklärte Ziel, auch ein vergrößerter Leserkreis und neu gewonnene Zielgruppen stehen.

Auch die anderen Elemente der Öffentlichkeitsarbeit wurden einer Überprüfung unterzogen. So galt es, einen neuen Flyer mit klaren Botschaften über den AdB und seine Arbeit zu entwickeln, die Homepage als zentrale Informations- und online-Kommunikationsplattform weiterzuentwickeln und die Zahl der Pressemeldungen zu erhöhen. Gerade die externen Medien regelmäßig und verlässlich mit Informationen aus dem AdB, den Mitgliedseinrichtungen und der politischen Bildung insgesamt zu versorgen ist von entscheidender Bedeutung, um politische Bildung dauerhaft ins Gespräch zu bringen.

Themenvielfalt

Politische Bildung beschäftigt sich mit einer großen Bandbreite unterschiedlicher Themen und Inhalte. Sie will und muss unterschiedliche Themen bereithalten, da die Seminare und Projekte der Bildungsstätten und Bildungswerke freiwillige Angebote sind

und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich nur für ein Angebot entscheiden, wenn ihre Fragen und Interessen aufgegriffen werden. Zugrunde liegt dabei ein weiter Politikbegriff, der im Alltag der Jugendlichen und Erwachsenen verankert ist und immer wieder die Bezüge zwischen individuellem Handeln und gesellschaftlichen Fragen sichtbar macht. Es ist Aufgabe des AdB, verschiedene Themen der politischen Bildung aufzugreifen, für die Träger und Einrichtungen aufzubereiten und nach außen zu kommunizieren.

Auch im Berichtsjahr wurde die Vielzahl der Themen im Programm des AdB sichtbar. Im Mittelpunkt stand dabei das Jahresthema, das aus aktuellem Anlass „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung“ lautete. Mit einer Fachtagung, regelmäßigen Informationen in der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ und einem eigenen Bereich auf der Homepage mit Literaturhinweisen, Praxisbeispielen, Verweisen und Materialien wurde das Thema im AdB aufgegriffen und umgesetzt. Ziel war es, den Mitgliedseinrichtungen den aktuellen (wissenschaftlichen) Diskurs zu vermitteln, Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur zu thematisieren und dadurch eigene Projekte und Aktivitäten historisch-politischer Bildung anzuregen.

Der Auftakt für das kommende Jahresthema 2015 fand ebenfalls bereits Ende 2014 statt. Der Verband entschied sich für einen hoch aktuellen Schwerpunkt: „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“. In der Auftaktveranstaltung Ende November wurde die Größe und Komplexität des Themas und seine Verknüpfungen mit zentralen Fragen politischer Bildung wie die nach der Einhaltung von Menschenrechten, den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft oder der Zukunft Europas deutlich.

Auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag wurde weit über den Kreis der Träger politischer Bildung hinaus der „(Mehr) Wert politische Jugendbildung – Bürgerkompetenz in der Arbeitsgesellschaft“ diskutiert. Dabei ging es um die Kompetenz zur Beurteilung struktureller, ethischer und politischer Fragen innerhalb der Arbeitswelt.

Im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ beschäftigten sich die beteiligten Jugendbildungsreferentinnen und -referenten weiterhin mit den vier gesetzten Themenschwerpunkten

- Globalisierung und Medienkommunikation
- Partizipation und Demokratie in und mit der Schule
- Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft
- Arbeitsweltbezogene politische Bildung

Im Mittelpunkt der zentralen Arbeitstagung stand im Berichtsjahr die Arbeitswelt und ihre Bedeutung für Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Ziel, die Erkenntnisse und Erfahrungen der Projektgruppe allen am Programm Beteiligten zur Verfügung zu stellen.

Weitere Themen im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wurden in der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, in weiteren Fachpublikationen sowie in den Kommissionen und Arbeitsgruppen aufgegriffen und bearbeitet. Dazu gehörten u. a. die Themen „Rechtsextremismus und Demokratie“, „Inklusion“, „historisch-politisches Lernen“ sowie „Kompetenzen und Kompetenzerwerb in der politischen Bildung“.

Kompetenzdebatte führen

Die angesprochene Debatte um Kompetenzen, den Erwerb und die Dokumentation von Kompetenzen in der politischen Bildung wurde bereits seit längerem im AdB geführt und sollte im Berichtsjahr in einer Positionierung münden. Den politischen Hintergrund für diese Debatte lieferten u. a. das Konzept des Lebenslangen Lernens, die Entwicklung eines Qualifikationsrahmens auf europäischer Ebene (EQR) sowie die Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR), deren Ziel es ist, in Europa einen gemeinsamen Bildungsraum zu schaffen und Qualifikationssysteme vergleichbar und transparent zu gestalten, um die Mobilität von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu erhöhen und die Chancengerechtigkeit zu verbessern.

Als Fachverband der politischen Bildung sah es der AdB als eine seiner Aufgaben an, sich mit den bildungspolitischen Entwicklungen auseinanderzusetzen und die innerverbandliche Debatte über das Verständnis politischer Bildung, über den Erwerb von Kompetenzen und über Instrumente für deren Anerkennung und Sichtbarmachung anzuregen. Die besondere Herausforderung lag darin, die Debatte differenziert zu führen, da politische Bildung in unterschiedlichen Kontexten – Jugendbildung, Weiterbildung, Ausbildung u. a. – stattfindet. Daher waren alle Gremien und die verschiedenen Fachkommissionen des Verbandes in diese Diskussion einbezogen mit dem Ziel, ein Papier zu entwickeln, das den aktuellen Stand der Debatte im AdB wiedergibt und den Klärungsbedarf auf fachlicher, politischer oder wissenschaftlicher Ebene formuliert.

Internationale Arbeit ausbauen

Ein zentrales Arbeitsfeld im AdB, in dem sich die Themenvielfalt des Verbandes ebenfalls spiegelt, ist die europäische und internationale Bildungsarbeit. Der weitere Ausbau der Aktivitäten und der Kompetenz im AdB bildete einen Schwerpunkt im Berichtsjahr. Dazu zählt die Unterstützung von Mitgliedseinrichtungen bei der Durchführung eigener Maßnahmen. Im Rahmen seiner Zentralstellenarbeit förderte der AdB Austauschprojekte von Trägern mit den Ländern Russland, Tschechien, China und Israel. Dazu zählen auch die Durchführung eigener Projekte in Kooperation mit Mitgliedseinrichtungen. „Bildungsraum Austausch“ hieß die Zusammenarbeit mit dem föderalen staatlichen Kinderamt Moskau und der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, die das Ziel hatte, im fachübergreifenden Dialog Anspruch und Anliegen politischer Bildung in der internationalen Jugendarbeit besser zu verankern.

Die deutsch-mongolische Zusammenarbeit stand ganz im Zeichen des 20jährigen Jubiläums. Hier galt es, Bilanz zu ziehen, Errungenschaften und Herausforderungen zu reflektieren und Perspektiven der weiteren Kooperation auszuloten.

Die weiteren Aktivitäten galten dem Ausbau der internationalen vertikalen und horizontalen Vernetzung des AdB. Dazu gehörten die Mitarbeit in Gremien, die Mitwirkung an Fachveröffentlichungen zum Transfer des Know-hows und auch die interessante Erfahrung, im Rahmen des Job-Shadowing mit einem spanischen Kollegen in der AdB-Geschäftsstelle zusammenzuarbeiten.

Generationen ins Gespräch gebracht

Als ein wichtiger Schwerpunkt schälte sich im Berichtsjahr ein Thema heraus, das sowohl inhaltlich als auch strukturell die politische Bildung umtreibt. Es geht um den demografischen Wandel der Gesellschaft, der sowohl ein gefragtes Thema in den Bildungsveranstaltungen der Mitgliedseinrichtungen ist als auch die politische Bildung als Profession und Arbeitsfeld vor neue Herausforderungen stellt.

In vielen Mitgliedseinrichtungen des AdB sind bereits langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand gegangen oder stehen absehbar davor, die Einrichtung aus Altersgründen zu verlassen. Dies betrifft vor allem die Geschäftsführer/-innen und Verwaltungsleiter/-innen, also die Leitungsebene der Einrichtungen und Träger. Die Bildungsstätten und Bildungswerke sehen sich vor die Frage gestellt, wie jahrelang erworbenes Wissen und Erfahrung an die nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden kann. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die neuen Mitarbeitenden vielfach nicht aus der politischen Bildung selbst kommen, sondern zuvor in angrenzenden Arbeitsfeldern tätig waren. Dadurch stellt sich die Frage der gelingenden Gestaltung des Übergangs noch dringlicher, da auf wenig Erfahrung zurückgegriffen werden kann.

Gleich drei Kommissionen haben sich im Berichtsjahr daher mit der Problematik auseinandergesetzt. Die Kommission Europäische und Internationale Bildung hat über einen längeren Zeitraum ein Papier entwickelt, da es darum ging, einen Generationenwechsel in der Arbeit der Kommission zu begleiten und mit den „Newcomern“ und den erfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen in der Kommission eine gemeinsame Entwicklung zu durchlaufen. Die Kommission Verwaltung und Finanzen beschäftigte sich in der gesamten Sitzungsperiode mit Fragen von Personal und Personalmanagement. Auf dringlichen Wunsch der Kommissionsmitglieder wurde die Frage der Gestaltung des Übergangs auf die Tagesordnung gesetzt. Erfahrungen aus allen Häusern wurden eingebracht und ausführlich diskutiert. In der Kommission Erwachsenenbildung wurde das Thema vor dem Hintergrund folgender Fragen diskutiert: Wie können Erfahrungswissen und Inhalte von einer Generation an die andere weitergegeben werden? In welcher Weise ändert sich der Blickwinkel auf die politische Bildung und das Verständnis von ihr durch den Generationenwechsel?

Vorstand und Geschäftsstelle des AdB sahen es als ihre Aufgabe an, die neuen Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen zu unterstützen und ihnen ein passgenaues Angebot für ihre Bedürfnisse zu machen. Zum Jahresende fand in Berlin eine eintägige Fortbildung statt, die grundlegend in die Themen, die Geschichte, die Struktur und Förderung der politischen Bildung einführte. Die verschiedenen Akteure auf Länder-, Bundes- und Europaebene wurden vorgestellt, mit dem Ziel, einen guten Ein- und Überblick über die politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland zu geben.

Im Rahmen eines Modellprojekts griff der AdB den demografischen Wandel als Thema politischer Bildungsveranstaltungen auf und verband es mit Fragen von Teilhabe und Gerechtigkeit. „Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit“ ist ein zweijähriges Modellprojekt, das aus Mitteln des Innovationsfonds Eigenständige Jugendpolitik durch das BMFSFJ

gefördert wird. Es hat zum Ziel, das aktive und passive Wahlrecht als herausragende Bürgerrechte im Rahmen intergenerativer Diskurse zu thematisieren und zu diskutieren, ob und mit welchem Wahlalter Generationengerechtigkeit bei einer sich demografisch stark wandelnden Gesellschaft hergestellt werden kann.

Zu diesem Bericht

Alle oben angesprochenen Themen und Aktivitäten des AdB sind in den nachfolgenden Kapiteln zwei, drei und vier ausführlich dargestellt. Leserinnen und Leser erhalten darüber hinaus einen Überblick über die Netzwerkarbeit, die Kooperationen und die verbandliche Entwicklung des AdB. Die Schlussfolgerungen und Perspektiven sind in Kapitel fünf nachzulesen. Die Positionen und Papiere aus dem Berichtsjahr sind Teil des Anhangs, ebenso eine Übersicht über alle Aktivitäten und Gremien. Die Liste der AdB-Mitgliedseinrichtungen schließt diesen Bericht ab.

2 Politische Bildung ist Mehrwert

Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse



Programm Politische Jugendbildung im AdB

Der AdB steuert als Zentralstelle das Programm Politische Jugendbildung mit 25 beteiligten Mitgliedseinrichtungen, die in vier Themenschwerpunkten Bildungsangebote für junge Menschen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen Jugendbildung anbieten.

Den Themenschwerpunkten kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, da sie handlungsleitend für die Bildungsarbeit in den beteiligten Mitgliedseinrichtungen sind und die zur Verfügung stehenden KJP-Mittel überwiegend dafür verwendet werden. Darüber hinaus existieren entsprechende Projektgruppen der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, in denen kontinuierlich und in drei Tagungsintervallen pro Jahr die Erfahrungen in der

Bildungsarbeit evaluiert und die Ergebnisse in die konzeptionelle Weiterentwicklung einbezogen werden.

Die Projektgruppen arbeiten eigenverantwortlich nach einem selbst aufgestellten Arbeitsplan und werden vom Bundestutor begleitet und beraten. Das hohe Maß an Verbindlichkeit in den vier Projektgruppen ist trotz einiger Wechsel in den Stellenbesetzungen ein Garant für die konstruktiven Arbeitsprozesse. Diese werden u. a. sichtbar durch gemeinsame Vorhaben und Projekte der Gruppen und eine über die gruppenbezogene Zusammenarbeit hinausgehende bilaterale Kooperation von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten bei Seminaren und Tagungen. Für den informellen Austausch untereinander über die jeweilige Arbeitssituation,

Beratung und Hilfestellung bei der individuellen Gestaltung von Arbeitsvorhaben schaffen die Tagungen der Projektgruppen einen geschützten und notwendigen Raum.

Die Projektgruppen gestalten abwechselnd mit ihrem Schwerpunktthema die einmal jährlich stattfindende Zentrale Arbeitstagung im Programm Politische Jugendbildung und stellen ihre Arbeitsergebnisse, konzeptionelle Ansätze und Methoden der politischen Jugendbildung vor.

■ Zentrale Arbeitstagung

Den Schwerpunkt der Zentralen Arbeitstagung (ZAT) im Jahr 2014, die im Europahaus Aurich stattfand, bildete die arbeitsweltbezogene politische Bildung, den die gleichnamige Projektgruppe vorbereitete. Sie befasste sich mit der Mehrdimensionalität von Arbeit – nämlich der persönlichen Arbeits- und Erwerbssituation der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, der gesellschaftlichen Dimension und Bedeutung von Erwerbsarbeit und der Partizipation und Mitbestimmung in Bildungsstätten und anderen Betrieben.



Zum Einstieg wählten die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten drei persönliche Prioritäten anhand vorgegebener Kriterien für gute Arbeit aus und diskutierten ihre Auswahl in Kleingruppen. Der Katalog reichte von Arbeitsort und -zeit über Partizipation bis hin zu Verantwortung, Selbstverwirklichung, Arbeitsorganisation und gesellschaftlichem Nutzen.

Für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung sorgte die Bearbeitung der „Vier-in-Einem-Perspektive“ der Sozialwissenschaftlerin und Philosophin Frigga Haug, die sich intensiv mit der Beziehung von Arbeit und gesellschaftlichem Leben befasst hat. Ihre vier durchaus strittigen Kategorien: Erwerbsarbeit, Reproduktion, politische Arbeit und individuelle Entwicklung, die jeweils gleich viel Zeit im Alltag von Menschen einnehmen sollen, boten eine gute Grundlage für die Diskussion. Die Teilnehmenden sprachen sich für die Einbeziehung dieses Modells in die politische Bildungsarbeit mit jungen Erwachsenen und Auszubildenden aus, um als These

den Stellenwert von Arbeit als einen von vier gleichberechtigten Bestandteilen des Tagesablaufs zu problematisieren.

Dass die Gestaltung und der Stellenwert von Arbeit ein Thema der politischen Bildung sein muss, wurde während der Abschlussdiskussion deutlich. Es gilt noch immer die Definition der Arbeitsgesellschaft in Deutschland und der Einstieg ins Arbeitsleben ist für junge Menschen ein prägender und mitunter nicht einfacher Schritt. Die politische Jugendbildung muss diese Situation aufgreifen und in Seminaren die persönliche Rolle in der Arbeitswelt zum Thema machen.

Ein Gespräch mit Vertretern des VW-Betriebsrats in Emden und eine Besichtigung des Produktionsbetriebs dienten der vertieften Information und der Reflexion des bisher bearbeiteten Themas. Die Betriebsräte verdeutlichten anhand betriebsinterner Beispiele die wichtige Funktion der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Betrieben. Die politische Bildungsarbeit mit Auszubildenden erfüllt für VW und den Betriebsrat eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, für die der Betrieb finanzielle Mittel und Arbeitszeit zur Verfügung stellt.

Die anschließende Werksbesichtigung präsentierte den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten eine andere Form organisierter Arbeitsprozesse, die von Taktzeiten und vorgegebenen Produktionszahlen geprägt ist, aber auch von Teamarbeit und Qualitätsmanagement. Der Einblick in die Welt der Autoproduktion war für viele neu und führte in der Nachbereitung zu kritischen Betrachtung der eigenen Arbeitsorganisation und zur Neubewertung der Rolle von Betriebsräten in Bildungsstätten.

Darüber hinaus berieten die vier Projektgruppen ihre Vorhaben für das laufende Jahr und tauschten sich über die Bildungsarbeit in ihren Einrichtungen aus.

■ Gemeinsame Projektgruppensitzung

Die Planung und Konzeption gemeinsamer Projekte stand im Mittelpunkt der gemeinsamen Projektgruppensitzung im Programm Politische Jugendbildung im AdB, die vom 10. bis 12. November in der Berliner Jugendbildungsstätte Kaubstraße stattfand.

Die von den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten herausgegebenen „Gelingensbedingungen für die politische Jugendbildung“ standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Diskussion mit dem AdB-Vorsitzenden Ulrich Ballhausen. Er begrüßte das Papier, das verschiedentlich schon für Diskussionen sorgte und bat um Vorschläge, wie es weiter in den Diskurs der politischen Bildung eingebracht werden könne. Eine Veröffentlichung in der AdB-Fachzeitschrift „Außerschulischen Bildung“ mit flankierenden und kommentierenden Beiträgen soll zunächst angestrebt werden.

Die Tagung nahm darüber hinaus die künstlerische Umsetzung deutscher Nachkriegsgeschichte mit dem Besuch der Berliner



Im Februar 2014 veranstaltete die Projektgruppe ebenfalls im wannseeFORUM Berlin das dritte „BarCamp politische Bildung“, #bcpb. Begonnen hat die Gruppe mit der Erprobung und Anpassung der Methode bereits 2012, um sie für einen bundesweiten Erfahrungsaustausch über die Projektgruppe hinaus nutzen zu können. 70 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren beteiligten sich an der Veranstaltung, was am zentraleren Ort Berlin liegen mag, aber auch daran, dass die Akzeptanz und das Interesse an diesem Format für die politische Jugendbildung gestiegen sind.

Schaubühne in den Blick. Das Theaterstück „Die Ehe der Maria Braun“ in einer Inszenierung von Rainer Werner Fassbinder thematisierte den Umgang mit deutscher Nachkriegsgeschichte und die Schwierigkeiten mit der jungen Demokratie und gab wichtige Impulse für die politische Bildungsarbeit.

Arbeit der Projektgruppen

Die Projektgruppe **Globalisierung und Medienkommunikation** legte ihren Schwerpunkt der Aktivitäten auf die Umsetzung bundesweit ausgerichteter Veranstaltungen:

- Workshops zur Vermittlung, Entwicklung und Erprobung von Mini-LARPs (LARP=Live Action Roleplay) als Methode der politischen Bildung,
- BarCamp politische Bildung für bundesweite Vernetzung, Fortbildung und Austausch von Akteurinnen und Akteuren der politischen Bildung als erfolgreiche Fortsetzung der Einführung und damit Etablierung der Methode in der politischen Bildung.

Aufbauend auf den ersten, 2013 bei einem Workshop im wannseeFORUM entwickelten inhaltlichen und methodischen Ansätzen, veranstaltete die Projektgruppe von 23. bis 26. April 2014 einen weiteren Multiplikator/-innen-Workshop zu „Mini-LARPs in der politischen Bildung“, diesmal in der Jugendbildungsstätte Kurt-Löwenstein. Dabei ging es um die Vermittlung der Methode ebenso wie um ihre inhaltliche Ausgestaltung und Einbindung in die praktische Arbeit im Themenschwerpunkt „Globalisierung und Medienkommunikation“. Es entstanden drei Mini-LARP-Ansätze.

Der Mini-LARP-Fortbildung folgte ein weiteres Entwicklungstreffen vom 24. bis 26. November 2014 im Berliner wannseeFORUM. Dort wurde das Mini-LARP „Datenwelten 2084“ inhaltlich und methodisch weiterentwickelt, um die erste Anwendung mit Jugendlichen im Februar 2015 vorzubereiten.

Sowohl in den eigenen Seminaren als auch im Austausch mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (#bcpb, Mini-LARP-Fortbildungen) wurde deutlich, wie aktuell und brisant sich der Themenschwerpunkt „Globalisierung und Medienkommunikation“ darstellt. Aus ihren Aktivitäten und Erfahrungen schlussfolgerte die Projektgruppe daher einen anhaltenden hohen Bedarf an inhaltlicher Auseinandersetzung und Kompetenzentwicklung auf medialer und methodischer Ebene.

Die **Projektgruppe Partizipation und Demokratie** in und mit der Schule bereitete während des Berichtsjahres die Präsentation, inhaltliche Konzeption und Zielstellung ihres Schwerpunkts bei der ZAT im Jahre 2015 vor. Die Definition und Interpretation des Begriffs Partizipation und dessen Operationalisierbarkeit für die politische Bildung sollte im Mittelpunkt des geplanten Thementages stehen. Konkret sollen Partizipationsmodelle aus Schulen vorgestellt und Bedingungen für gutes Gelingen von Partizipation diskutiert werden.

Mit nur vier Jugendbildungsreferentinnen gerieten zwei Stellenwechsel im Jahr 2013 zu einer (bewältigbaren) Herausforderung für die Gruppe. Dennoch musste der Arbeitsprozess am Praxisbandbuch „Demokratie und Partizipation in der Schule“ neu organisiert werden. Die Inhalte und die Gliederung konnten bereits festgelegt werden, so dass eine zielgerichtete und umfangreiche Literatur- und Quellenrecherche begonnen werden konnte, welche die Darstellung eigener Praxis ergänzen und unterfüttern soll.

Mit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland 2009 haben sich die Bundesregierung und alle Bundesländer auf die Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems auf allen Ebenen verpflichtet. Damit ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu einem neuen Leitbild für das Bildungssystem geworden und bedeutet für die Schulen, sich dem inklusiven Schulentwicklungsprozess zu stellen und die Qualitätsstandards für die inklusive Schule zu beschreiben und zu entwickeln.

Für die Projektgruppe stellt sich somit die Frage, wie das Ziel einer umfassenden Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Schule bei den sich verändernden Rahmenbedingungen erreicht werden kann. Sie wird sich im Zuge der aktuellen Entwicklungen der Schule mit dem Thema „Inklusion“ beschäftigen und herausarbeiten, welche Ansätze Partizipation und Beteiligung in und mit Schule braucht, damit jedem jungen Mensch – ob mit oder ohne Behinderung – Handlungsspielräume für Selbst- und Mitbestimmung in ihrem Umfeld ermöglicht werden.

Die **Projektgruppe Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft** knüpfte an die Schwerpunkte des vorhergehenden Jahres an und vertiefte die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit am Thema „Migrantische Archive“ und der Entwicklung eines gemeinsamen internationalen Projekts.

Aus verschiedenen Perspektiven befasste sich die Projektgruppe mit Geschichte und Geschichten der Migrationsgesellschaft. In mediengestützten Seminaren wurden Jugendliche ermuntert und befähigt, erfolgreiche Migrationsbiografien zu dokumentieren, jüdische Migrantinnen und ihr Angekommensein in Deutschland aufzuzeichnen, Flüchtlingsschicksale zu erfragen und Familiengeschichten filmisch festzuhalten. Dabei wurde deutlich, dass Erinnerungen, individuelle oder kollektive, keine historische Wahrheit abbilden, sondern sich verändern oder verblassen und neuen Lebensbedingungen angepasst werden. Dennoch sind individuelle Erinnerungen, auch wenn sie sich verändern, der Kitt unserer Identität.

Für die Vorbereitung von Jugendlichen auf biografische Interviews entwickelte die Projektgruppe einen Leitfaden, der alle Schritte von der Kontaktaufnahme und Recherche bis zur Durchführung eines lebensgeschichtlichen Interviews beschreibt und praktische Hilfestellungen gibt. Darüber hinaus diskutierten die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten den Einsatz verschiedener, sich zum Teil ergänzender Methoden, um jungen Menschen die Komplexität eines „ganzen“ Lebens näher zu bringen.

Die Ausgestaltung des Schwerpunkts der Projektgruppe **Arbeitsweltbezogene politische Bildung** umfasst ein breit gefächertes inhaltliches Angebot. Stichworte in diesem Zusammenhang waren individuelle und gesellschaftliche Zukunftserwartungen, geschlechtsspezifische und internationale Arbeitsteilung, Chancengleichheit und Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit in der

Erwerbsgesellschaft, Berufsethik und Arbeitsmoral, historische und aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes und globale Perspektiven bis hin zu Wirtschaft, Konsum, Unternehmensverantwortung und ökonomischen bzw. sozialen Alternativen. Darüber hinaus wurden in den Seminaren auch tagesaktuelle Themen wie z. B. die Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken, die Einführung des Mindestlohns oder das geplante Handelsabkommen TTIP aufgegriffen.

In Abgrenzung zu Bildungsangeboten mit direkter Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt wie Bewerbungstrainings, Coaching oder Berufsorientierung standen in den Veranstaltungen der Projektgruppenmitglieder politische, gesellschaftliche und ökonomische Fragestellungen im Mittelpunkt. Es ging nicht in erster Linie darum, die beruflichen Chancen des/der Einzelnen zu verbessern, sondern um ein Verständnis der Entwicklung und Funktionsweisen der Erwerbsgesellschaft, darum, die zentralen Probleme zu verstehen, eine eigene Position dazu zu finden, entsprechende Entscheidungen treffen zu können und handelnd in die Verhältnisse einzuwirken.

Die Beschäftigung mit dem Begriff Arbeit schaffte bei den Teilnehmenden ein Bewusstsein dafür, dass Tätigkeiten in unserer Gesellschaft unterschiedlich verteilt, bewertet und entlohnt werden. In den Auseinandersetzungen um berufliche Perspektiven, (globale) Zugänge zum Arbeitsmarkt und Bedingungen der Lohnarbeit erlangten die Teilnehmenden Erkenntnisse über die enge Verknüpfung von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe, reflektierten ihre eigenen Positionen und Möglichkeiten und problematisierten Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Entwicklungen in der Arbeitswelt. Die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven sollte die Utopiefähigkeit als Grundlage für eine aktive Beteiligung an der Gestaltung zukünftiger Entwicklungen stärken.

Die drei Tagungen der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, die insgesamt 11 Tage im Jahr umfassen, lassen eine intensive Bearbeitung der hier genannten Themen zu und stellen die kontinuierliche Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen sicher. Die politische Jugendbildung hat sich auch im Berichtsjahr als dynamisches Arbeitsfeld erwiesen, das sich durch ständige Weiterentwicklungen von Themenstellungen und Methoden auszeichnet und den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten ein hohes Maß an Fachlichkeit abverlangt, um Innovationen in Bildungsmaßnahmen mit Modellcharakter zu entwickeln.

(Mehr)Wert politische Jugendbildung. Der AdB auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Berlin



Fachkräfte aus der Mongolei auf dem DJHT mit dem Botschafter der Mongolei, Seine Exzellenz Herr Bolor, und der AdB-Geschäftsführerin, Ina Bielenberg

Mit vielfältigen Aktionen engagierte sich der AdB auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Berlin und hob damit die außerschulische Jugendbildung als wichtigen Teil der Kinder- und Jugendhilfelandchaft in Deutschland hervor. Der AdB organisierte gemeinsam mit den in der GEMINI vertretenen Trägern einen Stand auf der Messe der Jugendhilfe und realisierte dort ein umfangreiches Programm mit Aktionen, Projektpräsentationen und Gesprächen.

In seiner Begrüßungsrede zur Eröffnung der dreitägigen Veranstaltung hob Bundespräsident Joachim Gauck die Bedeutung der politischen Bildung für die Kinder- und Jugendhilfe hervor.

Die Delegation aus der Mongolei, die anlässlich des Jubiläums „20 Jahre Zusammenarbeit zur demokratischen Jugendbildung“ nach Deutschland gekommen war, konnte am Stand der GEMINI begrüßt werden. Eine besonders große Ehre war es, dass der Mongolische Botschafter in Deutschland, Seine Exzellenz Herr Bolor, die Gäste begrüßte und die große Bedeutung der langjährigen Zusammenarbeit zwischen der Mongolei und dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hervorhob. Den Empfang, den der AdB

zu Ehren der mongolischen Delegation am Stand der GEMINI am Nachmittag organisierte, eröffnete Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB. Der Besuch beim 15. Kinder- und Jugendhilfetag war für die mongolische Delegation ein Höhepunkt ihrer Reise. Sie hatten zuvor gemeinsam mit den deutschen Kooperationspartnerinnen und -partnern bei einem Fachforum über die Perspektiven ihrer weiteren Zusammenarbeit beraten.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, Caren Marks, besuchte zusammen mit der Abteilungsleiterin Jugend, Bettina Bundzus-Cecere, den Stand der GEMINI. Sie hob die Bedeutung der politischen Bildung für die Jugendpolitik hervor und betonte, wie wichtig ihr die Zusammenarbeit mit den bundesweiten Trägern ist.

Auf der Fachmesse waren zudem zahlreiche Mitgliedseinrichtungen des AdB mit eigenen Messeständen vertreten, z. B. die Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus gGmbH, die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., das aktuelle forum nrw e. V., der Internationale Bund e. V. (IB) und das Jugendbildungszentrum Blossin e. V.



Der AdB lud gemeinsam mit der GEMINI zu einem Fachforum ein. Unter dem Titel „(Mehr)Wert politische Jugendbildung – Bürgerkompetenz in der Arbeitsgesellschaft“ diskutierten Expertinnen und Experten der politischen Bildung, der Jugendsozialarbeit, der Bildungspolitik und der Wirtschaft die Funktion und Wirkung politischer Jugendbildung zur Herausbildung von Kompetenzen und zur Beurteilung struktureller, ethischer und politischer Fragen innerhalb der Arbeitswelt. In zwei Vorträgen wurde der Blick auf die arbeits-

Die Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, Frau Caren Marks, am Stand der GEMINI

weitbezogene Jugendbildung aus Sicht der Jugendsozialarbeit und aus Sicht der politischen Bildung geschärft. Diese beiden Bereiche können, wenn sie gemeinsam wirken, viel erreichen. So lautete ein Fazit von Andrea Pingel vom Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, dass politische Bildung zu einer (politischen) Jugendsozialarbeit beitragen und z. B. helfen kann, strukturelle Grenzen und Diskriminierung abzubauen. Professor Dr. Wolfgang Schröder, Universität Hildesheim, machte deutlich, dass der Einstieg in das Berufsleben für viele junge Menschen eine zentrale Phase zur Entwicklung von Bürgerkompetenz ist. Die Teilnehmenden auf dem Podium und im Saal diskutierten, wie Jugendliche dabei unterstützt werden können, die Arbeitswelt als politischen Raum wahrzunehmen und sich einzumischen. Hier zeigt sich ein wichtiges Arbeitsfeld politischer Bildung, das wieder neu belebt und ausgebaut werden muss.

Die Präsenz der Träger politischer Jugendbildung bei den alle vier Jahre stattfindenden Kinder- und Jugendhilfetagen mit einem



Stand und Fachveranstaltungen unterstreicht die Relevanz der Angebote politischer Bildung für Kinder und Jugendliche und trägt mit dazu bei, dass zentrale Themen des Arbeitsfeldes, wie die Partizipation, Medienbildung und die Stärkung der politischen Urteilsfähigkeit in die jugendpolitischen Diskurse einfließen können.

Zum Wählen zu jung? Die Altersfrage – Wahlrecht und Generationengerechtigkeit

Das zweijährige Projekt, das mit Mitteln aus dem Innovationsfonds Eigenständige Jugendpolitik des BMFSFJ gefördert wird, hat zum Ziel, das aktive und passive Wahlrecht als herausragende Bürgerrechte in der Demokratie im Rahmen intergenerativer Diskurse zu thematisieren und zu diskutieren, ob und mit welchem Wahlalter Generationengerechtigkeit bei einer sich demografisch stark wandelnden Gesellschaft hergestellt werden kann.

Jugendliche und ältere Menschen werden gemeinsam die Themenstellung aufgreifen, bearbeiten und die Ergebnisse dokumentieren. Dieser Prozess kann verschieden gestaltet werden. Neben der Auseinandersetzung mit dem Thema sollen die intergenerativen Lerngruppen eine öffentliche Veranstaltung in ihrer Stadt vorbereiten, die als „Town Hall Meeting“ durchgeführt wird.

Folgende Mitgliedseinrichtungen des AdB wirken an diesem Projekt mit: Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Europahaus Aurich, Haus Neuland, Herbert-Wehner-Bildungswerk sowie die Jugendbildungsstätte Kaubstraße.

Ein Symposium am 9. Dezember 2014 in Berlin gab Experten die Gelegenheit, ihre Thesen zur Generationengerechtigkeit mit den Akteuren des Projekts aus den fünf Bildungseinrichtungen zu diskutieren. Kann die Absenkung des Wahlalters für mehr Generationengerechtigkeit sorgen? Dies war die zentrale Frage der Veranstaltung, zu der Boris Brokmeier, Referent für Jugend- und Fortbildung des AdB, rund 20 Teilnehmende im Berliner Tagungszentrum „Weiberwirtschaft“ begrüßen konnte. Der Projektkoordinator Christoph Kröger stellte zunächst die inhaltlichen und strukturellen Eck-

steine des zweijährigen Modellprojekts dar und hob die Bedeutung der generationsübergreifenden Bildungsprozesse hervor.

Die Abschaffung jeglicher Altersbeschränkungen bei Wahlen stellte die Kernaussage von Wolfgang Gründinger dar, der als Vorsitzender der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen damit einen deutlichen Aufschlag wagte. Für ihn stellt Alter keinen Maßstab zur Beurteilung der Wahlfähigkeit dar, da auf der einen Seite demenzkranke alte Menschen wählen dürfen, auf der anderen Seite Kinder und Jugendliche ausgeschlossen werden. Er führte einige, aus seiner Sicht paradoxe Situationen auf, die seine These untermauerten. So ist eine Parteimitgliedschaft ab 16 Jahren möglich und damit auch die Teilnahme an parteiinternen Mitgliederbefragungen, wie z. B. die Abstimmung über eine Koalitionsvereinbarung. Die Beteiligung an der eigentlichen Wahl bleibt den Jugendlichen unter achtzehn aber verwehrt.

In einem zweiten Beitrag berichtete der Geschäftsführer des Brandenburger Landesjugendrings, Bernd Mones, über die ersten Erfahrungen mit der Absenkung des Wahlalters in Brandenburg bei der jüngsten Landtagswahl im September. Mones hob hervor, dass die Absenkung des Wahlalters das Ergebnis eines langjährigen politischen Diskussionsprozesses gewesen sei, an dessen Ende die Änderung der Landesverfassung stand. Parallel zum Landtagswahlkampf organisierten die Jugendverbände und Träger der politischen Bildung mehrere Projekte, die Jugendliche auf ihr Wahlrecht aufmerksam machen sollten und sich mit der parlamentarischen Demokratie auseinandersetzten. Im Ergebnis nahmen etwa 40 Prozent der 16- und 17-Jährigen an der Wahl teil.

In einem dritten Beitrag ging der Altersforscher Dr. Peter Zeman vom Deutschen Institut für Altersfragen (DZA) auf die Frage ein, ob es unter den sich verändernden demografischen Bedingungen Generationengerechtigkeit in Kommunen gibt. Statt des von den Medien angekündigten „Krieges der Generationen“ könne er viel mehr „Generativität“ feststellen, die den Willen Älterer beschreibt, etwas an Jüngere weiterzugeben. Kommunen sind immer die Seismografen des gesellschaftlichen Wandels, da sie diesen entweder nachvollziehen oder für ihre Bürger/-innen organisieren müssen. Das ist aus Zemans Sicht beim demografischen Wandel nicht anders. Entscheidend ist aber, dass die Leistungen für junge Menschen und deren Beteiligung im Jugendhilferecht festgeschrieben seien, während es vergleichbare Regelungen für ältere Menschen

nicht gibt. Seit einigen Jahren ist aber ein Paradigmenwechsel von der „Altenhilfe“ zur Generationenpolitik festzustellen, welche die Demografiepolitik mit einschließt. Zemann machte deutlich, dass auch für alte Menschen der Lebensweltbezug von Bedeutung ist und ein großes Interesse an Generationenbeziehungen bestehe, die im Alltag nicht mehr in dem Maße wie früher vorhanden sind.

Entscheidend für die Startphase des Projekts waren die Statements der Experten und die Diskussionen während des Symposiums. Sie sollten handlungsleitende Wirkungen entfalten und den Projektakteuren wichtige Hinweise über die grundsätzliche Fragen zum Wahlrecht in einer Demokratie sowie zur politischen Bildungsarbeit in intergenerativen Lerngruppen mit Jugendlichen und Senioren bieten.

Das ernüchternde Ergebnis der Beteiligung an der Brandenburg-Wahl impliziert eine Aufforderung an die Parteien, ihre Themenauswahl, ihren Wahlkampf und ihre Kandidatenauswahl zukünftig stärker an den Interessen junger Menschen auszurichten. Die Absenkung des Wahlalters kann daher nur ein Baustein zur Verbesserung der Partizipation in den Kommunen und im Land sein.

Die Projektakteure sehen sich in ihren konzeptionellen Ansätzen zu einer intergenerativen politischen Bildung bestätigt, werden aber die Herausforderungen des demografischen Wandels in den jeweiligen Workshops stärker in den Blick nehmen, da sich insbesondere in den ländlichen Regionen der beteiligten Einrichtungen der Rückgang der Anzahl junger Menschen durch eine stetig sinkende Geburtenrate und den Wegzug junger Menschen zu erheblichen Verschiebungen der Generationen führen wird.



Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen – Studie zur Entwicklung einer fachlichen Definition

Der AdB beteiligte sich an einer Ausschreibung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Frauen und Gesundheit. Ausgeschrieben wurde eine „Untersuchung zur Erarbeitung einer fachlichen Definition für Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen durch die Entwicklung qualitativ messbarer und überprüfbarer Mindeststandards im Rahmen der Umsetzung des Landesjugendförderplans 2012 bis 2015“. Aufgrund der fundierten Expertise des AdB in der außerschulischen Bildungsarbeit und den Erfahrungen mit wissenschaftlichen Projekten und Untersuchungen gab die Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit dem Vorstand ein Angebot ab, das den Zuschlag des Thüringer Ministeriums erhielt.

Ausgangslage

Zur Fortschreibung des Landesjugendförderplans 2012 bis 2015 im Freistaat Thüringen wurden Daten zur Bestandserhebung bei Trägern beziehungsweise Einrichtungen der Jugendarbeit aus-

gewertet. Im Rahmen dieser Auswertung wurde deutlich, dass die bisher genutzte Definition von Jugendbildungseinrichtungen und Jugendbildungsstätten als unzureichend anzusehen war, da verschiedene Einrichtungstypen (zum Beispiel Bildungsstätten, Freizeiteinrichtungen, Schullandheime, Jugendherbergen) darunter gefasst waren. Es existierte keine langfristig zufriedenstellende Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen, obwohl sich die Träger, auch dies zeigte sich, deutlich in ihren Funktionen und ihrer Trägerschaft voneinander unterschieden. Zudem wurde im Rahmen der Auswertung sichtbar, dass innerhalb von Einrichtungen Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung in unterschiedlicher Gewichtung und unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung durchgeführt wurden. Eine Einordnung oder Zuordnung als Jugendbildungsstätte als zentrale Einrichtung der außerschulischen Jugendbildung in der überregionalen Trägerlandschaft in Thüringen war damit in Frage gestellt.

Vorgehen

Um zur gewünschten fachlichen Definition zu gelangen, die für alle Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen tragfähig sein und für Ministerien und Behörden die notwendige Klarheit schaffen würde, war das Vorgehen als mehrstufiges Verfahren und als partizipativer Prozess in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen angelegt.

Am Anfang stand ein Abstimmungs- und Diskussionsprozess mit dem zuständigen Fachreferat im Ministerium zur Schärfung der Frage- und Problemstellung. Um die Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit einzubeziehen, schloss sich eine Telefonbefragung verschiedener Landesjugendämter an. Diese wurden nach ihrem Vorgehen im Hinblick auf die Ein- oder Zuordnung von Jugendbildungseinrichtungen befragt und um die entsprechenden Definitionen, soweit vorhanden, gebeten. Kernstück des weiteren Vorgehens war die Befragung der Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen zu definitionsrelevanten Aspekten von Jugendbildungseinrichtungen. Dies geschah mittels eines anonymen Fragebogens. Zur Beteiligung an der anonymen Umfrage wurden jene 26 Jugendbildungseinrichtungen aufgefordert, die im Landesjugendplan Thüringen bisher als Jugendbildungseinrichtungen geführt wurden. 16 Einrichtungen haben sich an der Umfrage zum Ist-Stand beteiligt und Fragen zur Nutzung, zur Infrastruktur sowie zu den Bildungsangeboten und den pädagogischen Konzepten beantwortet. Der Gesamtfragebogen, der aus offenen und geschlossenen Fragestellungen bestand, wurde im Vorfeld der Befragung in Bezug auf Verständlichkeit und Stringenz getestet. Die Ergebnisse der Befragung wurden in einem Werkstattgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen intensiv diskutiert und beraten. Eine Diskussion mit ausgewählten Fachexpertinnen und -experten aus dem Bereich Jugendbildung schloss sich an. Eine parallel durchgeführte Literaturanalyse sicherte die Einordnung in den Fachdiskurs. Am Ende des Gesamtprozesses stand dann der Vorschlag für eine fachliche Definition für Jugendbildungseinrichtungen in Thüringen unter Berücksichtigung qualitativ messbarer und überprüfbarer Standards, die gemeinsam von Trägern und Ministerium beschlossen wurden.

Entwickelte Standards

Als Jugendbildungseinrichtung werden im Freistaat Thüringen Einrichtungen bezeichnet, die die folgenden Standards erfüllen:

- Die Einrichtung ist in einem bzw. in mehreren Bereich(en) der Jugendarbeit sowie in einem bzw. mehreren Schwerpunkt(en) der außerschulischen Bildung tätig und orientiert sich an den im Landesjugendförderplan beschriebenen Schwerpunktsetzungen.
- Die Einrichtung berücksichtigt in ihrem Bildungsprogramm die Interessen, die Lebenswelt und die Lebenslagen von jungen Menschen aus unterschiedlichen sozialen und (jugend-)kulturellen Milieus.

- Die Angebote im Bildungsprogramm der Einrichtung berücksichtigen die fachlichen Qualitätsstandards der Kinder- und Jugendhilfe, die allgemeinen Standards der/des jeweiligen konzeptionellen Schwerpunktbereiche(s) sowie die Qualitätskriterien der außerschulischen Jugendbildung in Thüringen.
- Die Einrichtung verfügt über ein dokumentiertes, öffentlich sichtbares und an den Qualitätsstandards der Kinder- und Jugendhilfe orientiertes pädagogisches Gesamtkonzept im Bereich der non-formalen Bildung.
- Das pädagogische Gesamtkonzept der Einrichtung beschreibt mindestens das Profil/Leitbild, die pädagogischen Zielsetzungen, die Arbeitsschwerpunkte, die methodischen Ansätze, die Zielgruppen und die Beteiligungsmöglichkeiten der Zielgruppen. Es verweist zudem auf definierte Qualitätsstandards des Arbeitsfeldes.
- Die Einrichtung verfügt über eigenes hauptamtliches pädagogisches Personal (pädagogische Fachkräfte) oder kann auf hauptamtliche pädagogische Fachkräfte des Trägers zur Umsetzung von non-formalen Bildungsprozessen unmittelbar zurückgreifen.
- Die Einrichtung verfügt über geeignete Räume und eine entsprechende (Raum)Ausstattung zur Umsetzung des vorhandenen pädagogischen Gesamtkonzeptes.
- Die Infrastruktur, das Personal und die Servicequalität der Einrichtung sind jugendpädagogisch orientiert und bewegen sich im Einklang mit dem pädagogischen Gesamtkonzept.
- Eine Jugendbildungseinrichtung, die über die hier insgesamt beschriebenen Mindeststandards, über Unterkunfts-/Übernachtungsmöglichkeiten und Vollverpflegungsmöglichkeiten für die Teilnehmenden an Bildungsveranstaltungen verfügt, wird als Jugendbildungsstätte bezeichnet.
- Die Einrichtung bietet ein eigenes, ganzjähriges, regelmäßiges, öffentlich sichtbares non-formales Bildungsprogramm für junge Menschen mit mindestens 70 Programmtagen bzw. 840 Teilnehmendentagen an.
- Zum Bildungsprogramm der Einrichtung zählen auch Angebote in Kooperation mit anderen Partnern, wenn diese gemeinsam geplant, umgesetzt und ausgewertet werden.
- Zum Bildungsprogramm der Einrichtung können auch Angebote des Trägers der Einrichtung zählen, wenn diese der Einrichtung unmittelbar zugeordnet und im Bildungsprogramm der Einrichtung sichtbar sind.
- Das Bildungsprogramm der Einrichtung richtet sich an Teilnehmende aus Thüringen (und ggf. darüber hinaus).
- Das Bildungsprogramm der Einrichtung berücksichtigt die unterschiedlichen Altersgruppen der Kinder- und Jugendhilfe; eine Schwerpunktsetzung ist möglich.
- Im Bildungsprogramm der Einrichtung sind, orientiert am pädagogischen Gesamtkonzept der Einrichtung und an den Zielgruppenbeschreibungen des Landesjugendförderplanes, die

- Interessen und Ausgangssituationen spezifischer Zielgruppen, insbesondere von jungen Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf, berücksichtigt.
- Mindestens 20 % der Programmangebote werden als offene Bildungsangebote ausgeschrieben, für die es keine Teilnahmevoraussetzung in Bezug auf eine Gruppenzugehörigkeit (z. B. Schulklasse, Vereinsmitgliedschaft etc.) gibt.
 - Die Einrichtung bietet regelmäßig von der Konzeption abgeleitete Fortbildungsangebote für Fachkräfte in der Jugendarbeit/Jugendbildung an. Im Rahmen der Angebotsstruktur sind dies mindestens 10 %, maximal jedoch 30 % der Programmtage.
 - Im mehrjährigen Durchschnitt sind mindestens 50 % der Nutzer der Einrichtung Teilnehmende am Bildungsprogramm der Einrichtung.
 - Die Einrichtung wertet ihre Bildungsangebote mit unterschiedlichen Auswertungsinstrumenten systematisch aus und verfügt über ein dokumentiertes Qualitätsmanagementsystem.
 - Die Einrichtung ist eingebunden in einen regelmäßigen und strukturierten Fachaustausch auf Praxisebene mit pädagogischen Fachkräften der non-formalen Bildung außerhalb der eigenen Einrichtung/außerhalb der eigenen Trägerstruktur.

„1914–2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung – AdB-Jahresthema 2014

Mit dem Jahresthema 2014 hat der AdB einen Bogen vom 1. Weltkrieg bis in die heutige Zeit gespannt. Er hat Fragen nach den Ursachen des „großen Krieges“ und aktuelle Forschungsergebnisse in den Mittelpunkt gestellt und eine Diskussion darüber angeregt, wie die Entwicklung eines gemeinsamen Europas, das als Garant einer dauerhaften Friedenssicherung gedacht war, weiter vorangetrieben werden kann. Mit dem Jahresthema hat der AdB die Träger politischer Bildung angeregt, Angebote historisch-politischer Bildung auszubauen, Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur zu thematisieren und damit alle gesellschaftlich relevanten Gruppen anzusprechen.

Die Entscheidung für dieses Jahresthema ist nach einem Diskussionsprozess in den Gremien des AdB gefallen. Mit diesem Thema konnte der AdB ein sehr aktuelles und im Jahr 2014 von vielen diskutiertes Thema in den Fokus stellen. Die Vielzahl an Publikationen und Projekten machte deutlich, wie zentral das Thema für die aktuelle europäische Entwicklung ist.

Aktivitäten im AdB

Zur Vorbereitung des Jahresthemas fand vom 26. bis 27. November 2013 die AdB-Jahrestagung in der JugendAkademie Segeberg statt. Die Tagung spannte einen Bogen vom Ersten Weltkrieg bis heute: 100 Jahre Entwicklung in Europa, Frieden, Friedenspädagogik und Friedensbildung, die Bedeutung von Erinnerung und historisch-politischem Lernen in einer heterogenen Gesellschaft. Deutlich wurde: Wir können heute auf ein Europa blicken, in dem die Menschen seit vielen Jahren friedlich zusammenleben und in

dem es vielfältige Beziehungen über die Grenzen hinweg gibt. Dass diese Entwicklung 2012 mit dem Nobelpreis höchste Anerkennung fand, kann uns Europäer/-innen stolz machen, ist aber gleichzeitig auch eine hohe Verpflichtung.

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten verabschiedete am 27. November 2013 eine Stellungnahme zum Jahresthema unter dem Titel „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa – Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung“ (s. AdB-Jahresbericht 2013).



Gedenken an den 1. Weltkrieg, Lechenberg-Meersburg

Zahlreiche Mitgliedseinrichtungen haben sich in ihrer Bildungsarbeit mit dem Jahresthema auseinandergesetzt. Für die Veranstaltungen und Projekte wurde auf der Jahresthemenseite der AdB-Homepage geworben. In die Fachzeitschrift „Außerschulische

Bildung“ wurde in jeder Ausgabe ein Beitrag zum Jahresthema aus einer Mitgliedseinrichtung aufgenommen. Damit konnte die Vielfalt der Bildungsarbeit im Kontext des Jahresthemas sichtbar gemacht werden.



„Historial de la Grand Guerre“ in Peronne, Nordfrankreich

Im Folgenden werden drei Beispiele der vielfältigen Bildungsarbeit in den Mitgliedseinrichtungen zu diesem Themenfeld vorgestellt:

100 Jahre 1. Weltkrieg: 1914 – Erosion und Zusammenbruch // 2014 – Demokratie aktiv gestalten und (er)leben

Aktuelle Entwicklungen und Krisen zeigen: Demokratie ist kein Selbstläufer, Werte und demokratisches Handeln müssen erworben und eingeübt werden. In einer einwöchigen internationalen Jugendbegegnung, die von der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar organisiert wurde, war es das zentrale Ziel, die Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur durch Stärkung politischer Kompetenzen, die Schärfung des Urteilsvermögens und die Erhöhung der Motivation unter den Jugendlichen zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft zu stärken. Im Rahmen der Begegnung beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der Geschichte, mit Gründen, Verlauf und Auswirkungen des Ersten Weltkriegs sowie darauf aufbauend mit weiteren historisch-politischen Themen im Europäischen Kontext mit den Schwerpunkten „Werte, Demokratie und Beteiligung“. Die zentralen Fragen der Begegnung waren „Wie würde eine für die Zukunft selbst erschaffene Welt aussehen? Wie kann eine Gesellschaft von morgen ohne Verteilungsprobleme leben? Bereichert wurden die Diskussionen durch die unterschiedlichen Länderperspektiven der Teilnehmenden (Polen, Frankreich, Türkei, Italien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Serbien, Deutschland und Russland).

In Flanders Fields – für den Frieden

Mit diesem Seminar, das sich an Jugendliche, junge Erwachsene und weitere Interessierte wandte und vom aktuellen forum e. V.

organisiert wurde, wurde an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren erinnert, der bis zum Erinnerungsjahr meist als der „vergessene Krieg“ galt. Deutsche und alliierte Armeen bekämpften sich vier Jahre lang. Ungeachtet der belgischen

Neutralität marschierten die Deutschen in Belgien ein, was das Land wider Willen zum Opfer des ersten Weltkriegs machte. Die Schlachtfelder rund um Ypern zählen zu den schrecklichsten in der ganzen Welt. Da es kaum noch mündliche Überlieferung zum ersten Weltkrieg gibt, wurde im Seminar im Sinne von „Frieden und Verständigung durch Erinnern“ die Geschichte, die Opfer, die Folgen und die Spuren des „vergessenen Kriegs“ in den Fokus gerückt. Dazu besuchten die Teilnehmenden im belgischen Ypern und Umgebung Gedenkstätten und Einrichtungen des Erinnerns. Dazu gehörte auch „In Flanders Fields“, ein interaktives Museum, indem die Geschichte von aus der Perspektive von Krankenschwestern, Flüchtlingen, Kindern oder Soldaten „zum

Leben erweckt“ wird. Einen würdigen Abschluss fand das Seminar bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal Menin Gate bei einer Internationalen Gedenkfeier.

1914-1989: Vom Höllensturz der bürgerlichen Welt zum Frieden in Europa

Es gibt nicht viele Fälle einer so wechselvollen und spannungsreichen Nachbarschaft zwischen zwei Nationen wie zwischen Deutschland und Frankreich. Seit dem Beginn der Neuzeit macht-politische Gegenspieler, begegneten sich Deutsche und Franzosen lange Zeit in einer Mischung aus Hass und Faszination, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Beziehungen prägte und in zwei furchtbaren Weltkriegen ausgetragen wurde. Dass diese tiefsitzende Feindschaft nach 1945 überwunden werden konnte und an ihre Stelle die deutsch-französische Partnerschaft trat, ist ein wichtiges Beispiel dafür, wie aus der Geschichte Lehren gezogen werden können. Das Studienseminar für Erwachsene, durchgeführt von der Karl-Arnold-Stiftung e. V., ging durch Besuche in Gedenkstätte und in Gesprächen den Gründen für die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach. Gleichzeitig konnte europäische Vergangenheit und Gegenwart lebendig werden und Beispiele für Konfrontation und Versöhnung im deutsch-französischen Grenzgebiet liefern.

Erfahrungen

Mit diesem Jahresthema haben der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen einen wichtigen Akzent in dem großen Konzert des Erinnerns und Gedenkens im Jahr 2014 gesetzt. In den Angeboten

der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wurde deutlich, dass das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren und an die damaligen Ereignisse, dass die Entwicklungen, die zum Ausbruch des Weltkriegs führten und die Lehren, die daraus gezogen wurden, unmittelbar bis in die Gegenwart hineinreichen. Das „Projekt Europa“ ist nicht ohne eine Auseinandersetzung mit den Ereignissen zum Beginn des 20. Jahrhunderts zu verstehen. In der bei der Mitgliederversammlung 2013 verabschiedeten

Stellungnahme heißt es dazu: „Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit den beiden Weltkriegen sowie mit deren politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Folgen eine zentrale Herausforderung, um einen wirksamen Beitrag zur (globalen) Friedenssicherung, zur Friedenserziehung und zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen einer Gesellschaft zu leisten, die in der Lage ist, Konflikte friedlich und unter Verzicht auf Gewalt zu lösen.“

Demokratisches Zusammenleben in einer globalisierten Welt – Politische Bildung International

Internationale politische Bildungsarbeit im AdB entwickelt sich auf unterschiedlichen Ebenen weiter. Dazu gehören:

- Qualifizierung und Vernetzung durch bilaterale Fachprogramme, organisiert von der Geschäftsstelle für den Verband;
- Begleitung, Qualifizierung und Beratung der Mitgliedseinrichtungen bei der Planung, Antragstellung und Durchführung eigener Projekte;
- Weiterleitung von Fördermitteln im Rahmen der Zentralstelle International im deutsch-israelischen, deutsch-russischen, deutsch-chinesischen und deutsch-tschechischen Austausch sowie im Programm „Längerfristige Förderung“ durch den KJP International,
- fachliche Kooperation, Beratung und Begleitung von Partnerorganisationen im europäischen und außereuropäischen Ausland durch den AdB.

Alle oben genannten Aktivitäten, insbesondere die letzte, finden in enger Verzahnung mit der Koordinierung des europäischen Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe statt und wirken wechselseitig, d. h. einige Programme setzt der AdB als Verband um, andere betreut der AdB im Rahmen der Funktion als Geschäftsstelle des europäischen Bildungnetzwerks DARE. Beides trägt dazu bei, dass der AdB selbst eine hohe und gefragte Expertise in Fragen und Belangen europäischer Jugend- und Erwachsenenbildungspolitik entwickelt hat und zu einem gefragten Partner geworden ist.

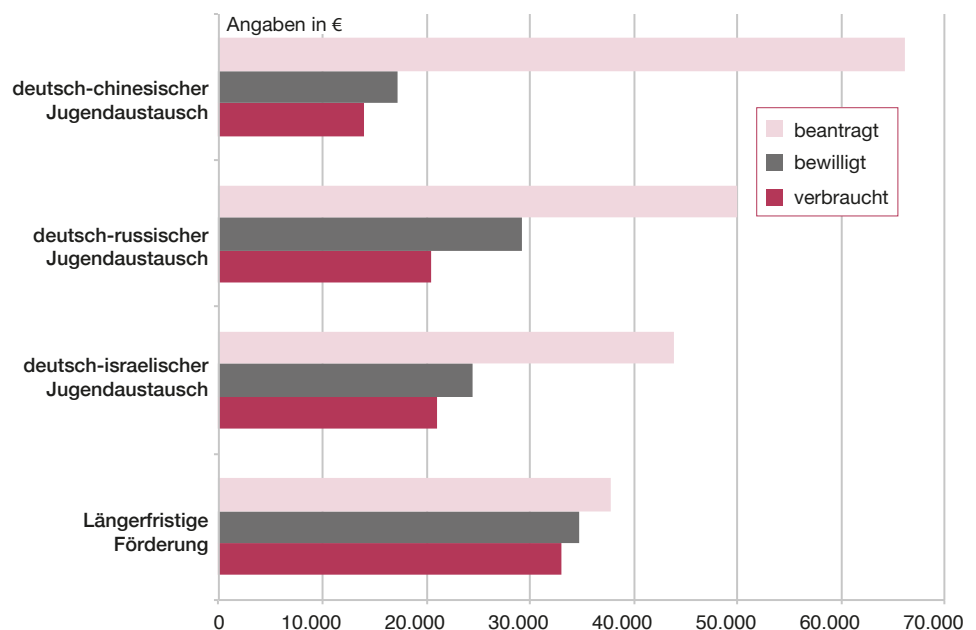
Problematisch ist nach wie vor die Finanzierung von Projekten. Immer wieder müssen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden.

Dies ist zeit- und arbeitsintensiv und verhindert eine langfristige Planung.

Internationale Zentralstellenarbeit

Der AdB begleitet internationale Kontakte und Initiativen seiner Mitglieder im Jugend- und Fachkräfteaustausch als Zentralstelle. Dies geschieht insbesondere bei der Verstetigung von Programmen und (Erst-)Kontakten, um das fachliche Profil politischer Bildung im Verband weiterzuentwickeln und das Zusammenwirken von Mitgliedseinrichtungen und Geschäftsstelle sichtbar zu machen.

2014 begleitete der AdB als Zentralstelle Maßnahmen seiner Mitgliedseinrichtungen im deutsch-russischen, deutsch-tschechischen, deutsch-chinesischen und deutsch-israelischen Austausch. Mitglieder des AdB sind in allen Programmen der Jugendwerke und Koordinierungsstellen für Jugendaustausche tätig. Dazu kommen eine Vielzahl von Kooperationen, die außerhalb des KJP-Kontexts stattfindet, beispielsweise im Bereich europäischer Förderung oder



der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie im Rahmen auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik.

Die enge Kooperation zwischen der Geschäftsstelle und den Mitgliedsorganisationen bedeutet einen Gewinn an Expertise und fachlicher Kompetenz und leistet einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung internationaler Bildungsarbeit. Dies wird mittlerweile auch an zahlreichen Mitwirkungen des Verbands und der Mitglieder am Fachdiskurs zur internationalen Bildungsarbeit sichtbar, die dazu beitragen, internationale Bildungsarbeit zunehmend auch unter dem Blick politischer Bildungsarbeit zu verorten.

Bildungsraum Austausch – Deutsch-russische Zusammenarbeit

Mit dem Anspruch, Anliegen politischer Bildung in einem im dop-



pelten Sinne fachübergreifenden Dialog – schulisch- außerschulischen und deutsch-russischen – besser zu verankern, führten die Europäische Jugendbil-

dings- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) und der AdB in Kooperation mit dem föderalen Staatlichen Kinderzentrum Moskau das zweite Modul im Projekt „Bildungsraum Austausch“ durch. Gefördert wurde das Projekt von der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (DRJA) und vom Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien ThILLM. Sinn und Zweck der breit angelegten Fachaustausche war die Vernetzung von deutschen und russischen Partnerorganisationen sowie ein Fachdialog zu Herangehensweisen und Fragen außerschulischer und schulischer politischer Bildung. Schwerpunkte des zweiten, vom pädagogischen Leiter der EJBW, Eric Wrasse, geleiteten Moduls waren konkrete Programmplanung, bilateral angelegte Methodentrainings und Einführungen in gruppensdynamische Arbeitsprozesse mit jungen Menschen.

Als Instrument der Programmplanung wurde am Ziel-Inhalte-Methoden-Ansatz gearbeitet, dieser wurde von den Teilnehmenden auf die Planung ihrer Begegnungen angewendet. Idee dieses Ansatzes ist es, die gesamte Programmplanung an pädagogischen Zielen auszurichten und die Ziele aufeinander aufbauen zu lassen, so dass eine Begegnung einen sinnvollen pädagogischen roten Faden erhält. Schwierig zu integrieren sind oft die Anforderungen, die aus der Logik der verschiedenen Förderungen erwachsen. Es muss darauf geachtet werden, dass Ziele wie das Entdecken der Anderen, die Auseinandersetzung mit Eigen- und Fremdbild, selbstbestimmtes Lernen, Entwickeln eigener Ideen für Aktivitäten und Übernahme von Verantwortung nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Ausgehend von Erkenntnissen der Gruppenpsychologie, ging es bei der Frage nach Gruppendynamik um die verschiedenen Phasen, die bei der Gruppenbildung durchlaufen werden können und

darum, wie Leitung in diesem Prozess kompetent und professionell unterstützend handeln kann, um die Begegnung zu einem Erfolg werden zu lassen.

Im Rahmen des Methodentrainings erarbeiteten die Teilnehmenden, wie sich die Herausforderungen der Programmplanungen und der gruppendynamischen Prozesse methodisch professionell umsetzen lassen. Welche Methoden sind geeignet für welche Lernziele? Wie kann ich Methoden aufeinander aufbauen lassen? Welche Methoden sind für welche Gruppenerfordernisse bzw. -phasen geeignet? Das Feedback der Teilnehmenden zu diesem Block war sehr positiv, vor allem weil sie sich in einem geschützten Rahmen in unterschiedliche methodische Ansätze einarbeiten, diese ausprobieren und ein professionelles Feedback erhalten konnten. Deutlich wurde auch, wie sehr die Qualität von Begegnungen von einem vielfältigen Methodenrepertoire der Leitung abhängt, das es erlaubt, auf unterschiedliche Situationen kompetent einzugehen und Gruppenprozesse gekonnt zu unterstützen. Bereichernd war hier auch der Austausch über pädagogisch-methodische Ansätze im schulischen und außerschulischen Bereich, Akteure aus beiden Feldern konnten voneinander lernen. Die Teilnehmenden empfanden das gemeinsame Seminar als sehr hilfreich. Einen Rückschluss auf den Erfolg der Maßnahme erlaubt die Tatsache, dass sich bereits während des zweiten Moduls mehr Teilnehmende für das für Herbst 2014 konzipierte dritte Modul anmeldeten, als überhaupt Plätze verfügbar waren.

20 Jahre deutsch-mongolische Jugendbildung

Vor 40 Jahren nahmen die Bundesrepublik Deutschland und die Mongolei diplomatische Beziehungen auf. Am 31. Januar 2014 war der offizielle Startschuss für das Jubiläumsjahr. Für den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten verband sich mit diesem Jubiläum ein weiteres wichtiges Ereignis, denn vor 20 Jahren startete der AdB die Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Ulan Bator und der mongolischen NGO „Sunrise“. Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes entstand ein intensiver fachlicher Austausch mit dem Ziel, Modelle und Wege für eine demokratische Jugendbildungsarbeit in der Mongolei als Transformationsland zu entwickeln und zu erproben. Der Austausch zwischen den Fachkräften aus Deutschland und der Mongolei, gegenseitige Hospitationen in Einrichtungen der politischen Jugendbildung sowie die Unterstützung und kollegiale Beratung stehen im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Der AdB fördert, berät und begleitet als Zentralstelle bilaterale Jugend- und Fachkräfteaustauschprojekte seiner Mitgliedereinrichtungen mit der Mongolei.



Im Jahr 2014 galt es, Bilanz zu ziehen, Errungenschaften und Herausforderungen der 20jährigen Kooperation zu reflektieren und



Perspektiven einer künftigen Zusammenarbeit unter jugendpolitischen Gesichtspunkten neu auszuloten. Zu einem AdB-Fachforum „20 Jahre demokratische Jugendbildung“ reiste eine Delegation aus der Mongolei nach Deutschland, die auch den 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag besuchte, der vom 3. bis 5. Juni 2014 in Berlin stattfand. Bei einem vom AdB ausgerichteten Empfang auf der Messe der Jugendhilfe waren Vertreter/-innen des BMFSFJ, des Auswärtigen Amtes und der Mongolischen Botschaft geladen.

Vom 12. bis 18. Juli 2014 fand in Ulan Bator der zweite Teil des mongolisch-deutschen Fachforums „20 Jahre demokratische Jugendbildung“ statt. Aufbauend auf die bereits während des ersten Fachforums im Mai/Juni in Deutschland erörterten potentiellen Entwicklungsfelder für weitere Kooperationen, wurden auf einer 3-tägigen Konferenz verschiedene fachliche Diskursebenen näher beleuchtet und auf Schnittmengen und Kooperationspotentiale hin untersucht. Eine Gruppe deutscher Expertinnen und Experten aus der außerschulischen politischen Bildung reiste zu diesem Fachforum in die Mongolei.

Nach einer gemeinsamen Diskussion über die Wirkungen des bisherigen Kooperationsprozesses, erarbeiteten die 45 Teilnehmenden aus Bildung, Politik, Medien, öffentlicher Verwaltung und

Im dritten Workshop diskutierten die Teilnehmenden Fragen der infrastrukturellen Voraussetzungen, die es benötigt, um mit jungen Menschen eine emanzipatorische und zur Teilhabe befähigende außerschulische Bildungsarbeit zu leisten.

In den Workshops wurde deutlich, dass sich auf mongolischer Seite die Notwendigkeit einer sozialpädagogisch orientierten Fachkräftequalifikation abzeichnet, die ein Berufsprofil außerschulischer demokratischer Jugendbildung entwickelt.

Die Workshopergebnisse dienten in der abschließenden Plenumsdiskussion dazu, das Bild potentieller künftiger Kooperationsfelder für deutsch-mongolische Zusammenarbeit mit dem Ziel einer demokratischen Jugendbildung zu entwerfen. Dieses muss nun feingezeichnet werden, bevor deutlich werden kann, wohin der weitere Weg führt.

Am Rande der Konferenz hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, verschiedene Einrichtungen zu besuchen und eine Momentaufnahme aktueller Arbeitsfelder vor allem im Großraum Ulan Bator zu erkunden.

Von Seiten des AdB waren beteiligt: Albert Fußmann (Institut für Jugendarbeit, Gauting; Mitglied im AdB-Vorstand), Inka Thuncke (Heinrich-Böll-Stiftung, Brandenburg), Saba Nur Cheema (Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt a. M.), Brigitte Christiansen (Jugendbildungsstätte Welper, Hattingen), Ali Evdedurmaz (JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg), Richard Schottdorf (Internationaler Bund, Frankfurt a. M.), Andreas Thimmel (Fachhochschule Köln), Rolf Kriethe (HochDrei e. V., Potsdam), Dieter Fiesinger (JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg), Georg Pirker (AdB).



Deutsch-mongolische Delegation 2014

Jugendlichen in Workshops potentielle jugendpolitische Kooperationsfelder. In einem ersten Workshop wurde das Themenfeld „Partizipation junger Menschen in einer demokratischen Gesellschaft“ erörtert und wurden aktuelle Handlungs- und Engagementfelder junger Menschen im jugendpolitischen Kontext diskutiert. Der zweite Workshop widmete sich der gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen unter dem Blickwinkel des Zugangs zu Arbeit in einer globalisierten und durch Klimawandel geprägten Welt.

Im Rahmen des ersten Fachforums, das im Juni in Deutschland stattfand, wurden Dieter Fiesinger (Jugendakademie Segeberg, Bad Segeberg) und Georg Pirker (AdB) aufgrund ihrer Verdienste für die mongolisch-deutsche Zusammenarbeit der mongolische Staatsorden „Dschuuch Vjizdž“ verliehen.

Die vom AdB herausgegebene Publikation „Von Ulan Bator nach Berlin und zurück. 20 Jahre deutsch-mongolische Kooperation zum Aufbau demokratischer Jugendbildung“ nimmt eine Bestandsaufnahme der 20-jährigen Kooperation vor (www.adb.de/projektokumentationen).

Beratung, Austausch, Vertretungen und andere Aufgaben

Im September und Oktober 2014 war Ramón Martínez von der spanischen Organisation Zink! Asturias zu einem „Job-Shadowing“ in der Geschäftsstelle des AdB, gefördert über das Programm Erasmus+. Schwerpunkt des Job-Shadowing war es, die nationale und internationale politische Bildungsarbeit im AdB sowie die fachlichen Diskurse zur Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen kennenzulernen. Ramón Martínez konnte dazu an verschiedenen Veranstaltungen des AdB teilnehmen und die Arbeit des AdB in der Geschäftsstelle und im Rahmen des DARE-Netzwerks intensiv kennenlernen. Ziel war es, die gemachten Erfahrungen zurück zu spiegeln und sich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Mitgliedseinrichtungen und in der Geschäftsstelle darüber auszutauschen. Ramón Martínez hat in der Ausgabe 4/2014 der „Außerschulischen Bildung“ einen ausführlichen Bericht über die Zeit geschrieben. Das Job Shadowing entwickelte sich zu einem intensiven und wertvollen Dialog über strukturelle Zusammenhänge, Herangehensweisen und die Verortung außerschulischer politischer Bildungsarbeit in Deutschland und im europäischen Kontext. Solche Internships und Lernformate leisten einen wertvollen Beitrag für die eigene Arbeit und sollen künftig verstärkt im AdB durchgeführt werden. Daher hat der AdB in der Geschäftsstelle 2014 einen neuen Arbeitsplatz ausgestattet, der ein lernen-des Mitwirken in der Geschäftsstelle erleichtert.



Ramón Martínez

Neben den Maßnahmen und Projekten, die der AdB mit und für seine Mitglieder organisiert, gehören zur internationalen Arbeit auch die Beratung und Vernetzung von Mitgliedseinrichtungen mit Politik, sowie der Austausch, die Zusammenarbeit und die Vernetzung zu Themen und Anliegen internationaler politischer Bildungsarbeit im deutschen, europäischen und internationalen Kontext. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist die vertrauensvolle und regelmäßige Kooperation mit dem deutschen Vertreter des Netzwerks der EDC-Koordinatorinnen und Koordinatoren des Europarats. Seit 2014 wirken der AdB und die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe) im bildungsberreichsübergreifend angelegten EU-Projekt „ENGAGE – politisch bilden | beteiligen | Kinderrechte umsetzen mit 8- bis 12-Jährigen“ mit, an dem sich auch das Netzwerk Kinderrechte beteiligt.

Auch Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus anderen Ländern gehören zum regelmäßigen Programm internationaler Arbeit im AdB. So war das Norwegian board of Adult Education am 30. Oktober 2014 zu einem Gespräch über aktuelle Herausforderungen politischer Erwachsenenbildung und Dimensionen Europas in der Erwachsenenbildung in Deutschland im AdB. Georg Pirker war zudem als Experte zu verschiedenen Tagungen nationaler und internationaler Kooperationspartner eingeladen: Am 3. März 2014 beschäftigte er sich gemeinsam mit den Landesvertreterinnen und -vertretern der Heinrich-Böll-Stiftung mit der Frage nach neuen Wegen in der europapolitischen Bildungsarbeit. Am 8. Juli 2014 war er vom Europäischen Wergeland Zentrums/Oslo im Rahmen eines einwöchigen Fachprogramms zu einer Study Session mit Vertreterinnen russischer universitärer Bildungseinrichtungen und Lehrerfortbildungsinstitute in der Freien Universität Berlin und erörterte Grundprinzipien und Strukturen außerschulischer politischer Bildung. Vom 28. bis 31. November 2014 war er von der GIZ als Experte und Ressourceperson eingeladen zur Mitwirkung am Fachkongress „Lancement d’un Réseau des Villes – La Participation des Jeunes dans la Commune“ in Tunis zur Ausarbeitung eines deutsch-tunesischen Städtenetzwerks Jugendbeteiligung in der Kommune. Auf der Jahrestagung der Berliner Bildungsstätten am 18. November 2014 schließlich lieferte er einen kritischen Fachvortrag zur Frage von Wirkungen europapolitischer außerschulischer Bildungsarbeit.

Die horizontale und vertikale Vernetzung der internationalen Arbeit des AdB steht für eine hohe Kompetenz eigener Bildungspraxis und deren Übersetzung in und Verzahnung mit internationalen politischen Prozessen, die auf einer z. T. sehr abstrakten Ebene wirken. Im Bereich der politischen Bildung haben der AdB und seine Mitglieder diesbezüglich ein Alleinstellungsmerkmal entwickelt.

Die Fachlichkeit des AdB ist auch auf der nationalen Ebene gefragt. So hat der AdB im Rahmen des Modellprojekts „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen“, das von JUGEND für Europa im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde, in der Redaktionsgruppe des Eckpunktepapiers einer abgestimmten Strategie zur Förderung der Fachkräftequalifizierung mitgearbeitet (www.jugendpolitikineuropa.de).

Der AdB wirkte 2014 zudem in verschiedenen AGs und Expertengruppen des IJAB und des Innovationsforums Jugend Global mit, aus denen Fachveröffentlichungen entstanden sind:

- Die politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit; Georg Pirker/Ulrich Ballhausen;
- Rechtsextremismus und Rassismus als Themen der Internationalen Jugendarbeit; Tim Scholz, Vorsitzender der AdB-Kommission Europäische und Internationale Arbeit.

Beide Dokumente sind unter www.ijab.de einzusehen.

Erfahrungen und Ergebnisse

Die internationale Jugendarbeit im AdB ist dynamisch. Sie entwickelt und bewegt sich weiter. Daraus erwachsen neue Herausforderungen, denen sich der AdB stellen muss. Die 2012/2013 gestarteten Programme mit Israel und Tunesien sind auch 2014 Aktivposten im Verband geblieben und weiter gewachsen. Auf der Grundlage der in den Vorjahren durchgeführten Fachprogramme konnten vielfältige Kooperationen und Begegnungen von Mitgliedseinrichtungen umgesetzt werden, die eindrucksvolles Zeugnis von wirksamer Verzahnung der intensiven und für alle Beteiligten aufwändigen Fachprogramme des AdB und der Arbeit seiner Mitglieder sind. Dies erlaubt, für 2015 neue bilaterale Kooperationen mit neuen Ländern anzuvisieren.

Erfreulich ist auch, dass die Anzahl der im Zentralstellenverfahren beteiligten Mitgliedsorganisationen erheblich über die der

ohnehin großen Kommission Europäische und Internationale Jugendbildung im Verband hinausgeht. Erfreulich ist weiterhin, dass es 2014 gelungen ist, den Verbandsdiskurs zur politischer Bildung aus dem Verband hinaus in andere Medien der internationalen und europäischen Jugendarbeit zu tragen. Und erfreulich ist erst recht, dass über die Beteiligung an online-Fortbildungen zur internationalen Jugendarbeit wiederum ein neuer Kreis interessierter Organisationen im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten erste Kontakte in die internationale politische Bildungsarbeit sucht.

Weniger erfreulich ist, dass sich der Aufbau der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation trotz hohen Aufwands erheblich komplexer und fragiler entwickelt, als es in den anderen Bereichen der internationalen Fachprogramme der Fall ist. Dies ist zum Teil der politischen Situation geschuldet, aber auch die innerverbandliche Beteiligung von Mitgliedseinrichtungen ist noch ausbaufähig.

Democracy and Human Rights Education in Europe – Netzwerk DARE

2014 markiert einen tiefgreifenden Einschnitt für das DARE-Netzwerk in mehrerlei Hinsicht. Der gewaltsame Tod

DARE

Democracy and Human Rights Education in Europe

der zweiten Vorsitzenden Elena Begant am 28. Juni 2014 hat im DARE-Vorstand und im ganzen Netzwerk Fassungslosigkeit hervorgerufen. Elena Begant war über Jahre eine der treibenden Personen und Aktivposten von DARE und hat für das gesamte Netzwerk selbstlos und verantwortungsbewusst großes Engagement gezeigt und viele Aufgaben übernommen. Sie hinterlässt eine kaum zu schließende, große Lücke im europäischen Netzwerk.

2014 hat im DARE-Vorstand und im ganzen Netzwerk Fassungslosigkeit hervorgerufen. Elena Begant war über Jahre eine der treibenden Personen und Aktivposten von DARE und hat für das gesamte Netzwerk selbstlos und verantwortungsbewusst großes Engagement gezeigt und viele Aufgaben übernommen. Sie hinterlässt eine kaum zu schließende, große Lücke im europäischen Netzwerk.

DARE hat im Verbund mit der AdB-Beratungswoche International im Februar erstmalig eine webbasierte Online Academy zu „Funding of EDC/HRE under the new EU MFF 2014-2020“ durchgeführt und war damit auf der europäischen Ebene wieder Wegbereiter. Von Meriten allein kann man sich jedoch leider nichts kaufen, daher hat sich das Board vor allem damit beschäftigt, die Finanzen des Netzwerks vor dem Hintergrund durch die Europäische Finanzkrise schwindender Mitgliedsorganisationen zu stabilisieren. 20 % der Mitgliedsorganisationen sahen sich innerhalb der letzten zwei Jahre nicht mehr in der Lage, ihren Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Dies hatte zur Folge, dass das ohnehin schmale, selbst erwirtschaftete Budget des Netzwerks stark beansprucht zu werden drohte. Über verschiedene Projektbeteiligungen ist es nun gelungen, das Netzwerk finanziell in stabileres Fahrwasser zu bekommen, verbunden mit der Aussicht, Aufgaben über Honorartätigkeiten zu professionalisieren. Nichtsdestotrotz steht und fällt das Netzwerk mit dem Engagement des AdB.

Finanzielle Stabilität sollte jedoch nicht über die schwierige Lage von politischer Bildung im europäischen Kontext hinwegtäuschen:

- Es gibt in den akut von der Finanzkrise betroffenen Ländern nur wenige etablierte Bildungs-NGO.
- Stellenkürzungen und „Projektitis“ führen zum anhaltenden brain drain selbst bei vermeintlich gut situierten Organisationen in Ländern, die weniger betroffen sind.
- Die (vermeintlich logische) Beschränkung auf das Kerngeschäft hat zur Folge, dass Europa „unter den Tisch fällt“.

Kooperationen und Vertretungen

2014 hat sich DARE auf kleineren Feldern engagiert. So hat das Netzwerk auf der Ebene der EU den Start von Erasmus+ intensiv begleitet und versucht, seinen Mitgliedern frühzeitig Informationen zur Verfügung zu stellen und diese somit zu qualifizierten Antragstellungen zu befähigen.

Im Bereich der Kooperationen mit dem Europarat ist an erster Stelle die Mitwirkung an den Sitzungen der International Contact Group on EDC/HRE zu nennen, die einen Informationsaustausch der intergovernmentalen Organisationen, die in Bereichen von Menschenrechtsbildung und politischer Bildung arbeiten, zum Ziel hat. Hierbei hat DARE vor allem die Sorge formuliert, dass internationale Politikprogramme, die EDC/HRE betreffen, zunehmend aus der Perspektive von der Durchführung messbarer Wirkung konstruiert werden. Dies stellt vor allem die außerschulische Bildung vor große Herausforderungen.

Wie schon 2013 hat sich DARE auch 2014 in Spanien in die Diskussion um die Abschaffung politischer Bildung aus den Lehrplänen eingeschaltet. Eingeladen vom spanischen Mitglied CIVES, hat sich Lillian Hjorth (Vorstandmitglied) auf einer am 28. und 29. Juni 2015 in Sevilla anberaumten nationalen Konferenz zur Lage von politischer Bildung in Andalusien stark gemacht für ein unabhängig von tagesaktuellem Regierungshandeln etabliertes Bildungsverständnis auch politischer Bildung und die Wichtigkeit breit angelegter Programme zur politischen Bildung betont. Vertreter/-innen von CIVES heben hervor, dass diese Unterstützung durch europäische NGO elementar wichtig in dieser Auseinandersetzung ist.

Zentrale Aktivitäten

DARE ist 2014 erstmals als Organisation in ein EU-Projekt eingebunden. Im Rahmen des Projekts „EDC for All“ geht es um den Aufbau einer Pilot-Infrastruktur für Jugendbildung in der Stadt Sintra in Portugal, die konkret die Politik des Europarats nutzt, um lokale kommunalpolitische Angelegenheiten von Jugendlichen zu bearbeiten. Hierzu fanden verschiedene Projekttreffen statt, die sich mit niederschweligen Zugangsformaten für Jugendliche, mit Handreichungen/Handbüchern und schließlich mit der Frage von außerschulischer Bildungsinfrastruktur auseinandersetzten. In diesem Zusammenhang fand im Dezember 2014 u. a. eine Studienreise von zwei portugiesischen Fachkräften zu Jugendbildungseinrichtungen im AdB statt, um die Strukturen, Arbeitsfelder und Herangehensweisen außerschulischer politischer Jugendbildung kennenzulernen.

Auch 2014 war DARE wieder Partner der NECE-Konferenz. Die von der bpb betreute Plattform verschiedenster Bildungsträger, die als ihr Arbeitsfeld den weiten Bereich Civic Education definieren, beschäftigte sich vom 16. bis 18. Oktober 2014 auf ihrer Konferenz in Wien mit Fragen von Konfliktprävention und Friedenserziehung. Mehrere DARE-Mitglieder boten in diesem Zusammenhang Workshops an und haben sich rege am Diskurs beteiligt. Das Format der NECE-Konferenzen ist wichtig, da es Trägern und Einrichtungen der formalen und nicht-formalen Bildung einen leichten Zugang zu europäischen Fragestellungen eröffnet, die das Fachfeld EDC/HRE betreffen, aber auch darüber hinausgehen.

Als Fortbildung fanden neben der bereits erwähnten e-Academy zur „EU Funding“ am 7. Oktober 2014 eine Onlinekonferenz zu „Transformative Education for Global Citizenship, Challenges and Opportunities of Monitoring“ statt. Die Teilnehmenden erörterten gemeinsam mit Amy Skinner die Fragen der Messbarkeit von Bildungsleistungen in diesem Zusammenhang. Einige der Ergebnisse wurden später bei der UNESCO anlässlich der Diskussion um das Global Citizenship Education-Ziel im Rahmen der Post-2015-Ziele für Nachhaltige Entwicklung vorgestellt. Auch an der jährlichen Edunet Sommerakademie zum Thema „Gender Matters“ in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein hat sich DARE beteiligt.

Die Vollversammlung von DARE am 18. November 2014 diente auf Wunsch der Mitglieder der Rückbesinnung und dem Gedenken an die verstorbene Elena Begant.

Qualifizieren und Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB



Das Arbeitsfeld der politischen Bildung ist aufgrund der gesellschaftspolitischen Anforderungen von einer hohen Dynamik geprägt und verlangt den Mitarbeitenden in den Bildungsstätten und Bildungswerken des AdB eine große Bereitschaft zur Fort-

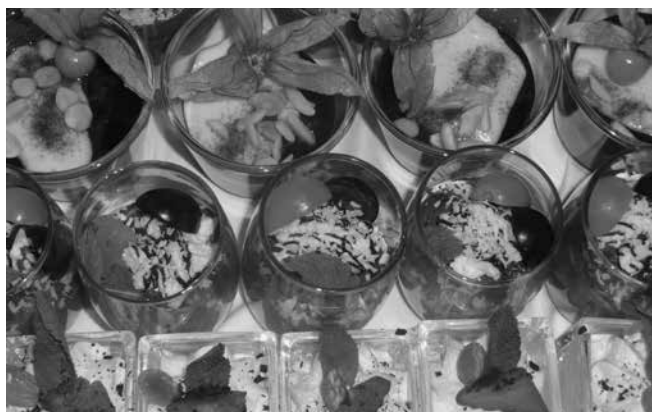
und Weiterbildung ab, um auch fachlichen, betriebswirtschaftlichen und technischen Herausforderungen gerecht zu werden. Die traditionellen Fortbildungstagungen des AdB für Hauswirtschaftsleitungen und Haustechniker in Bildungsstätten konnten

im Berichtszeitraum durch Fachtagungen, Beratungsangebote für die internationale Arbeit und eine Fortbildung zur Personalentwicklung ergänzt werden. Der AdB unterstreicht damit seinen Ansatz, neben der Unterstützung guter Bildungsarbeit in den Mitglieds-einrichtungen auch die vielfältigen Rahmenbedingungen dafür in den Blick zu nehmen.

Wird der Speiseplan zum Beipackzettel? Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen

Die Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) als anzuwendende EU-Vorschrift stand im Mittelpunkt der Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen im AdB, die vom 18. bis 21. Februar 2014 in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen stattfand. Die 17 Teilnehmenden diskutierten die Auswirkungen der LMIV für die Gestaltung von Speiseplänen in Bildungsstätten.

Seit Dezember 2014 gilt eine Kennzeichnungspflicht für Zusatzstoffe in Lebensmitteln. Etwa 15 Deklarationen sind maximal vorgesehen, wobei die Teilnehmenden der Tagung anhand ihrer Wochen-Speiseplanbeispiele nur vier Deklarationen identifiziert haben. Als sinnvollste Kennzeichnung in den Speiseplänen wurden Fußnoten vorgeschlagen. Zusätzlich müssen seit Dezember 2014 Allergene in Lebensmitteln angegeben werden. Zur Umsetzung wurde bis Ende des Jahres eine Verordnung der Bundesregierung erwartet. Prophylaktisch entwickelten die Fachkräfte bereits ein abgestuftes Informationssystem für Gäste der Bildungsstätten, das anhand von Piktogrammen auf Allergene hinweisen soll und somit auch geeignet ist, internationales Publikum zu informieren. Neben einer allgemeinen Darstellung und Erläuterung der Allergen-Piktogramme soll am Büfett oder bei der Speisenausgabe auf aktuell verwendete Allergene hingewiesen werden.



Der Einsatz von Instrumenten der Kosten- und Leistungsrechnung in der Hauswirtschaft war ein weiteres Tagungsthema. Anhand ausgewählter Beispiele kalkulierten die Teilnehmenden die Kosten unterschiedlicher Veranstaltungsformate und Leistungen in den Bildungsstätten und wurden so in die Lage versetzt, realistische Preisgestaltungen vorzunehmen. Die häufig angewandte „ist eh da – Berechnung“ erweist sich nach Aussage der Referentin Dr. Gabriele Mönicke als nicht wirklich seriös. Personal, Sachmittel

oder Lebensmittel, die „eh da“ sind bieten keine ausreichende Basis für eine Kalkulation.

Aktuelle Ernährungstrends stellte die Oekotrophologin Ljubica Nikolic von der Hochschule Niederrhein vor. Sie differenzierte unterschiedliche Strömungen, die sich hinter den Schlagworten „Clean-Food“, „Ethic-Food“ oder „Slow Food“ verbergen und brachte diese mit gesellschaftlichen Strömungen, wie z. B. des veganen Essens als Ausdruck der Ethic-Food-Bewegung, in Verbindung. Insbesondere „Ethic-Food“ wird bereits in einigen Bildungsstätten von Gästen nachgefragt, so dass nach Meinung der Fachkräfte das Speisenangebot zukünftig stärker auf diese Zielgruppe ausgerichtet werden muss.

Beratungswoche „Europäische und Internationale Bildungsarbeit“

Der AdB führte vom 3. bis 7. Februar 2014 seine erste Beratungswoche zum Thema „Europäische und Internationale Bildungsarbeit“ durch. Ziel war es, den Mitgliedern des AdB ein systematisches und strukturiertes Angebot zu Ideen, Projekten und Grundkonzeptionen der internationalen Arbeit zu eröffnen, die Bedarfe aus den Mitgliedseinrichtungen im Dialog zu erfassen und gemeinsam zu bearbeiten.

Zwölf Einrichtungen aus dem AdB nutzten das Angebot, um am Telefon oder in mehrstündigem direktem Austausch mit Georg Pirker, Referent für internationale Aufgaben in der Geschäftsstelle des AdB, Fragestellungen internationaler Bildungsformate oder konkrete Projektideen zu diskutieren und sich mit der nationalen und europäischen Förderlandschaft auseinanderzusetzen. In einigen Gesprächen ging es um die Prüfung der Förderfähigkeit von Projektideen, in anderen um die stärkere Akzentuierung der politischen Bildung in den Vorhaben.

Parallel zu den Gesprächen hatten die AdB-Mitglieder die Möglichkeit, online an der einwöchigen DARE-e-Academy „EDC/HRE under the new EU Funding Period 2014-2020“ teilzunehmen. Mit diesem Format betrat der AdB Neuland und machte erste, sehr positive Erfahrungen. Angelegt als einstündige englischsprachige After-Lunch-Vorlesung und Diskussion konnten sich die Teilnehmenden an fünf Tagen in der Woche intensiv mit Bezugspunkten und Zugängen für Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education (EDC/HRE) und ihre Möglichkeiten im Kontext der neuen EU-Förderperiode befassen. Insgesamt nutzten 35 Einrichtungen aus dem AdB und dem europäischen Netzwerk DARE die Gelegenheit und nahmen während der Woche mit großer Kontinuität an der e-Academy teil.

Sowohl im DARE-Kontext als auch für den AdB konnte damit ein neues Format getestet werden, das sich zur Bearbeitung regelmäßig auftauchender thematischer Fragestellungen, aber auch zur fachlichen Vertiefung im pädagogischen Kontext anbietet. Damit ist ein Anfang gemacht. Die Beteiligten empfehlen den Gremien

und Kommissionen des AdB, mögliche entry points für solche Formate zu definieren. Das Angebot einer Beratungswoche „Internationales im AdB“ wird sicherlich wiederholt werden und auch für die Bearbeitung komplexer Fragen in anderen Bereichen werden Angebote erarbeitet.

Fortbildungstagung für Haustechniker in Bildungsstätten

Was tun, um Brände in Bildungsstätten zu verhindern und Menschen vor Brandgefahren zu schützen? Das war die zentrale Frage der Fachtagung für Haustechniker aus Mitgliedseinrichtungen des AdB, die vom 21. bis 24. Oktober 2014 im brandenburgischen Jugendbildungszentrum Blossin stattfand.

Die 15 Teilnehmer befassten sich mit Aspekten des vorbeugenden Brandschutzes, die von einem Brandsachverständigen des Landes Brandenburg vorgetragen wurden. Er stellte die einschlägigen brandschutzrechtlichen Bestimmungen vor. Neben den Landesbauordnungen regeln sogenannte Beherbergungsstätten-Verordnungen der Länder die Details des baulichen Brandschutzes. Da es sich bei Bildungsstätten rechtlich in den meisten Fällen um Sonderbauten handelt, findet diese Verordnung Anwendung und regelt u. a. die Beschaffenheit von Rettungswegen, die Rauchdichtigkeit von Türen (insbesondere von Schlafräumen) und die Zufahrt von Löschfahrzeugen.



Während der Diskussion berichteten die Haustechniker von Auseinandersetzungen mit den örtlichen Brandschutzbehörden bei Erweiterungsbauten, Modernisierungen und geforderten Anpassungen des baulichen Brandschutzes. Grundsätzlich müssen Bildungsstätten immer den aktuellen Brandschutzbestimmungen gemäß angepasst werden. Der sogenannte Bestandsschutz gilt nicht generell. Der Brandschutzsachverständige wies darauf hin, dass der Sachversicherer über vorgenommene bauliche Änderungen zu informieren ist, um den Versicherungsschutz nicht zu gefährden.

Mit der Integration des betriebsorganisatorischen Brandschutzes in das Qualitätsmanagement einer Bildungsstätte befassten sich die

Haustechniker in einem zweiten Schritt und entwickelten Prozessbeschreibungen zur Wartung und Prüfung brandschutztechnischer Einrichtungen und für die Umsetzung von Brandschutzordnungen.

Der dritte Schritt stellte die Planung einer Brandschutzübung in Bildungsstätten dar. Wer ist vorher zu informieren, wer wird mit einbezogen und wann soll eine solche Übungen stattfinden? Diese Fragen wurden diskutiert und Ablaufpläne angefertigt. Nach Auffassung der Tagungsteilnehmer muss eine Brandschutzübung während des laufenden Seminarbetriebs stattfinden. Dem vorausgehen kann eine Brandschutzunterweisung der Mitarbeitenden.

Fachtagung „Personalmanagement in Bildungseinrichtungen“

Die Kommission Verwaltung und Finanzen organisierte im Anschluss an ihre Herbstsitzung im Haus Neuland in Bielefeld die Fachtagung „Potenziale erschließen – Personalmanagement in Bildungseinrichtungen“. Inhaltlicher Schwerpunkt waren die Themen Mitarbeiterqualifizierung und -bindung.

Die anwesenden Fachleute stellten dar, wie sie Weiterbildungsets in den Haushalten schaffen, die auch für langfristige Weiterbildungen nutzbar sind. Einige berichteten zudem, dass in ihren Häusern die Verpflichtung der Mitarbeitenden zur Fortbildung besteht. Probleme seien die Kosten für die Mitarbeiterqualifizierung und

die Motivation der Mitarbeitenden zur Fort- und Weiterbildung, die vor allem vor dem Hintergrund mangelnder Zeit angesprochen wurde. Die Einrichtungen handhaben die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter/-innen sehr unterschiedlich: Unterschiede zeigen sich beispielsweise zwischen Einrichtungen mit und ohne angeschlossenen Häusern, aber auch zwischen Einrichtungen mit bzw. ohne Qualitätszertifizierung.

Neben der Mitarbeiterqualifizierung haben Bildungseinrichtungen aber auch andere Möglichkeiten der Mitarbeiterbindung. Sie können vor allem durch

die positive Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen dazu beitragen. Dazu zählen: Transparenz, ein gutes Betriebsklima, flexible Arbeitszeiten und Vertrauensarbeitszeit, gezieltes Empowerment, aber auch die finanzielle Anreize wie z. B. eine Beteiligung am Betriebsergebnis. Einer langfristigen Bindung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eher abträglich sind dagegen unregelmäßige Arbeitszeiten, die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Beruf und Engagement und eine nicht adäquate Bezahlung.

Der Referent Jacques Douillet stellte die Herausforderungen an ein „modernes“ Personalmanagement dar. Im Einzelnen beschrieb er, wie Strukturen geschaffen und Zuständigkeiten geregelt, wie eine

positive Unternehmenskultur gestaltet und wie Konflikte konstruktiv bearbeitet werden können. Zudem ging es um die Fragen, wie man gute und passende Mitarbeiter/-innen findet, wie man das Potenzial der Mitarbeiter/-innen erkennen kann und wie Mitarbeitende am besten motiviert werden können. Entsprechende Testverfahren dazu wurden vorgestellt. Er identifizierte insgesamt zwölf Faktoren gelungener Teamarbeit, die er den Teilnehmenden als „Teamverstärker“ vorstellte: Führung, Qualifikation, Engagement, Klima, Leistungsniveau, die Rolle in der Organisation, Arbeitsmethoden, Organisation, Kritik, Persönliche Weiterentwicklung, Kreativität sowie die Beziehung zu anderen Gruppen. Zum besseren Verständnis erarbeiteten die Teilnehmer/-innen in Arbeitsgruppen Beispiele für diese Faktoren.

Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung

Am 25. und 26. November 2014 fand im Arbeitnehmer-Zentrum Königwinter die AdB-Fachtagung „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ statt. Auch wenn die Resonanz auf die Ausschreibung trotz des brisanten und hochaktuellen Themas nicht so hoch war wie erhofft, konnte eine interessante Tagung mit wichtigen Einblicken und engagierten Diskussionen realisiert werden. Mit der Tagung wurde ein großes und komplexes Thema in den Blick genommen, das alle Politikbereiche berührt – sowohl die Außenpolitik, die Innenpolitik, als auch Fragen der Sicherheit, Bildung, Jugend und Verteidigung.



Dr. Steffen Angenendt, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

In seinem einführenden Beitrag informierte Dr. Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, die Teilnehmenden über die Ursachen, Folgen und die entwicklungspolitischen Herausforderungen globaler Migration. Worüber reden wir eigentlich? Was sind Flüchtlinge, Migranten, illegale Zuwanderer? Wie passt das Bild in den Köpfen der Menschen mit der tatsächlichen Lage zusammen? Hier verbinden sich Migrations- und Flüchtlingspolitik auch mit Fragen des demografischen Wandels und der Dis-

kussion um eine neue EU-Politik. Deutlich wurde, dass das Wissensdefizit oftmals groß ist und dies zu Fehleinschätzungen führen und – wie aktuell erschreckend sichtbar – von populistischen und fremdenfeindlichen Strömungen ausgenutzt werden kann.



Marei Pelzer, Pro Asyl, Frankfurt am Main

Einen weiteren, spezifischeren Einblick in das Thema gab Marei Pelzer von Pro Asyl, Frankfurt am Main, die das Ausmaß der humanitären Katastrophe an den EU-Außengrenzen mit unvorstellbaren Zahlen illustrierte. Sie machte deutlich, wie kompliziert sich die rechtlichen Fragen gestalten. Der Rahmen reicht von der Genfer Flüchtlingskonvention, über die Seeaußengrenzverordnung, die Europäische Menschenrechtskonvention bis hin zur Verlassenserslaubnis. Die Referentin zeigte auf, dass und wie jeden Tag von europäischen Rechtsstaaten gegen das damit festgeschriebene Recht verstoßen wird – und dies weitestgehend sanktionsfrei. Die EU sei aber keine menschenrechtsfreie Zone. An diesem Punkt müsse angesetzt und bestehendes Recht eingeklagt werden, so die Referentin. Sie machte deutlich, wie wichtig gerade hier zivilgesellschaftliche Organisationen, wie z. B. Pro Asyl sind, um anwaltlich für die Schwachen einzutreten.

Mit einer Projektvorstellung von Andrea Keller aus dem ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V., Drochtersen-Hüll, konnte ein Beispiel gegeben werden, wie die politische Bildung das Thema „Flüchtlinge“ und insbesondere die Arbeit mit Flüchtlingen umsetzen kann.

Der zweite Tag war zunächst der Arbeit in drei Workshops gewidmet, in denen konkrete Ideen für die politische Bildung entwickelt wurden.

Die Frage, wie politische Bildung die gesellschaftliche Auseinandersetzung über Flucht und Migration mitgestalten kann, wurde im Anschluss ebenso in der Podiumsdiskussion diskutiert, an der sich Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB, Nadya Homsy, AKE-Bildungswerk Vlotho, Caroline Schultz, Mitarbeiterin beim Sachverständigenrat für Integration und Migration Berlin, und Silvia Oitner, Alice Salomon Hochschule Berlin, beteiligten. Auch hier wurde die



Teilnehmende auf dem Podium (v. li. n. re.): Silvia Oitner, Caroline Schultz, Boris Brokmeier, Nadya Homsy, Ulrich Ballhausen

Größe und Komplexität des Themas und die Verknüpfung mit den zentralen Fragen der politischen Bildung, wie Menschenrechte, Einwanderungsgesellschaft, Europa als Friedensprojekt und die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft sichtbar. Auch große Fragen können – und sollten, bevor sie nicht in der Öffentlichkeit gestellt und bearbeitet werden – im Kleinen thematisiert werden. Die politische Bildung sollte, so ein zentrales Fazit aus dieser Fachtagung, ein Teil des Diskurses über die Folgen und den Umgang mit globaler Migration sein und werden. Sie sollte darüber nachdenken, wie sie Wissen zu dem Thema vermitteln und für das Thema sensibilisieren kann; wie sie gesellschaftliche Diskussionen initiieren und Flüchtlinge erreichen kann; wie sie Verbündete finden und Begegnungen ermöglichen kann.

Fortbildung „Politische Bildung – Geschichte, Themen, Akteure, Förderung“

In den letzten Jahren gab es in vielen Mitgliedseinrichtungen des AdB personelle Wechsel, oft begründet durch das altersbedingte Ausscheiden von Einrichtungsleiterinnen und -leitern und pädagogischen Mitarbeitenden. Viele neue Kolleginnen und Kollegen haben in den Bildungsstätten und Bildungswerken die Arbeit aufgenommen, wobei einige noch keine oder nur wenige Erfahrungen in der politischen Bildung sammeln konnten. Aus diesem Grund bot der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten am 15. Dezember 2014 eine Fortbildung für Mitarbeiter/-innen in den Mitgliedseinrichtungen an und machte den „neuen“ Kolleginnen und Kollegen damit das Angebot einer eintägigen Fortbildung, die grundlegend in die Themen, die Geschichte, die Struktur und Förderung der politischen Bildung einführte. Die Fortbildung gab einen Einblick in die politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland. Die Teilnehmenden, die aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin gekommen waren, lernten zudem die Aufgaben, Strukturen und Handlungsfelder des AdB kennen, der als Teil der Struktur politischer Bildung spezifische Aufgaben übernimmt. Diese wurden

dargestellt und mit den Erwartungen der Teilnehmenden an die Unterstützung durch den AdB abgeglichen. Darüber hinaus gab die Fortbildung einen Einblick in die Förderlandschaft in Deutschland und Europa.

Die Fortbildung wurde abgerundet durch ein Gespräch mit dem Abgeordneten Stefan Schwartz, MdB, über das Verhältnis von Politik und politischer Bildung im Deutschen Bundestag. Er sicherte zu, sich auch weiterhin im Parlament für die Belange der politischen Bildung einzusetzen und gab den Anwesenden mit auf den Weg, dafür auf gut aufbereitete Informationen angewiesen zu sein.

Erfahrungen und Ergebnisse

Die Angebote zur Fort- und Weiterbildung richteten sich in erster Linie an die Mitarbeitenden in den Mitgliedseinrichtungen des AdB, die diese auch zur Steigerung der fachlichen Kompetenz nutzten. Die Auswahl und das Angebot der Themen orientierten sich an den Bedarfen der Einrichtungen und gesellschaftspolitischen Diskursen, wie z. B. Flucht, Asyl und Migration als Thema der Fachtagung, das eine hohes Maß an Aktualität besitzt und für die politische Bildung zunehmend wichtig wird, insbesondere für Bildungsangebote für die zunehmende Zahl junger Flüchtlinge in Deutschland.

Das stetige Interesse der Mitgliedseinrichtungen an betriebsorganisatorischen Fragen, wie dem vorbeugenden Brandschutz und der Verwendung von Zusatzstoffen in den verarbeiteten Lebensmitteln korrespondiert mit ständig steigenden gesetzlichen Anforderungen an den Betrieb von Bildungsstätten. Dem AdB wird von seinen Mitgliedseinrichtungen die Anbieterfunktion für Fort- und Weiterbildungsangebote zugeschrieben, die neben der fachlichen Qualifikation auch für den notwendigen Erfahrungsaustausch und die Kommunikation der Mitarbeitenden untereinander sorgen und damit wesentlich zur fachlichen Vernetzung innerhalb des Verbands beitragen.

Politische Bildung weiterentwickeln – Fachkommissionen im AdB

Die Fachkommissionen sind die zentralen Orte im AdB, in denen die inhaltliche, fachliche Arbeit des Verbandes vorangetrieben wird, in denen neue Trends aufgegriffen und Positionen bezogen werden. Mit den Kommissionen ist im AdB ein Rahmen für Erfahrungsaustausch, Zusammenarbeit und Qualifizierung geschaffen.

Die fünf Kommissionen im Verband vertreten die unterschiedlichen Felder politischer Bildung und setzen verschiedene Schwerpunkte: die Fachkommissionen Jugendbildung, Erwachsenenbildung, Europäische und Internationale Bildung, Mädchen- und Frauenbildung sowie die Kommission Verwaltung und Finanzen. Die Kommissionen treffen sich zwei Mal im Jahr zu ihren Sitzungen, in der Regel zu einer zweitägigen und einer dreitägigen Veranstaltung.



Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus

Mitunter werden die Sitzungen mit einer – teilweise öffentlich ausgeschrieben – Fachveranstaltung verbunden. Die Mitglieder der Kommissionen setzen sich ihre Arbeitsschwerpunkte zu Beginn der Sitzungsperiode selbst, haben aber auch immer die Möglichkeit, auf aktuelle Fragen und Problemlagen zu reagieren. Gelegentlich werden Arbeitsgruppen gebildet, die sich zwischen den Sitzungen treffen, Papiere erarbeiten und diese in die jeweilige Kommission einbringen. Besonders wichtig ist, dass die in diesen Kommissionen geleistete Arbeit in die Strukturen des Verbandes zurückgespiegelt wird. Die Ergebnisse der Beratungen werden z. B. in den jeweils anderen Kommissionen zur Kenntnis genommen, diskutiert und weiterentwickelt. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit dem Vorstand des AdB zentral. In jeder Kommission arbeitet ein Vertreter/eine Vertreterin des Vorstands mit. Dadurch ist gewährleistet, dass alle Fragen und Themen unmittelbar im Vorstand aufgegriffen werden können und gegebenenfalls direkt reagiert werden kann.

Die Fachkommissionen sind demzufolge ein wichtiges Element des fachlichen Austauschs der Mitglieder, ein Ort der kollegialen Beratung, aber ebenso auch der Weiterbildung und Qualifizierung der politischen Bildner/-innen und damit unerlässlich für die Erfüllung der bundeszentralen Infrastrukturaufgaben des bundesweiten Verbandes politischer Jugend- und Erwachsenenbildung.

Da die Mitarbeit in den Fachkommissionen alle vier Jahre ausgeschrieben wird und sich diese Ausschreibung an alle Mitarbeitenden in den Mitgliedseinrichtungen richten, haben sowohl Pädagoginnen und Pädagogen als auch Einrichtungsleiter/-innen und Verwaltungsleiter/-innen die Möglichkeit, sich um eine aktive Mitarbeit zu bewerben. Damit können die Potenziale der unterschiedlichen Arbeitsebenen für den Fachdiskurs genutzt werden. Die derzeitige Legislatur endet 2015.

■ Kommission Jugendbildung

Die Kommission Jugendbildung befasste sich während ihrer Frühjahrssitzung am 26. und 27. März 2014 im Bremer LidiceHaus mit dem Diskussionspapier „Gelingensbedingungen für die außerschulische politische Jugendbildung“, das von den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten im AdB entwickelt wurde. Die Kommissionsmitglieder begrüßten den Vorstoß, anhand einiger inhaltlicher und infrastruktureller Eckpunkte eine verbandsinterne Diskussion anzuregen. Es wurde vorgeschlagen, dass sich auch der AdB-Vorstand dieses Themas annimmt.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas dieser Kommissionssitzung „Rechtsextremismus und Demokratie“ stellte Andrea Müller, LidiceHaus, die Ergebnisse einer Studie zu rechtspopulistischen Einstellungsmentalitäten und zur Demokratie in Niedersachsen und Bremen vor. In der anschließenden Diskussion erörterten die Kommissionsmitglieder die Frage, wie politische Bildung in der gesellschaftlichen Mitte auf Dauer eine Wirkung erzielen kann. Andrea Müller verabschiedete sich mit seinem Vortrag nach mehr als 25 Jahren aus der Kommission Jugendbildung im AdB.

Bei der Herbstsitzung der Kommission am 23. und 24. September 2014 im Jugendbildungszentrum Blossin war das neue Bundesprogramm „Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ eines der Hauptthemen. Ziel der Beratungen war es, Eckpunkte für ein Verbandsprojekt des AdB zu ermitteln, an dem sich AdB-Mitgliedseinrichtungen beteiligen können.

Weiterer Schwerpunkt war das Konzept der politischen Jugendbildung im Jugendbildungszentrum Blossin. Stefanie Wolniewicz, Mitglied der Kommission und stellvertretende Leiterin der Einrichtung, stellte das Konzept zusammen mit einem Kollegen der Brandenburger Sportjugend vor. Insbesondere mit den Projekten „Integration durch Sport“ und „Straßenfußball für Toleranz“ werden Sport und politische Bildung miteinander in Verbindung gebracht. Im Straßenfußball-Projekt spielen Jungen und Mädchen gemeinsam und das bisherige Reglement wird durch soziale Regeln, wie z. B. faires Verhalten, ergänzt, die nach dem Spiel reflektiert werden und Anlass für Aushandlungsprozesse über die Vergabe von Fair-Play-Punkten sind. Für dieses Format wurden in Blossin rund

200 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Demokratie-Werkstätten geschult, die sich mit Fragen des Antirassismus und des Rechtsextremismus befasst haben. Zur Brandenburgischen Landtagswahl, zu der erstmalig auch 16-Jährige wählen durften, wurde das Projekt „Treffsicher wählen – Tore für Demokratie“ entwickelt und umgesetzt. Obwohl die Wahlbeteiligung in Brandenburg unter 50 Prozent lag, war sie bei den Erstwählern etwas höher.

Kommission Erwachsenenbildung

Die Kommission Erwachsenenbildung traf sich zu ihrer ersten Sitzung vom 25. bis 26. Februar 2014 in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW). Im Rahmen ihres thematischen Schwerpunkts setzten sich die Mitglieder der Kommission mit dem europäischen Netzwerk DARE und der europäischen Menschenrechtsbildung auseinander. Anne Stalfort, EU Liaison Officer bei Humanity in Action Deutschland e. V., einer Organisation für internationale Menschenrechtsbildung, informierte die Anwesenden über Akteure und Politikpapiere im europäischen Kontext. Sie berichtete über das Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe, das in Europa einen zentralen Stellenwert als Netzwerk für außerschulische Menschenrechtsbildung und Citizenship Education (EDC/HRE) hat. Die Mitglieder von DARE haben die Chance, EDC/HRE mitzugestalten, sie haben die Möglichkeit, bei Projekten im europäischen Kontext miteinander zu kooperieren und Projektergebnisse zu verbreiten.



Der Schwerpunkt passte sehr gut zum Tagungsort der EJBW, da in dieser Bildungsstätte die Verbindung zwischen deutscher Geschichte und der Vision für ein zukünftiges Europa immer wieder sichtbar gemacht wird. Im Zentrum der Bildungsarbeit steht die politische Bildung mit Jugendlichen zur Stärkung der Demokratie. Die Themen Menschenrechte, Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft, Diversity, Antidiskriminierung etc. sind mit dem Lernort Weimar und seiner Umgebung verbunden. Der Austausch

der Kommissionsmitglieder machte deutlich, dass bereits vielfältige Zugänge zum Thema Europa in den Bildungseinrichtungen bestehen. Zudem konnten neue Ideen und Anregungen, z. B. zum Thema „Europa – Grenzen überwinden“, eröffnet werden.

Die zweite Sitzung der Kommission fand vom 15. bis 17. September 2014 im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg statt. Die Informationen, inhaltlichen Inputs und Diskussionen nahmen Geschichte, Gegenwart und Zukunft in den Blick. Mit einem Besuch des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes und des Dokumentationszentrums informierten sich die Mitglieder der Kommission über die Entstehungsgeschichte des Geländes und lernten die pädagogische Aufbereitung der Ereignisse im „Dritten Reich“ in der Ausstellung kennen. Das DoKuPäd, das die Führung organisierte, ist ein Bildungsanbieter, der eng mit dem Dokumentationszentrum zusammenarbeitet und Angebote zu verschiedenen Themenschwerpunkten für Jugendliche und Erwachsene macht, z. B. zu den Themen Menschenrechte und Macht der Gruppe, zum Rechtsextremismus im Alltag oder zu Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus. Durch den historischen Ort ist eine eindrückliche Kulisse gegeben, die den Größenwahn und die Beeinflussung der Massen durch architektonische Gigantomanie sichtbar macht und die hervorragend für die politische Bildung genutzt werden kann.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt war das Thema „Film und politische Erwachsenenbildung“. Anhand einer praktischen Erprobung konnte deutlich gemacht werden, in welcher Weise die

Themen Gentechnik, Leistungsgesellschaft und ethische Fragen in der politischen Bildung aufgegriffen werden können. Ziel war es, die methodischen Möglichkeiten bei der Arbeit mit Filmen in der politischen Bildung vorzustellen und konkret werden zu lassen.

Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Die Mitglieder der Kommission Mädchen- und Frauenbildung des AdB trafen sich vom 17. bis 18. März 2014 in der Bildungsstätte HochDrei in Potsdam. Gemeinsam mit den eingeladenen Expertinnen Tina Kuhne und

Tanja Berger stand im Mittelpunkt der Sitzung die (selbst-)kritische Frage, ob es aktuell noch zeitgemäß ist, Angebote für Mädchen und Frauen durchzuführen. Werden mit speziellen Angeboten für Mädchen und Frauen andere Teilnehmende ausgegrenzt? Was ist mit Jugendlichen und Erwachsenen, die sich nicht in die Zweigeschlechtlichkeit einordnen wollen oder können?

Die Kommissionsmitglieder und die Referentinnen waren sich einig, dass es – wie im Positionspapier des AdB von 2011 ausgeführt ist –

nach wie vor politische Bildungsangebote für Mädchen und Frauen geben muss. Sie müssen aber auch vor dem Hintergrund neuer Diskussionen um Diversität und Geschlechtervielfalt immer wieder neu begründet werden. Geschlecht, so hielt die Kommission fest, ist nach wie vor eine entscheidende Kategorie, die über den Platz, den Menschen in der Gesellschaft einnehmen, entscheidet. Die Aufgabe der Kommissionsarbeit muss es daher sein, die Themen der außerschulischen politischen Bildung unter geschlechtsspezifischer Perspektive zu bearbeiten und dazu Stellung zu beziehen.

Die Mitglieder ließen sich darüber hinaus über verbandspolitische Entwicklungen informieren, diskutierten das AdB-Jahresthema 2015 und tauschten sich über jugend- und bildungspolitische Rahmenbedingungen ihrer Bildungsarbeit aus.

Zur zweiten Sitzung trafen sich die Mitglieder der Kommission am 3. November 2014 in Hannover. Auf der Tagesordnung standen der Austausch über jugend- und bildungspolitische Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene sowie Berichte aus AdB-Vorstand und Geschäftsstelle. Inhaltlicher Schwerpunkt der Sitzung war der Themenkomplex Inklusion. Christine Reich, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, stand als Referentin zur Verfügung. Sie führte grundlegend in das Thema ein und berichtete aus ihrer eigenen Einrichtung, in der in einem zweijährigen, begleiteten Prozess die Umsetzung eines inklusiven Konzeptes erprobt wurde.

Inklusion ist, so erläuterte die Referentin, ein Konzept gegen Diskriminierung, wobei die Gründe von Diskriminierung vielfältig sein können und z. B. das Geschlecht, die Hautfarbe, die Zugehörigkeit zu einer Religion, die sexuelle Orientierung oder körperliche und geistige Beeinträchtigungen betreffen können. Inklusion bedeutet die selbstverständliche Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft, verbunden mit der Möglichkeit zur uneingeschränkten Teilhabe. Der Ursprung des Konzeptes liegt in der Bürgerrechtsbewegung in den USA.

Entscheidend für Inklusion ist der Perspektivwechsel: Ausgrenzung entsteht durch das Vorhandensein von Hindernissen in den Strukturen. Nicht Hilfe ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, sondern die Veränderung der ausgrenzenden Bedingungen. Inklusion zielt damit auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen. Sie ist eine Haltungsfrage, die bei jedem Einzelnen ansetzt.

Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass ein inklusiver Ansatz hoch anschlussfähig für die außerschulische Bildungsarbeit ist. Politische Bildung setzt an den Stärken und Interessen der Teilnehmenden an, nicht deren Defizite stehen im Mittelpunkt. Den-

noch bedeutet eine konsequente Umsetzung, alle Arbeitsbereiche einer Bildungsstätte in den Blick zu nehmen und zu überprüfen: die Bildungsarbeit selbst, die Mitarbeitenden und deren Qualifikation, die Zielgruppen und das Wissen über die Zielgruppe, die baulichen und räumlichen Gegebenheiten und nicht zuletzt die politischen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen.

Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Die Mitglieder der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit tagten vom 24. bis 26. Februar 2014 im Europahaus Aurich. Sie schlossen nach mehrjährigen Beratungen ihre Diskussionen um ein internationales Leitbild ab und verfassten ein Papier zur Verortung und Entwicklungsperspektive der internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB. Das Papier markiert für die Kommissionsmitglieder ein erstes Etappenziel in einem Selbstver-



ständnisprozess zur eigenen Arbeit und soll nun von den anderen Gremien des Verbands diskutiert und verabschiedet werden. Ziel ist es, europäische und internationale Bildungsprozesse als Querschnittsaufgabe für die politische Bildung zu begreifen und sie dementsprechend strukturell in der Arbeit der Bildungsstätten und des Verbands zu verankern.

Die Mitglieder der Kommission hatten den Diskussionsprozess auf mehrere Jahre angelegt, da es auch darum ging, einen Generationenwechsel in der Arbeit der Kommission zu begleiten und mit den „Newcomern“ und den erfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen in der Kommission eine gemeinsame Entwicklung zu durchlaufen. Dieser Prozess half, die eigene Kompetenz zu steigern. Zudem wird er die Grundlage dafür sein, das Profil internationaler und europäischer Bildungsarbeit im Verband perspektivisch neu zu verorten.

Auf ihrer zweiten Sitzung vom 15. bis 16. September 2014 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg suchte die Kommission

nach pädagogischen Ansätzen, das wissenschaftliche Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) in einem internationalen Kontext zu bearbeiten. Referentin Zehranu Aksu von der bayerischen Koordinierungsstelle von „Schule ohne Rassismus“ eröffnete in ihrem Einführungsvortrag eine gemeinsame Wissensbasis. Auf dieser Grundlage versuchten die Kommissionsmitglieder, das Konzept Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf den Schauplatz „Internationaler Jugendaustausch“ zu übertragen. Dies gestaltete sich nicht ganz einfach: Die Herangehensweise, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgehend von einem wissenschaftlichen Analyseraster zu bearbeiten, wurde von den Kommissionsmitgliedern nicht unbedingt geteilt. Viele verwiesen darauf, dass mit Methoden rassismuskritischer und anti-diskriminierender Bildungsarbeit – wie z. B. „Anti-Bias“, „Eine Welt der Vielfalt“ – sowie mit dem Instrumentarium diversitätsbewusster Pädagogik generell genügend Methoden zur Verfügung stehen, um das Phänomen GMF zu bearbeiten.

In der Folge entwickelte sich eine Diskussion um die Fragen, ob sich in der Praxis eher anbietet, auf bestehende Methoden und Zugänge zurückzugreifen und diese in eine übergreifende Thematik der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einzuordnen. Kann eine explizit menschenrechtsbasierte Bildungsarbeit diesen Zugang erschließen helfen? Die Mitglieder der Kommission waren sich einig, dass eine vertiefende Diskussion der Thematik notwendig ist – auch unter Reflexion der eigenen Bildungsarbeit.

Kommission Verwaltung und Finanzen

Die Kommission Verwaltung und Finanzen des AdB tagte vom 18. bis 19. März 2014 im Schloss Trebnitz, Brandenburg. Ein zentrales Thema war die Gewinnung, Bindung und Qualifizierung neuer Mitarbeiter/-innen in Bildungseinrichtungen. Es wurden verschiedene Erfahrungen der Kommissionsmitglieder zusammengetragen: Dienstvereinbarungen mit einer Weiterbildungspflicht und der Einbindung der freien Referentinnen und Referenten bei internen Fortbildungen; die Erstellung ausführlicher Stellenbeschreibungen und Checklisten zur Einarbeitung; Unterstützung durch Patinnen und Paten aus anderen Abteilungen. Es wurde vereinbart, das Thema während des nächsten Treffens vertiefend zu behandeln und mit den Ergebnissen einer Abfrage bei den Mitgliedern zu unterfüttern.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt war die „Energieoptimierung auf technischer und kaufmännischer Basis“. Andreas Friedrich vom BFE Institut für Energie und Umwelt GmbH, Mühlhausen, stellte ein Energiemanagement vor, das Bildungsstätten dabei unterstützen will, Kosten einzusparen. Das Institut bietet die Dienstleistungen Datenerhebung, Analyse, Umsetzung und Controlling an und arbeitet, so Friedrich, auf der Grundlage einer Erfolgsprämie.

Intensiv beraten wurde zudem der Beschluss der Mitgliederversammlung vom November 2013, die Mitwirkung des AdB an der Verbundstatistik des DIE zu kündigen – bei gleichzeitigen Überlegungen, eine eigene AdB-Statistik zu entwickeln. Die Kommission begrüßte den Entschluss und bot Unterstützung an. Fünf Expertinnen und Experten aus der Kommission schlossen sich zu einer Arbeitsgruppe zusammen, um bis zum Herbst 2014 erste Umsetzungsideen zu entwickeln.



Zur ihrer Herbstsitzung traf sich die Kommission vom 16. bis 17. September 2014 im Haus Neuland in Bielefeld. Das Arbeitstreffen begann mit aufschlussreichen Berichten aus den Einrichtungen und ausführlichen Informationen über die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene sowie im Verband. Anschließend diskutierten die Mitglieder den von einer kommissionsinternen Arbeitsgruppe vorgelegten ersten Entwurf der Statistik zur Erfassung der Angebote politischer Bildung im AdB.

Den zeitlich größten Raum nahm das Schwerpunktthema Mitarbeiterqualifizierung und -bindung ein. In Arbeitsgruppen berichteten die Kommissionsmitglieder von ihren Erfahrungen mit Methoden zur Mitarbeiterqualifizierung: Diese reichten von regelmäßigen Kompetenzanalysen, über interne Fortbildungen für Mitarbeitende und Honorarkräfte bis hin zu Hospitationen innerhalb der Einrichtung sowie in anderen Einrichtungen (Benchmarking). Diese Themen und Herausforderungen konnten dann in der Fachtagung nochmals aufgegriffen und vertieft werden (s. Kapitel „Qualifizieren und Qualität sichern“).

Rückblick auf die Sitzungsperiode – Erfahrungen und Ergebnisse

Der Blick auf das Arbeitsprogramm der Kommissionen im Jahr 2014 zeigt, wie wichtig die fachlichen Diskussionen für die Weiterentwicklung des Verbandes sind und wie vielfältig die Themen und Aufgaben im Berichtsjahr waren. Folgende Themen wurden u. a. diskutiert: Rechtsextremismus und Demokratie; Europäische Netz-

werke und Menschenrechtsbildung; Film und politische Erwachsenenbildung; Gedenkstättenpädagogik; Zeitgemäße Konzepte und Angebote für Mädchen und Frauen; Diversität und Geschlechtervielfalt; Inklusion; Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Internationaler Jugendaustausch; Gewinnung, Bindung und Qualifizierung neuer Mitarbeiter/-innen in Bildungseinrichtungen; Energieoptimierung auf technischer und kaufmännischer Basis. Für die Bearbeitung dieser unterschiedlichen Themen konnte zu einem guten Teil auf die Expertise der Kommissionsmitglieder zurückgegriffen werden, es wurde aber ebenso externe Expertise genutzt.

Im Berichtsjahr wurden zwei Diskussions- bzw. Positionspapiere so weit fertiggestellt, dass sie in die anderen Kommissionen und in den Vorstand zur Diskussion gegeben werden konnten. Es handelt sich um das Diskussionspapier der Kommission Jugendbildung: „Gelingensbedingungen für die außerschulische politische Jugendbildung“ und ein Papier zur Verortung und Entwicklungsperspektive der internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB, das die Mitglieder der Kommission Europäische und Internationale Bildung in einem mehrjährigen Prozess erstellt hat. Als Ergebnis eines Arbeitsauftrags des Vorstands in 2013 zu Fragen des Kom-

petenzerwerbs in der außerschulischen Bildungsarbeit sowie des Nachweises dieser Kompetenzen und deren Beschreibung/Dokumentation, konnte ein Diskussionspapier für den Verband erstellt und an die Kommissionen zurückgespiegelt werden.

In der Kommission Jugendbildung wurde zudem an einem Konzept für ein AdB-Verbandsprojekt im Kontext des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ mit dem Schwerpunkt „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ gearbeitet. Leider wurde das Projekt nicht in die Förderung aufgenommen.

Aus der Kommission Verwaltung und Finanzen heraus wurde nach der Kündigung der Mitarbeit in der Verbundstatistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) eine Arbeitsgruppe gegründet, die ein Konzept für eine eigene AdB-Statistik entwickelte.

Diese in diesem Abschnitt beschriebene intensive inhaltliche Zusammenarbeit, aber insbesondere auch der kollegiale Austausch stellen ein wichtiges Gut für die Verbandsarbeit dar, das von allen Beteiligten außerordentlich wertgeschätzt wird.

Politische Bildung sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen der Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit im AdB und insbesondere der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“. Das im Jahr 2013 entwickelte und vom Vorstand im November 2013 verabschiedete Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit wurde in seinen ersten Teilen umgesetzt. Es umfasst alle Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit – Publikationen des AdB, die Webseite, den Newsletter AdB intern, das Erscheinungsbild des AdB nach außen, die internen und externen Kommunikationswege und Überlegungen zum Marketingkonzept.

Zur Weiterentwicklung der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die den Prozess begleitet und über die konkrete Umsetzung beraten hat. Diese Arbeitsgruppe bestand aus den Vorstandsvorsitzenden, dem Herausgeber und der Herausgeberin der Fachzeitschrift, der AdB-Geschäftsführerin, dem stellvertretenden Geschäftsführer sowie der Redakteurin. Die Arbeitsgruppe hat sich zu zwei Sitzungen getroffen und die Kommunikation ansonsten über Mail und Telefonkonferenzen aufrecht erhalten. Die erste Sitzung fand am 25. März 2014 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden, statt. Hier ging es vor allem um die Klärung des Selbstverständnisses der Fachzeitschrift, um die Ziele der Weiterentwicklung, um die Auswertung einer Befragung der Leser/-innen der Zeitschrift und um erste Ideen für ein neues Konzept. Das zweite Treffen fand am 28. August 2014 im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe in Berlin statt. Hier konnten bereits erste Entwürfe des Grafikbüros Berliner Süden vorgestellt werden. Das Grafikbüro

wurde durch eine Ausschreibung, die sich an zehn Berliner Büros richtete, gewonnen. Zudem wurde ein, die Weiterentwicklung der Zeitschrift begleitendes, Marketingkonzept vorgestellt sowie über eine mögliche Online-Ausgabe diskutiert.

■ Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

Die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ erschien im Jahr 2014 in vier Ausgaben mit einem Umfang von insgesamt 410 Seiten. Die Verantwortung für die inhaltliche Planung liegt beim



Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift, dem neben den beiden Herausgebern (Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann) fünf Vertreter/-innen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB (Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Melanie Piepenschnieder, Dr. Beate Rosenzweig) angehören sowie die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, und die Redakteurin, Dr. Friedrun Erben. Die Zeitschrift erscheint in einer Auflage von 1.000 Exemplaren und kann im Abonnement oder als Einzelheft bezogen werden.

Der Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ traf sich im Jahr 2014 zu zwei Sitzungen, Anfang Februar in der Europäischen Akademie Berlin und Ende Juni in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden. In den Sitzungen wurden die bis dahin erschienenen Ausgaben kritisch in den Blick genommen, die kommenden Ausgaben geplant und die Themen für die Ausgaben bis zum zweiten Heft 2016 festgelegt. Bei diesen Treffen waren ebenso die Weiterentwicklung der Fachzeitschrift, das Marketingkonzept und die Frage der zukünftigen layout-technischen Gestaltung Thema. Der Redaktionsbeirat sammelte Anregungen und Ideen für eine Überarbeitung des Mediums. In der Sommersitzung des Redaktionsbeirats konnte Dr. Meron Mendel, Leiter der Bildungsstätte Anne Frank e. V. in Frankfurt am Main, als neues Mitglied im Redaktionsbeirat begrüßt werden.

Im Jahr 2014 erschienen die Ausgaben mit folgenden thematischen Schwerpunkten:

AB 1-14: Politische Bildung in der Weiterbildungspolitik

In dieser Ausgabe wurden verschiedene Aspekte aufgegriffen, die die Fachkräfte in der Fort- und Weiterbildung bewegen, die aber auch über diesen Bildungssektor hinaus für die politische Bildung von hoher Relevanz sind. Es ging um die Sichtbarkeit der politischen Bildung sowohl im gesellschaftlichen Diskurs als auch in der Bildungsforschung und Bildungsberichterstattung. Und es ging um die Anerkennung der politischen Bildung als eigenständiger Bildungsbereich, die Anerkennung der Profession der politischen Bildner/-innen, aber auch um die gesellschaftliche Anerkennung dessen, was Menschen in Prozessen der politischen Erwachsenenbildung an Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen erworben haben. Es wurden verschiedene Perspektiven auf die Landschaft der Weiterbildung ermöglicht.

AB 2/14: Vielfältige Geschichte(n): Historisch-politisches Lernen heute

Es wurde in dieser Ausgabe diskutiert, ob die Wahrnehmung europäischer Geschichte als europäische Migrationsgeschichte helfen kann, den Blick auf die eigene Geschichte zu schärfen, einen Prozess kritischer Selbstreflexion in Gang zu setzen und europäische Deutungskategorien zu überprüfen. Es wurden pädagogische und wissenschaftliche Publikationen in den Blick genommen, die aus unterschiedlicher Perspektive die Herausforderungen des Umgangs mit Geschichte in der Migrationsgesellschaft analysieren. Transnationale Ansätze dialogischen Erinnerens im deutsch-polnischen Kontext sowie Erinnerungs- und Opferkonkurrenzen wurden thematisiert. Alle Beiträge verfolgten das Anliegen, den

Blick über historische Entwicklungen zu weiten. Wie das auch in der Praxis historisch-politischer Bildung gelingen kann, wurde in diesem Heft an vielen Beispielen multiperspektivischen Geschichtslernens sichtbar gemacht.



AB 3/14: Wo liegt die Türkei?

Diese Ausgabe lud mit der etwas provokanten Titelfrage dazu ein, sich auf unterschiedlichen Ebenen mit der Türkei zu beschäftigen – mit der Republik Türkei, dem Verbindungsglied zwischen dem Nahen Osten und Europa, mit der Vielfalt der türkischen Gesellschaft, aber auch mit der Identität und den Wertepräferenzen der türkischstämmigen Menschen in Deutschland. Der AdB wollte mit dieser Ausgabe zur weiteren Beschäftigung mit der Türkei und den vielfältigen Verbindungen zwischen Deutschland und der Türkei in der politischen Bildung ermutigen. Angebote der politischen Bildung bieten Räume und Gelegenheiten für eine intensive Beschäftigung sowohl mit aktuellen Entwicklungen als auch mit der Vergangenheit, und, bei diesem Thema besonders wichtig, sie bringen Menschen miteinander ins Gespräch.

AB 4/14: Politik zwischen Beruf und Berufung

Die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland ist eine stabile Demokratie. Damit sie dies bleiben kann, ist sie auf eine politische Elite angewiesen, die die Interessen der Wähler/-innen vertritt, mit diesen in enger Verbindung steht und zugleich Lösungen für komplexe Problemlagen im politischen Entscheidungsprozess durchsetzt. Es braucht also Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich den oftmals sehr hohen Herausforderungen und Belastungen des politischen Betriebs stellen. In dieser Ausgabe wurde analysiert, unter welchen Bedingungen sich heute politisches Engagement herausbildet und welche Belastungen durch die Übernahme von politischer Verantwortung entstehen. Das Heft gibt einen Einblick in den politischen Alltag verschiedener Akteure, fragt nach deren Motiven sowie dem Rollenverständnis. Es wurde ebenso danach gefragt, was die Leistungen der politischen Bildung für die politische Praxis sind.

Jahresberichte und weitere Veröffentlichungen

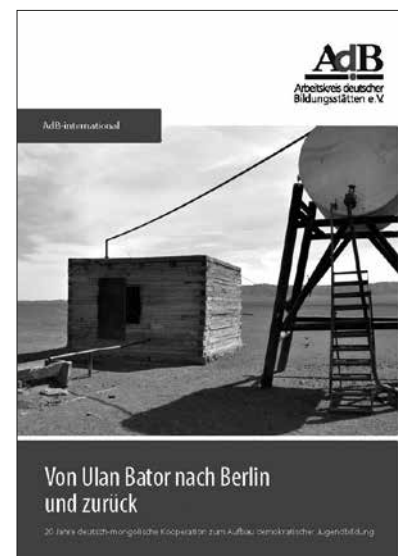
Der im Jahr 2014 erschienene **AdB-Jahresbericht 2013** trägt den Titel: **„Kompetent für politische Bildung“**. Politische Bildung wird darin als eine anspruchsvolle Aufgabe sichtbar, die im Interesse eines Bildungsmehrwerts für die Teilnehmer/-innen dann besonders gut gelingt, wenn tragfähige Strukturen vorhanden sind, wenn die Rahmenbedingungen unterstützend wirken und wenn die Fachkräfte – die politischen Bildner/-innen – entsprechend qualifiziert sind. Daher sind wichtige Schwerpunkte des AdB die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Bildungsstätten und in anderen Einrichtungen der politischen Bildung sowie die Entwicklung und Durchführung bundesweiter und internationaler Projekte, mit denen neue, aktuelle Themen aufgegriffen werden. Kernstück der Arbeit sind die Förderung, Weiterentwicklung und Vernetzung im Programm „Politische Jugendbildung“, das vom Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert wird. All dies wird im Jahresbericht sichtbar gemacht.

Der **Jahresbericht 2013 zum Programm „Politische Jugendbildung“** im AdB erschien mit dem Titel **„BarCamps in der politischen Jugendbildung“**. Er stellt das BarCamp als Methode

- Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft
- Partizipation und Demokratie in und mit der Schule
- Arbeitsweltbezogene politische Jugendbildung
- Globalisierung und Medienkonsum

Deutlich wird im Bericht, dass das Programm Politische Jugendbildung im AdB eine vertiefende, bundesweite Wirkung entfalten konnte, die durch gemeinsame Vorhaben der Projektgruppen, Seminare und Tagungen der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten sowie die Mitgestaltung der Fortbildungsangebote im Rahmen der Tagungen sichtbar wurden.

Unter dem Titel **„Von Ulan Bator nach Berlin und zurück. 20 Jahre deutsch-mongolische Kooperation zum Aufbau demokratischer Jugendbildung“** hat der AdB eine Broschüre veröffentlicht, in der die Erfahrungen und Ergebnisse von 20 Jahren gemeinsamer Programme mongolischer und deutscher Fachkräfte zur Entwicklung einer demokratischen Jugendbildung reflektiert werden. In der Publikation sind die Bilanzen, kritischen Reflexionen und perspektivischen Überlegungen der mongolischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen dokumentiert. Sie verweisen auf die sichtbaren Erfolge der zwanzigjährigen Zusammenarbeit



des mediengestützten Lernens in der politischen Jugendbildung in den Mittelpunkt. Die Projektgruppe „Globalisierung und Medienkonsum“ im AdB verantwortete den Schwerpunkt im vergangenen Jahr und brachte ihre Erkenntnisse und Erfahrungen in die zentrale Arbeitstagung ein. Im Jahresbericht werden methodisch-didaktische und konzeptionelle Überlegungen zum BarCamp dokumentiert und es wird von verschiedenen Projekten und Veranstaltungen sowie über den Einsatz verschiedener Medien berichtet. Zudem stellt er die Arbeit an den zentralen Themen der vier Projektgruppen vor, in denen die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten zusammenarbeiten:

und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf die Frage, wie die jugendpolitische Zusammenarbeit mit einem Land weiter ausgebaut und qualifiziert werden kann, das so rasanten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen ist wie die Mongolei.

AdB-online – Die Homepage des AdB

Seit dem Frühjahr 2013 präsentiert sich die AdB-Homepage in neuem Design. Die Inhalte sind übersichtlicher angeordnet, es sind mehr Informationen zugänglich und die Seite wurde an die

Anforderungen mobiler Endgeräte angepasst. Über verschiedene Menüpunkte ist der Zugang zu allen Informationen und den Produkten des AdB wesentlich erleichtert. Im Veranstaltungskalender mit der Möglichkeit der Online-Anmeldung für AdB-Veranstaltungen können die wichtigen Ereignisse abgerufen werden. Auf der Startseite wird auf Veranstaltungen, Themen und Neuerscheinungen hingewiesen.



Im internen Bereich haben die Mitglieder des AdB die Möglichkeit, auf weitere Dokumente zuzugreifen, wie z. B. auf die Arbeitshilfen, und Kommentare abzugeben. Zentrales Element der Homepage ist die Mitgliederdatenbank, in der sich mittlerweile mehr als 60 Einrichtungsprofile finden. Diese Seiten sind stark frequentiert und ein gutes Instrument, um auf die politische Bildung in den Mitgliedseinrichtungen und im AdB aufmerksam zu machen. Angestrebt wird, dass alle Mitgliedseinrichtungen dort vertreten sind. Die Homepage wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Einen wichtigen Stellenwert und eine gute Fundgrube für politische Bildner/-innen sind die Seiten zu den Jahresthemen des AdB. Die Arbeit zum Jahresthema 2014 „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung“ wurde z. B. unterstützt mit zahlreichen Literaturhinweisen, Links, Hinweise auf Projekte, Ausstellungen, Ausschreibungen etc.

Newsletter AdB intern

Der Newsletter AdB intern erscheint alle zwei Monate und wird an die Mitgliedseinrichtungen, die Mitglieder der Fachgremien und an die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten versandt. Es wird über Sitzungen der AdB-Fachkommissionen und weitere Veranstaltungen des AdB berichtet, auf Jubiläen und personelle Veränderungen in den AdB-Mitgliedseinrichtungen hingewiesen. Im Veranstaltungskalender werden Bildungsangebote der AdB-Mitglieder aufgenommen. Zudem enthält der Newsletter Hinweise auf Wettbewerbe, Veranstaltungen, Publikationen und interessante Webadressen.

Im Jahr 2014 erschien zudem ein **Gender-Newsletter**, der alle Mitglieder des AdB und der Fachkommissionen über interessante Fortbildungsangebote, Publikationen, Arbeitshilfen etc. informiert. Er will Anregungen für die Diskussion in den Mitgliedseinrichtungen und Fachkommissionen geben.

Grundlegende Informationen auf einen Blick – AdB veröffentlicht neuen Flyer



Im Zuge der Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit wurde ein neuer Flyer für den AdB entwickelt und erstellt. Der Flyer macht das große, vielfältige Netzwerk der Mitgliedseinrichtungen sichtbar und informiert über die verschiedenen Arbeitsbereiche: den Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und die internationale Arbeit. Er bietet damit grundlegende Informationen über die Arbeit des AdB. Der Flyer steht als PDF auf der AdB-Homepage zum Download zur Verfügung. Er kann und sollte von den Mitgliedseinrichtungen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und

zur Verortung im Verband genutzt werden.

Pressearbeit

Im Jahr 2014 sind 18 Pressemitteilungen erschienen, mit denen der AdB auf Aktivitäten, Veröffentlichungen und Projekte aufmerksam machte und Stellung zu wichtigen Themen bezog. Unter anderem begrüßte der AdB die Ankündigung der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und des Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière, die sogenannte Extremismusklausel abzuschaffen, und machte im Rahmen der Europawahl auf die Bedeutung der Bildung und des Lernens in Europa aufmerksam. Über die eigenen Pressemitteilungen hinaus stellt der AdB auch Texte und Material für andere Medien (z. B. den bap-Newsletter) zur Verfügung.

Perspektiven der Öffentlichkeitsarbeit

Der Prozess der Weiterentwicklung der Öffentlichkeit ist nicht abgeschlossen, konnte aber im Jahr 2014 einen guten Schritt vorgebracht werden. Hauptaugenmerk lag im Berichtszeitraum auf der Weiterentwicklung der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“. Aber auch darüber hinaus konnten verschiedene Vorhaben in Angriff genommen werden. So wird z. B. angestrebt,

ein tragfähiges Netzwerk der in den Mitgliedseinrichtungen für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Referentinnen und Referenten und der AdB-Geschäftsstelle aufzubauen. Ziel ist es, eine gegenseitige Unterstützung zu ermöglichen, auszuloten, wo Synergieeffekte genutzt werden können und sich auf kurzem Wege über Ideen oder Fragen auszutauschen. Im Zuge dessen soll in Zukunft einmal jährlich eine Fortbildungsveranstaltung zu einem gemeinsam verabredeten Thema geplant und realisiert werden.

Die Website des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten hat nach wie vor einen zentralen Stellenwert in der Öffentlichkeitsarbeit des AdB. Insbesondere die Mitgliederdatenbank ist ein wichtiges Instrument, um auf das Profil der einzelnen Mitglieder und deren Arbeit hinzuweisen. Aber auch die aktuellen Meldungen gaben eine wichtige Möglichkeit an die Hand, um zeitnah über die Aktivitäten im Verband zu informieren und den AdB ins Gespräch zu bringen.

Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Der AdB ist auf nationaler und internationaler Ebene gut vernetzt und arbeitet mit anderen Fachverbänden und -organisationen, mit Ministerien und Behörden partnerschaftlich und kooperativ zusammen. Zentrale Partner sind die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung und der Bundesausschuss politische Bildung. Wichtigster öffentlicher Fachpartner auf Bundesebene ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die für politische Bildung zuständige Bundeszentrale für politische Bildung.

Bundesausschuss Politische Bildung

Im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Um die Rechts- und Planungssicherheit zu erhöhen und um den Bundesausschuss Politische Bildung als zentralen Akteur im Feld der politischen Bildung zu stärken, beschloss die Mitgliederversammlung bereits 2013 eine Strukturreform. Sie erteilte dem Vorstand, dem die Geschäftsführerin des AdB als stellvertretende Vorsitzende angehört, den Auftrag, einen Vorschlag für eine geeignete Rechtsform sowie einen Satzungsentwurf zu erarbeiten. Nach rechtlicher Beratung durch einen Fachanwalt schlug der Vorstand den Mitgliedern im Mai die Gründung eines Vereins vor und legte auch bereits einen ersten Satzungsentwurf vor, der während der Mitgliederversammlung ausführlich diskutiert und beraten wurde.

Ein inhaltliches Schwerpunktthema des bap bildete erneut die Debatte um die Frage der Kompetenzermittlung und -feststellung in der politischen Bildung. Der bap führte dazu am 1. April 2014, in Nachfolge einer früheren Veranstaltung, eine Fachtagung in Frankfurt/Main durch. Eingeleitet wurde sie mit einer Einführung von Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Universität München, der den Rahmen

der aktuellen Kompetenzdebatte absteckte. Im Mittelpunkt standen dann Vorträge von Dr. Reinhild Hugenroth, Wittenberg, sowie Prof. Benno Hafenegger, Universität Marburg, die beide im Auftrag des bap Expertisen zur Kompetenzorientierung in der politischen Bildung erarbeitet hatten und diese zur Diskussion stellten. Die Gelegenheit, Fragen, Anregungen und Kritik mit den anwesenden Expertinnen und Experten zu diskutieren, wurde von vielen aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten politischen Bildnerinnen und Bildnern genutzt.

Die Zeitschrift „Journal für politische Bildung“, die vom bap herausgegeben wird, griff das Thema der Fachtagung mit einer eigenen Ausgabe „Kompetenzen kontrovers“ auf. Weitere Heftthemen im Berichtsjahr waren „Historische Kompetenz“, „Freiwilligendienste als Bildung“ sowie „Protest!“.

Der Vorstand des bap beschäftigte sich zudem mit den Aktionstagen politische Bildung, bereitete den Kongress politische Bildung vor und schrieb den Preis Politische Bildung aus. Den Themenschwerpunkt des vierten Durchgangs dieses Wettbewerbs bildete die Frage „Drinne oder Draußen, wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?“ Träger politischer Bildung waren eingeladen, sich mit spannenden und innovativen Beispielen aus der Praxis, die sich konstruktiv, kreativ und kritisch mit Fragen von Ungerechtigkeit, Ungleichheit oder Diskriminierung sowie deren Folgen für die Demokratie und den Möglichkeiten ihrer Überwindung auseinandersetzten, an der Ausschreibung zu beteiligen.

Unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder des bap tagten die Arbeitsgruppen „AG Grundsatz“, „AG Richtlinien“ sowie eine ad-hoc AG zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Dabei spielten auch immer wieder politische Rahmenbedingungen für die Arbeit der Träger eine wichtige Rolle, wie auch in Gesprächen, die der Vorstand mit politischen Entscheidungsträgern führte. So fand im Februar ein Treffen mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, statt, und im Mai trafen sich der Vorsitzende sowie die stellvertretende Vorsitzende zu einem Austausch mit dem Abteilungsleiter Grundsatz im Bundesministerium des Innern, Dr. Jörg Bentmann und dem Leiter des Fachreferats Politische Bildung; Prävention; gesellschaftlicher Zusammenhalt, Dr. Axel Lubinski.

GEMINI

Der AdB bildet gemeinsam mit fünf weiteren Verbänden der politischen Bildung die „Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung“ (GEMINI). Die regelmäßigen Sitzungen dienen der Informationsvermittlung in allen Belangen von Jugendpolitik und politischer Jugendbildung. Der GEMINI gehören neben dem AdB folgende Verbände an: Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AuL), Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET), Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Die Vertreter/-innen trafen sich im Februar und Dezember 2014 zu zwei Sitzungen, tauschten sich zu fachlichen und (förder-)politischen Entwicklungen aus, planten gemeinsame Vorhaben und bereiteten die Ergebnisse der Evaluation des KJP-Programms Politische Bildung nach.

Mit vielfältigen Aktionen und einer Fachveranstaltung wirkten die bundesweiten Träger der politischen Jugendbildung vom 3. bis 5. Juni 2014 am 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) in Berlin mit. Die in der GEMINI zusammengeschlossenen Träger präsentierten an einem Stand auf der Messe der Jugendhilfe aktuelle Projekte und Aktivitäten der politischen Jugendbildung. Die Aktionen am Stand – Präsentationen, Diskussionen, Interviews, Mit-Mach-Aktionen – kamen beim Messepublikum sehr gut an, so dass der Stand immer gut besucht war, zahlreiche Gespräche geführt werden konnten und die reichlich ausgelegten Materialien interessierte Abnehmer/-innen fanden.

Da der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag nicht „nur“ eine Fachmesse ist, sondern immer auch von zahlreichen Fachveranstaltungen flankiert wird, luden die Mitglieder der GEMINI am mittleren Messtags zu einem Fachforum „Mehrwert politische Jugendbildung – Bürgerkompetenz in der Arbeitsgesellschaft“ ein. Expertinnen und Experten aus der politischen Bildung, der Jugendsozialarbeit, der Bildungspolitik und der Wirtschaft diskutierten, wie politische Bildung junge Menschen in der Arbeitswelt unterstützen kann. Neben fachlichen Inputs und Kommentaren, u. a. von Professor Dr. Wolfgang Schröer, Daniela Kolbe (MdB), Andrea Pingel und Klaus Waldmann, wurden die Projekte „DialogPERSPEKTIVE“ der Alten Feuerwache Berlin e. V. und „Ethik in der Arbeitswelt“ von Arbeit und Leben, Thüringen, präsentiert. Trotz starker Konkurrenz durch andere, parallel stattfindende Fachforen, war auch diese Veranstaltung gut besucht, so dass die Träger der GEMINI eine insgesamt positive Bilanz ihrer Beteiligung am 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag ziehen konnten.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird durch das BMFSFJ gefördert. Im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gibt es einen beiderseitigen Austausch über jugendpolitische The-

men und Schwerpunktsetzungen. Themenschwerpunkte waren u. a. die Eigenständige Jugendpolitik sowie die Evaluation des Programms Politische Jugendbildung im KJP.

Die Evaluation, die bereits über zwei Jahre lief, fand im Berichtsjahr ihren Abschluss. Der AdB war, neben anderen Verbandsvertreterinnen und -vertretern, Vertreterinnen des zuständigen Fachreferats im BMFSFJ sowie Mitarbeitenden aus dem Deutschen Jugendinstitut, in der Steuerungsgruppe zur Evaluation aktiv. Der Steuerungsgruppe wurde der Abschlussbericht vor der Veröffentlichung zur Diskussion vorgelegt. Er bescheinigt der politischen Bildung, „bis heute ein unabdingbarer Bestandteil einer modernen Jugendbildungsarbeit (zu sein), was im Rahmen des KJP insbesondere durch eine längerfristige Förderung der zentralen Träger und Einrichtungen zum Ausdruck kommt.“ Der Zusammenschluss der GEMINI findet ebenfalls eine besondere Würdigung im Bericht: „Der Verband bietet eine gemeinsame Plattform für den fachlichen Austausch und setzt Impulse zur Weiterentwicklung von Konzepten und Profilen politischer Jugendbildung.“ Der Bericht, unter www.dji.de abrufbar, bestätigt damit die Aktivitäten der Träger zum gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch und weist sie gleichzeitig als sinnvolle Investition des KJP aus.

Auf der Programmspezifischen Arbeitsgruppe im Dezember 2014 stand die geplante KJP-Reform im Mittelpunkt von Information und Diskussion. Der zuständige Referatsleiter im BMFSFJ erläuterte die Planungen, die eine Profilierung der bundeszentralen Anforderungen an eine auf Dauer angelegte Infrastrukturförderung zum Ziel haben. Dies bedeutet u. a., dass die Zentralstellen in ihrer Funktion und Aufgabe – Steuerung und Sicherstellung der fachlichen Weiterentwicklung – gestärkt werden sollen, ein Anliegen, das der AdB teilt und das dem Verständnis der AdB-Zentralstellenarbeit entgegenkommt.

Ein weiterer jugend- und fachpolitischer Austausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fand während einer Herbst-Vorstandssitzung Mitte Oktober statt. Der Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten traf sich mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMFSFJ, Caren Marks. Auf der Agenda standen die jugendpolitischen Schwerpunkte des BMFSFJ, die internationale politische Bildung sowie das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist zentraler Fachpartner im Bereich der politischen Erwachsenenbildung. Der AdB selbst ist kein Zuwendungsnehmer der bpb, vertritt aber die Interessen seiner Mitgliedseinrichtungen in Gesprächen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der bpb und als Mitglied des „Runden Tisches“. Dieses Gremium dient dem Austausch von Trägern und Behörden, der Klärung von Fragen und Problemen sowie der Planung gemeinsamer Anliegen. So wurden auf der Sitzung im Mai die Schwerpunktthemen für die Träger beschlossen. Die Akteure verständigten sich gemeinsam auf folgende Themen:

- Ungleichheiten in der Demokratie
- extremistische Verhaltensmuster
- postsowjetischer Raum
- Überwachen durch Wirtschaft und Staat
- Kolonialität
- 20. Jahrhundert (70 Jahre Ende 2. Weltkrieg, 25 Jahre Deutsche Einheit)
- Europa nach der Wahl

Im Mittelpunkt der Herbstsitzung stand das Veranstaltungsformat BarCamp. Da es in der Vergangenheit strittig war, was überhaupt ein BarCamp ist und wie es gestaltet sein muss, um den Richtlinien der bpb zu entsprechen, waren zwei erfahrende Kollegen eingeladen, die diese Form der Veranstaltung präsentierten und die Kriterien für eine erfolgreiche Förderung erläuterten. Frank Hofmann (Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein) und Dirk Springenberg (basa), beides Jugendbildungsreferenten im Programm des AdB, präsentierten anschaulich die Möglichkeiten und Chancen der noch jungen Veranstaltungsform – ein erfolgreicher Know-how-Transfer aus dem Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ in die Szene der politischen Erwachsenenbildung.

Eine mit Beginn der Richtlinienreform eingeführte gute Zusammenarbeit besteht zwischen dem Fachbereich Förderung der bpb und

der AG Richtlinien des bap. Die Leitung dieser Arbeitsgruppe liegt bei der Geschäftsführerin des AdB und besteht darüber hinaus aus Barbara Menke, Arbeit und Leben, Ina Nottebohm, Arbeitsgemeinschaft demokratischer Bildungswerke, Hanns Christhard Eichhorst, Gesellschaft der Europäischen Akademien, Lothar Harles, Arbeitsgemeinschaft katholischer Bildungswerke sowie Dr. Wolfgang Beer, Evangelische Akademien in Deutschland. Bei zwei Treffen im März und im Juli 2014 wurden Probleme im Umgang mit den Richtlinien erörtert, konkrete Fragen der Träger weitergeleitet und praktische Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

Bei einem sehr erfolgreichen Programm der bpb wirkt der AdB ebenfalls mit. Die bpb und die Robert Bosch Stiftung vergaben 2014/2015 zum siebten Mal im Rahmen des Programms „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ Stipendien an junge Fachkräfte der politischen Bildung aus Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, der Türkei, Ungarn und Zypern. Insgesamt 16 Stipendiatinnen und Stipendiaten wurden eingeladen, an einer deutschen Bildungseinrichtung zu hospitieren. Ziel des Programms ist es, den Austausch und die Vernetzung der politischen Bildung in Europa zu fördern. Zahlreiche Mitgliedseinrichtungen des AdB bieten den jungen Fachkräften einen Hospitationsplatz in ihren Einrichtungen und unterstützen auf diese Weise das Programm. Zudem ist die Geschäftsführerin des AdB Mitglied der Jury, die aus den zahlreichen Bewerbungen die geeigneten Kandidaten und Kandidatinnen auswählt.

3 Querschnittsthemen



Gender Mainstreaming

Die politische Bildung im AdB verfolgt das Ziel, die Demokratie im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe aller Geschlechter zu fördern und Diskriminierungen abzubauen. Die Verankerung dieses Ziels in der Satzung des Verbands manifestiert die herausragende Bedeutung des Gender-Prinzips für den AdB. Die praktische Umsetzung erfolgte auf verschiedenen Ebenen:

Im September gab der AdB seinen jährlichen Gender-Newsletter für die Mitglieder heraus und informierte sie über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gender-Forschung, der Umsetzung guter Praxis und neuer Fachliteratur zum Thema. Die Ankündigung von Fachtagungen und genderspezifischen Fortbildungsangeboten war aufgrund des großen Angebots sehr umfangreich.

Für das Programm Politische Jugendbildung im AdB stellt die Umsetzung von Gender Mainstreaming eine kontinuierliche Aufgabe dar, die sich während des Berichtsjahrs vor allem durch die Auseinandersetzung mit dem Modellprojekt „Mein Testgelände“ der Bundesarbeitsgemeinschaften Mädchenpolitik und Jungenarbeit geprägt war. Für dieses genderspezifische Projekt der Qualifizierung von Mädchen und Jungen zur Geschlechtergerechtigkeit suchten die Verantwortlichen weitere Kooperationen in der politi-

schen Bildung. Einige Jugendbildungsreferentinnen und -referenten zeigten sich nach der Präsentation an einer Zusammenarbeit interessiert. Das Projekt wurde darüber hinaus in der Kommission Mädchen- und Frauenbildung vorgestellt und unter dem besonderen Aspekt der Teilhabe diskutiert.

Jede Fachkommission des AdB benannte eine/n Gender-Beauftragte/n, um die Umsetzung des Gender-Prinzips bei den vielfältigen Themen, die in den Kommissionen erörtert werden im Blick zu behalten und die jeweiligen Vorsitzenden entsprechend zu beraten. Während der jeweils zwei Sitzungen im Jahr 2014 konnten die Gender-Beauftragten ihre Anliegen in den Agenden der Gremien platzieren und auch die Inhalte des Gender-Newsletters kommunizieren.

Diese genderspezifischen Aktivitäten tragen mit dazu bei, das Thema der Geschlechtergerechtigkeit in den Bildungsstätten und der Bildungsarbeit nachhaltig zu verankern, um auch gesellschaftspolitische Diskurse, wie z. B. über den Mindestlohn, die ungleiche Bezahlungen von Männern und Frauen oder die mangelnde Berücksichtigung von Frauen in Führungspositionen im Rahmen der Bildungsarbeit zu thematisieren.

Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung

Im Jahr 2013 lebten rund 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, entspricht dies einem Bevölkerungsanteil von 20,5 %. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund besteht aus den seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und deren Nachkommen sowie der ausländischen Bevölkerung. Mit 9,7 Millionen hatte der Großteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass, gut 6,8 Millionen waren Ausländerinnen und Ausländer. Die wichtigsten Herkunftsländer sind dabei die Türkei, Polen und die Russische Föderation, gefolgt von Kasachstan und Rumänien. Italien und Griechenland belegten die Plätze sechs und sieben.

Interessant ist, dass sich auch 25 Jahre nach dem Mauerfall die alten und neuen Bundesländer mit Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich unterscheiden. Der Großteil der Personen mit Migrationshintergrund lebt im früheren Bundesgebiet und Berlin, den geringsten Bevölkerungsanteil an Personen mit Migrationshintergrund weist Thüringen auf.

Interkulturelle Öffnung voranbringen

Die Politische Bildung will sich mit ihren Angeboten an die gesamte Bevölkerung des Landes und damit auch an die etwa 16,5 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund richten. Dies gelingt den Einrichtungen mit unterschiedlichem Erfolg und hängt wesentlich auch vom Standort der Bildungsstätten ab. Um die Reichweite der Angebote entsprechend zu erhöhen, müssen die unterschiedlichen Zielgruppen mit ihren Lebensweltbezügen, religiösen und kulturellen Hintergründen sowie ihrer Migrationsgeschichte in den Blick genommen werden.

In den vergangenen Jahren haben sich die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung die Frage gestellt, ob sich von ihren Angeboten, Häusern, Publikationen und Tagungseinladungen tatsächlich alle Menschen gleichermaßen angesprochen fühlen. Durchaus selbstkritisch mussten sie feststellen, dass sich insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund oft nicht als Zielgruppe der Programme gesehen haben. Der AdB übernahm daher die Initiative zur Entwicklung eines Prozesses zur interkulturellen Öffnung von Trägern, Einrichtungen und Angeboten der politischen Bildung, um Menschen aller Kulturen mit und ohne Migrationshintergrund für die politische Bildung zu gewinnen. Dabei geht es nicht nur um die Steigerung von Teilnehmerzahlen. Es geht um die Einbeziehung von Multikulturalität in die Strukturen, in die Personalentwicklung, in den Service und das Angebot von Einrichtungen und damit um die Wahrnehmung gesellschaftlicher Realitäten in Deutschland.

Um die Mitgliedseinrichtungen bei ihren Bemühungen zu unterstützen, hat sich eine Arbeitsgruppe gegründet, deren Auftrag es war, eine Arbeitshilfe zu erstellen. Bei der Zusammensetzung der

Arbeitsgruppe wurde darauf geachtet, dass jeder Bereich einer Bildungsstätte – Leitung, pädagogische Mitarbeitende, Öffentlichkeitsarbeit, Hauswirtschaft und Verwaltung – vertreten war, da für die interkulturelle Öffnung die gesamte Organisation in den Blick genommen werden muss. Die Arbeitsgruppe hat sich vorgenommen, für alle diese Bereiche Hinweise zu erarbeiten, Checklisten zu erstellen und durch praktische, gute Beispiele die je eigene Umsetzung anzuregen. Geplant sind die Kapitel

- Leitung der Einrichtung
- Personalentwicklung
- Hauswirtschaft, Küche, Service und Housekeeping
- Verwaltung und Belegungsmanagement
- Pädagogik und Programmplanung
- Marketing und Public Relations
- Vernetzung und Kooperation

Die interkulturelle Öffnung eines Hauses kann nur gelingen, wenn alle Bereiche zusammenarbeiten und ein abgestimmtes Konzept in der Bildungsstätte umsetzen.

Willkommenskultur für Flüchtlinge

Aktuell steht die Gesellschaft vor der Herausforderung, die steigende Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und zu integrieren. Das Thema der Jahrestagung 2014 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ hat sich dieser schwierigen und komplexen Problematik angenommen.

Da sich die Ursachen von Flucht, die schwierige Situation und die prekäre Lage von Flüchtlingen nicht allen Bürgerinnen und Bürgern erschließen, da es im Alltag nur wenige Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten gibt, muss es eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung sein, Flucht und Migration in Bildungsangeboten zu thematisieren. In seinem von der Mitgliederversammlung verabschiedeten Positionspapier fordert der AdB daher die Träger der politischen Bildung auf, in geeigneten Formaten die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger über die Probleme von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten zu verbessern sowie Menschenwürde und Menschenrechte stärker in den Blick zu nehmen, um die Bemühungen zur Entwicklung einer Gesellschaft der Vielfalt und der Solidarität zu intensivieren.

Der AdB ist überzeugt davon, dass die Träger und Akteure der politischen Bildung in Deutschland über Kompetenzen und Strukturen verfügen, um diese gesellschaftliche Herausforderung anzunehmen. Die Kooperationen mit Flüchtlingsräten, Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung des Weltflüchtlingstages der Vereinten Nationen können wirkungsvolle Beiträge dazu leisten.

4 Verbandsentwicklungen



Vorstand

Der Vorstand des AdB traf sich unter dem Vorsitz von Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, insgesamt vier Mal im Jahr. Dem Vorstand gehörten weiterhin an: Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, stellvertretende Vorsitzende; Udo Dittmann, Akademie Bigese; Albert Fußmann, Institut für Jugendarbeit Gauting; Martin Kaiser, Gustav-Stresemann-Institut; Petra Tabakovic, Internationaler Bund sowie Birgit Weidemann, HochDrei e. V. Bis zur Jahresmitte gehörte auch Bettina Heinrich, Stiftung wannseeFORUM, dem Vorstand an. Aufgrund ihres Ausscheidens aus der Stiftung wannseeFORUM und der Übernahme einer Professur in Ludwigsburg trat sie von ihrem Amt zurück. Auf der Mitgliederversammlung im November 2014 wählten die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter Christine Reich, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, in den Vorstand des AdB nach.

■ Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit

Der im Vorjahr begonnene Prozess der Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit im AdB wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses war die konzeptionelle

und optische Überarbeitung der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“. Der Vorstand berief eine Arbeitsgruppe ein, bestehend aus dem Vorsitzenden, den beiden Herausgebern der Zeitschrift sowie Mitarbeiter/-innen der Geschäftsstelle, die die Entwicklung fachlich begleiten sollte. Die Überlegungen und Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in den Vorstandssitzungen berichtet und dort beraten. Ausführlich diskutiert wurden auch die Ergebnisse der Leserbefragung, die zum Ausdruck brachten, dass eine hohe Zufriedenheit mit der „Außerschulischen Bildung“ besteht, sich viele Leserinnen und Leser aber eine bessere Strukturierung der Inhalte und Rubriken wünschen sowie ein frisches Layout.

■ Gespräch und Austausch

Während seiner Herbstsitzung Mitte Oktober traf sich der Vorstand des AdB mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMFSFJ, Caren Marks, zu einem jugend- und fachpolitischen Austausch in Berlin. Auf der Agenda standen die jugendpolitischen Schwerpunkte des BMFSFJ, die internationale politische Bildung sowie das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“



Der AdB-Vorstand in seiner neuen Zusammensetzung (v. li. n. re.): Martin Kaiser, Christine Reich, Petra Tabakovic, Birgit Weidemann, Ulrich Ballhausen, Ulrike Steimann, Albert Fußmann, Udo Dittmann

Caren Marks machte deutlich, dass der AdB eine „bekannte und verlässliche Größe ist, mit der wir gerne zusammenarbeiten.“ Sie benannte die Weiterentwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik als zentrale Herausforderung der nächsten Monate. Insbesondere hob sie die Stärkung der Beteiligung junger Menschen hervor, vor allem derjenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen Schwierigkeiten haben, ihre Anliegen öffentlich zu formulieren. Die politische Bildung spielt dabei, so die Parlamentarische Staatssekretärin, eine wichtige Rolle: „Politische Bildung ist für uns wichtig, um Teilhabe zu ermöglichen und Demokratie zu stärken.“ Dass alle jungen Menschen die Möglichkeit haben sollen, eine außerschulische politische Bildungserfahrung zu machen, erklärte Caren Marks ausdrücklich zum jugendpolitischen Ziel ihrer Arbeit.

Der Vorsitzende des AdB, Ulrich Ballhausen, zeigte sich sehr erfreut über die klare und deutliche Stärkung der politischen Bildung, die



Die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks und der Vorsitzende des AdB, Ulrich Ballhausen

die Parlamentarische Staatssekretärin im Gespräch zum Ausdruck brachte. „Frau Marks weiß, dass politische Bildung jungen Menschen die Fähigkeiten vermittelt, selbstbestimmt, verantwortungs-

bewusst und demokratisch zu handeln. Die Träger der politischen Bildung sind daher die geeigneten Partner, wenn es dem BMFSFJ darum geht, die Teilhabe Jugendlicher zu stärken. Der AdB unterstützt dieses jugendpolitische Ziel gerne.“

Der AdB-Vorstand und die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks vereinbarten, im Gespräch zu bleiben und den gelungenen jugendpolitischen Austausch im nächsten Jahr fortzusetzen.

Der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Markus Meckel, hatte den Vorstand des AdB zu einem Gespräch eingeladen, das vom Vorsitzenden und der Geschäftsführerin in Berlin wahrgenommen wurde. Markus Meckel erläuterte die Struktur des Volksbundes und stellte die Arbeit vor. Im Mittelpunkt des Austauschs stand die Jugendbildungsarbeit, die im Volksbund einen breiten Raum einnimmt, aktuell aber neu aufgestellt werden soll. Hierbei erhofft er sich vom AdB Unterstützung. Derzeit unterhält der Volksbund als einziger Kriegsgräberdienst der Welt eigene Jugendbegegnungsstätten in Deutschland (Kaminke), Belgien (Lommel), Frankreich (Niederbronn-les-Bains) und den Niederlanden (Ysselsteyn). Das Gespräch war von gegenseitigem großen Interesse geprägt. Als ein Ergebnis des Austauschs konnte die Jugendbildungsstätte Golm im November als neues Mitglied im AdB begrüßt werden.

■ Entwicklung einer Verbandsposition

Das Thema „Kompetenzerwerb und Kompetenzfeststellung in der politischen Bildung“ beschäftigte den Vorstand auch im Berichtsjahr. Nach ausführlichen Diskussionen im Verband und in allen Gremien des AdB beschloss der Vorstand, aufgrund der kontroversen Einschätzungen kein Positionspapier, sondern ein Diskussionspapier zum Thema zu veröffentlichen. Es soll zum einen den aktuellen Stand der Debatte im AdB wiedergeben. Zum anderen hat es die Aufgabe, die Punkte zu benennen, bei denen die Träger und Einrichtungen im AdB Klärungsbedarf auf fachlicher, politischer oder wissenschaftlicher Ebene sehen.

Da der AdB ein Fachverband der politischen Bildung ist, sah es der Vorstand als eine Aufgabe des Verbandes an, sich mit den genannten bildungspolitischen Entwicklungen auseinanderzusetzen und die innerverbandliche Debatte über das Verständnis politischer Bildung, über den Erwerb von Kompetenzen in der politischen Bildung und über Instrumente für deren Anerkennung und Sichtbarmachung anzuregen. Diese Debatte muss, so die Auffassung des Vorstands, differenziert geführt werden, da politische Bildung in unterschiedlichen Kontexten – Jugendbildung, Weiterbildung, Ausbildung u. a. – stattfindet. Das Papier soll dazu einen Beitrag leisten. Weiteren Klärungs- und Beschäftigungsbedarf sah der AdB-Vorstand vor allem bei folgenden Punkten:

- Welcher Kompetenzbegriff wird zugrunde gelegt?
- Welche Instrumente eignen sich für die Dokumentation von Kompetenzen, die in der außerschulischen politischen Bildung erworben worden sind?
- Wie kann die Freiwilligkeit der Teilnahme langfristig gesichert werden?
- Wer stellt die notwendigen zusätzlichen Ressourcen bereit?

Das Thema „Kompetenzerwerb und Kompetenzfeststellung in der politischen Bildung“ wird den Verband und den Vorstand auch in den kommenden Jahren beschäftigen.

Verbandsstatistik

Um die gemeinsamen Interessen der Mitgliedseinrichtungen wirkungsvoll vertreten zu können, sind Vorstand und Geschäftsstelle des AdB darauf angewiesen, aussagekräftige Informationen aus den Einrichtungen zu erhalten, die Auskunft geben über Struktur, Finanzierung, Veranstaltungen und Zielgruppen. Nachdem die Mitgliederversammlung im November 2013 den Ausstieg aus der Weiterbildungsstatistik im Verbund beschlossen hat, diskutierte daher der AdB-Vorstand die Möglichkeiten des Aufbaus einer eigenen Datenerhebung. Er bezog die Kommission Verwaltung und Finanzen als zuständige Fachkommission in diese Frage ein, die sich des Problems annahm und eine Arbeitsgruppe dazu gründete. Diese legte den Vorstandsmitgliedern einen Fragebogen vor, der sich darauf beschränkt, einige zentrale Grunddaten der Mitgliedseinrichtungen abzufragen, da aufgrund der Pluralität des Angebots und der Einrichtungen ein vollständiges Bild der umfangreichen und vielschichtigen Arbeit in den Einrichtungen nicht erreicht werden kann und auch nicht muss. Der neue Fra-

gebogen soll ab 2015 zum Einsatz kommen und erstmalig Daten aus dem Vorjahr abfragen.

Strukturfragen

In der Folge der Ergebnisse der Evaluation des Programms „Politische Bildung“ im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) haben sich einige im Direktverfahren geförderte Träger an den AdB gewandt mit dem Anliegen, am Zentralstellenverfahren des AdB teilzunehmen. Der Vorstand hat sich ausführlich mit diesen Anfragen und den daraus resultierenden Strukturfragen auseinandergesetzt, um sowohl die einzelnen Einrichtungen und ihre Anliegen zu unterstützen als auch dem eingeführten, von der Mitgliederversammlung verabschiedetem Konzept des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ gerecht zu werden. In einem Einzelfall konnte für eine bestehende Mitgliedseinrichtung des AdB bereits eine Lösung gefunden werden, in anderen Fällen, in denen die Träger nicht Mitglied im AdB sind, wurden die Gespräche noch nicht abgeschlossen.

Der AdB-Vorstand sieht sich durch die Evaluation in jedem Fall in seinem Verständnis von Zentralstelle bestärkt. Es geht nicht allein um die Weiterleitung von Fördermitteln, sondern im nationalen wie im internationalen Kontext hat die AdB-Zentralstelle ein fachliches Profil, berät, begleitet und qualifiziert die Mitgliedseinrichtungen und trägt damit zur fachlichen Weiterentwicklung bei. Ein solches Konzept von Zentralstelle entspricht zudem dem Bundesinteresse der Förderung, dies hat auch die Evaluation des Programms bestätigt.

Weitere Aufgaben

Neben Schwerpunktthemen wie den oben genannten gab es weitere Aufgaben, die der Vorstand in seinen Sitzungen anging. Dazu gehörten z. B. die Vorbereitung und Durchführung des zwanzigjährigen Jubiläums der Zusammenarbeit mit der Mongolei, die Vor- und Nachbereitung der zentralen Verbandsveranstaltungen Mitgliederversammlung und Jahrestagung, die Prüfung der Antragsteller auf Mitgliedschaft, Diskussion und Beschluss über Modellanträge, die Festlegung des Jahresthemas sowie der Austausch über jugend- und bildungspolitische Entwicklungen auf Europa-, Bundes- und Länderebene. Der Vorstand traf sich im Februar, im August und im Oktober zu jeweils eintägigen Sitzungen in Berlin. Die zweitägige Klausursitzung fand im April im wannsee-FORUM ebenfalls in Berlin statt.

Mitgliederentwicklung

Der AdB ist ein Fachverband der politischen Bildung, dem bundesweit Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, internationale Begegnungsstätten, Europahäuser und Akademien angehören. Trotz der Heterogenität ihrer weltanschaulichen, konzeptionellen und pädagogischen Ausrichtungen arbeiten sie im AdB in Gremien, Modellprojekten, auf Fachtagungen und in Fortbildungen vertrauensvoll zusammen und sorgen für die fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildung in Deutschland und darüber hinaus.

Jubiläen

Anlass zur Freude boten erneut einige Jubiläen, die Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten feiern konnten. Insgesamt vier Einrichtungen waren dabei, die auf sechzig bzw. fünfundsechzig erfolgreiche Jahre zurückblicken konnten. Sie machen deutlich, dass die Geschichte der Bildungsstätten und damit auch die Geschichte der politischen Bildung eng verknüpft ist mit der Geschichte Deutschlands insgesamt. Die Einrichtungen wurden gegründet, um die junge Demokratie zu stärken, denn, so brachte es Friedrich Ebert auf den Punkt, „Demokratie braucht Demokraten“. Bürgerinnen und Bürger mit den Werten, Institutionen und Verfahren des demokratischen Systems vertraut zu machen und Demokratie im Alltag zu verankern ist die zentrale Aufgabe der Einrichtungen. Die Jubiläen zeigen, dass sie dies mit Erfolg leisten!

- **65 Jahre feierte:**
Auslandsgesellschaft NRW, Dortmund
- **60 Jahre feierten:**
Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Haus Rissen, Hamburg
Haus Sonnenberg, St. Andreasberg
- **30 Jahre feierte:**
Bildungsstätte Alte Schule Anspach
- **20 Jahre feierten:**
Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt
Anne Frank Zentrum, Berlin
- **15 Jahre feierten:**
Bildungsstätte HochDrei, Potsdam
Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Neue Mitglieder

Erfreulicherweise konnte die Mitgliederversammlung 2014 gleich über drei Anträge auf Mitgliedschaft im AdB entscheiden.

Die Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte (JBS) Golm des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. bietet vorwiegend polnischen und deutschen Schulklassen und Jugendgruppen die Möglichkeit, eine Projektwoche in der Einrichtung zu verbringen. Zwei eindrucksvolle, unmittelbar erlebbare Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges – die Kriegsgräberstätte Golm und die in unmittelbarer Nähe des Hauses verlaufende deutsch-polnische Grenze – bilden hervorragende Anknüpfungspunkte für die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Die Bildungsstätte leistet mit dieser internationalen Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zur Beibehaltung und Fortentwicklung demokratischer Gedenk- und Erinnerungskulturen im zusammenwachsenden Europa.



Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm

Der Verein Soziale Bildung e. V. in Rostock ist seit 2005 staatlich anerkannte Einrichtung der politischen Weiterbildung und zugleich freier Träger der Jugendhilfe. Der Verein ist im Peter-Weiss-Haus angesiedelt, das sich in der Innenstadt Rostocks befindet. Schwerpunkte des Vereins sind Seminare, Projektstage, Ausstellungsbegleitungen und Multiplikatorenschulungen im Bereich der Weiterbildung, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, sozialräumliche Bildungsarbeit sowie die kreative Verknüpfung von politischer und kultureller Bildung.

Mostar Friedensprojekt e. V. wurde 1994 auf Initiative von Studierenden, Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die sich für den Frieden im ehemaligen Jugoslawien engagierten. Der Verein ist seit 1995 im Land Brandenburg als gemeinnützig und mildtätig regis-

triert und hat seinen Sitz in Potsdam. Mostar Friedensprojekt e. V. plant, koordiniert und leitet seit 2002 internationale Jugendaustausche und fördert den Europäischen Freiwilligendienst. Neben vielen Programmen sowohl in Bosnien-Herzegowina und Potsdam, hat Mostar Friedensprojekt auch Schulungen, Konferenzen und Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung organisiert. In Bosnien leitete Mostar Friedensprojekt e. V. seit 1995 über sieben Jahre lang ein Nachbarschaftszentrum an der Konfrontationslinie in der Innenstadt von Mostar.

Die Mitgliederversammlung folgte in allen drei Fällen dem Votum des Vorstands und stimmte mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme der Einrichtungen bzw. Träger in den AdB. Es ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, dass es immer wieder neue Interessenten gibt, die sich dem Netzwerk AdB anschließen wollen. Nicht nur sie profitieren von dem Austausch, auch der Verband profitiert von den neuen Mitgliedern und ihrer Expertise.

Austritte und Schließungen

Zum stetigen Wandel gehören leider auch Verluste. So haben vier Einrichtungen bzw. Träger den AdB zum Jahresende verlassen. Die Pfalz-Akademie in Lambrecht und das Haus Buchenried der Münchner Volkshochschule haben sich inhaltlich neu ausgerichtet und bieten keine Seminare politischer Bildung mehr an. Der Verein „Outward bound“ ist in finanziellen Schwierigkeiten und muss Mittel einsparen und die Jugendbildungsstätte Emlichheim wird zum Jahresende geschlossen.

Leider haben sich auch zwei der parteinahen Stiftungen, die Friedrich-Ebert-Stiftung sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung, von ihren letzten Bildungsstätten getrennt. So wurde die geschichtsträchtige Einrichtung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereriefel geschlossen, ebenso wie die Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling und das Bildungszentrum Schloß Wendgräben.

5 Gesellschaftliche Herausforderungen annehmen – Kompetenzen und Strukturen nutzen

Schlussfolgerungen und Perspektiven



Die Angebote der politischen Bildung „zielen darauf ab, die Demokratie- und Politikfähigkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern sowie zu deren Persönlichkeitsentwicklung beizutragen. Die Jugendlichen sollen auf der einen Seite Fachwissen und Handlungskompetenzen vermittelt bekommen und auf der anderen Seite dazu befähigt werden, sich sozial und politisch zu engagieren und ihre politische Haltung in der Gesellschaft zu vertreten.“

So beschreibt der Abschlussbericht zur Evaluation des Programms Politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes die Kernaufgaben der aus diesem Programm geförderten Träger. Im weiteren Verlauf des Berichts wird eine positive Bilanz gezogen hinsichtlich der Qualität und der Leistungsfähigkeit des gesamten Arbeitsfelds, das sich „durch eine lebendige Vielfalt auszeichnet. Diese zeigt sich sowohl anhand der verschiedenen Akteure politischer Jugendbildung als auch hinsichtlich der vielfältigen Zielgruppen, Bildungsorte, didaktisch-methodischen Settings und Themenfelder.“

Sowohl die eingangs beschriebene Zielstellung politischer Bildung als auch die attestierte Vielfalt bilden sich in der Arbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ab. Der vorliegende Bericht informiert ausführlich über die große Zahl unterschiedlicher Themen, die in Fachtagungen, Fortbildungen, Modellprojekten, internationalen Maßnahmen, Publikationen, Arbeitsgruppen-, Kommissions- und Vorstandssitzungen diskutiert, bearbeitet und für die Bildungspraxis aufbereitet wurden. Im Hinblick auf die Weiterarbeit des Verbandes sind dabei die nachfolgend benannten Schlussfolgerungen und Perspektiven von besonderer Bedeutung.

Themenvielfalt als Qualität

Das Aufgreifen und Bearbeiten unterschiedlichster Themen im Verband wurde von Seiten der Mitgliedseinrichtungen honoriert und für gut befunden. Wahlrecht, Generationengerechtigkeit, Erster Weltkrieg/historisch politische Bildung, Inklusion, Rechtsextremismus, Demokratieentwicklung, Flucht und Asyl sowie andere Themen spiegeln die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen.

gen, auf die politische Bildung reagieren muss. Aber auch Fragen des Personalmanagements, der Gestaltung von Übergängen beim Generationenwechsel in den Einrichtungen, der Entwicklung von Strukturen der politischen Bildung und anderes wurden sehr gut angenommen und vor allem in den Kommissionen aufgegriffen und ausgiebig diskutiert.

Ein Thema, das alle Gremien des Verbandes beschäftigte, war der Kompetenzerwerb und die Dokumentation von Kompetenzen in der politischen Bildung. Aufgrund der Komplexität des Themenfeldes waren Vorstand, Mitgliederversammlung und Kommissionen eingebunden. Alle Rückmeldungen wurden in der Geschäftsstelle gesammelt und in einer Übersicht zusammengestellt. Dabei stellte sich heraus, dass aufgrund der Kontroversität der Ansichten und Meinungen im Verband die ursprüngliche Zielsetzung, ein Positionspapier des Verbandes auf der Grundlage der Rückmeldungen zu erstellen, zum aktuellen Zeitpunkt (noch) nicht realisiert werden konnte.

Die Mitglieder im Verband waren sich einig, dass Angebote politischer Bildung Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit bieten, Wissen und Kompetenzen zu erwerben und zu zeigen, und zwar solche spezifischen Kompetenzen, die notwendig sind, um Prozesse demokratisch zu gestalten. Diese „Demokratiekompetenzen“ sind entscheidend, um als Bürgerin und Bürger aktiv und verantwortlich das eigene Leben und die Umwelt zu gestalten. Die Mitgliedsvertreterinnen und -vertreter waren aber nicht einig in der Frage, ob eine Dokumentation erworbener Kompetenzen sinnvoll ist oder das Anliegen in der politischen Bildung vielleicht sogar untergräbt.

Daher entschied der Vorstand, aus dem Positionspapier ein Diskussionspapier zu machen, um den erheblichen Klärungsbedarf der Bildungsstätten und Bildungswerke sichtbar zu machen. Der bestand vor allem im Hinblick auf

- den Kompetenzbegriff, der zugrunde gelegt werden soll und der passfähig sein muss für die Besonderheiten der politischen Bildung;
- die Instrumente, mit denen Kompetenzen festgestellt werden sollen, und die sich an einem dialogischen Verfahren orientieren müssen, da sich Fremdbeurteilungen verbieten;
- die politisch gewollte, grundsätzliche Freiwilligkeit, Dokumentationsverfahren in den Bildungsveranstaltungen politischer Bildung einzuführen;
- die Frage, wie der zusätzliche personelle und finanzielle Ressourceneinsatz zu bewältigen ist.

Das entstandene Papier dient nun vor allem dazu, den aktuellen Stand der Debatte im AdB wiederzugeben. Die Diskussion im Verband ist damit nicht abgeschlossen und wird weitergeführt werden. Das Papier dient dafür als Grundlage, nach wie vor sind Meinungen, Anregungen und Kritik auch von außerhalb des AdB herzlich willkommen.

Perspektiven der Öffentlichkeitsarbeit

Grundsätzlich dialogisch angelegt ist die Öffentlichkeitsarbeit des AdB. Sie wurde im Berichtsjahr konzeptionell überarbeitet, um nach Innen Anliegen, Themen und Informationen noch besser an die Mitgliedseinrichtungen zu vermitteln und um nach Außen die Leistungen und den Wert politischer Bildung besser zu kommunizieren. Die Homepage hat sich dabei zu einer wichtigen Informationsplattform weiterentwickelt, auf der regelmäßig und in kurzen Zeitabständen Nachrichten aus dem AdB und aus dem Arbeitsfeld vorgestellt werden. Mitglieder und Interessenten finden hier alle aktuellen News aus den Kommissionen und Arbeitsgruppen, aus Programmen und Projekten, aus Vorstand und Geschäftsstelle sowie Wissenswertes von Kooperationspartnern sowie alle Pressemitteilungen. Nicht erfüllt hat sich leider der Wunsch der direkten Kommentierung aller Meldungen, die im internen Bereich für alle Mitglieder möglich ist. Hier ist Nachbesserung und weitere Kommunikation gefragt.



Überarbeitet wurde auch das Konzept und das Erscheinungsbild der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“. Aufbauend auf dem bestehenden, nach wie vor überzeugenden Grundkonzept war es das Ziel, der Publikation ein frischeres Aussehen zu verleihen und eine bessere Übersichtlichkeit zu erreichen. Die erste Ausgabe der Zeitschrift im neuen Gewand wird Anfang 2015 erscheinen.

Aufgrund der bisher sehr guten Erfahrungen mit der Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit im AdB, das zeigen auch die vielen positiven Rückmeldungen von Mitgliedern und darüber hinaus, sollen in den folgenden Monaten weitere Aufgaben angegangen werden. Dazu gehören unter anderem

- die Weiterentwicklung der internen und externen Kommunikationsstrategien;
- die Konzeptionierung und Durchführung einer eigenen Veranstaltungsreihe zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“;
- die Erhöhung der Präsenz des AdB und der Fachzeitschrift auf zentralen Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung und darüber hinaus, um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen;
- die Erschließung neuer Interessentenkreise und die Steigerung der Abonnentenzahlen der Fachzeitschrift;
- die Positionierung des AdB zu aktuellen Themen und gesellschaftlichen Fragen. Dies erfolgt über die Pressearbeit, über Stellungnahmen, über die Homepage und die Fachzeitschrift.

Eine weitere, große Herausforderung liegt im Bereich von Social Media. Der AdB ist hier bisher noch nicht aktiv, plant aber die sinnvolle Verknüpfung der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit mit den Möglichkeiten sozialer Plattformen. Ebenfalls angedacht ist die Verbindung von Print- und Onlinepublikationen. Auch wenn sich das Leseverhalten vor allem jüngerer Kolleginnen und Kollegen verändert hat, hat eine Leserbefragung im Rahmen der Neukonzeptionierung der Außerschulischen Bildung gezeigt, dass der Wert der Fachzeitschrift nach wie vor geschätzt und genutzt wird.

■ Herausforderung Internationale Bildung

Ebenfalls weiter ausgebaut werden soll ein zweites Arbeitsfeld im AdB, die internationale Bildungsarbeit. Dies ist ein Prozess, der bereits über mehrere Jahre mit sichtbarem Erfolg betrieben wurde. Dabei geht es sowohl darum, Mitgliedseinrichtungen zu beraten und zu unterstützen, eigene Maßnahmen durchzuführen, als auch modellhaft Maßnahmen des AdB selbst durchzuführen, um langfristig neue Themen und neue Kooperationspartner für die politische Bildung zu erschließen. Beispielhaft für dieses Vorgehen ist die Zusammenarbeit mit Tunesien. Angestoßen durch eine Initiative der Kommission Europäische und Internationale Bildung im AdB und umgesetzt durch eine Maßnahme des AdB, haben sich daraus in der Zwischenzeit zahlreiche Kooperationen einzelner Bildungsstätten entwickelt – eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Allerdings ist festzustellen, dass vor allem aufgrund der unzureichenden Förderung internationaler Maßnahmen über den Kinder- und Jugendplan des Bundes es immer notwendiger wird, Ko-Finanzierungen zu akquirieren, um die Austauschmaßnahmen überhaupt durchführen zu können. Dies führt dazu, dass unterschiedliche Interessen verschiedener Fördergeber im Programm berücksichtigt werden müssen. Zudem fällt auf, dass Zuschussgeber zunehmend erwarten, dass am Ende einer Maßnahme ein „Produkt“ entsteht. Die Begegnung von Jugendlichen allein reicht vielen Fördergebern als Ziel nicht aus. Unter dieser Produktorientierung, so melden es viele Einrichtungen, leiden aber die Teilnehmenden ebenso wie die Prozessorientierung der Maßnahme. Es kann nicht sein, dass die Interessen der Teilnehmenden, die nach dem

Selbstverständnis des AdB im Mittelpunkt stehen müssten, nur in dem Maße berücksichtigt werden können, wie sie die Erstellung eines „Produkts“ nicht erschweren.

Zu den Interessen der Fördergeber kommen zudem die Erwartungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Eltern, Institutionen und Kooperationspartnern. Sie alle haben (berechtigte) Vorstellungen, die ebenfalls mit dem pädagogischen Programm in Einklang gebracht werden müssen. Die Teamerinnen und Teamer internationaler Maßnahmen sehen sich zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie die unterschiedlichen Interessen aufeinander abgestimmt werden können, übrigens auch im nationalen Bereich. Der AdB wird sich mit diesen Fragen weiterhin beschäftigen. Geplant ist eine Auswertung von Erfahrungen in der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit sowie ein Einbringen der Thematik in das Netzwerk DARE um zu prüfen, ob es sich um ein europäisches Problem handelt. Sollten sich die Erfahrungen bestätigen, wird der AdB das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Europaebene suchen.

Eine schwierige Situation zeichnet sich in der Zusammenarbeit mit Russland ab. Die Entwicklung der politischen Situation in der Ukraine trug dazu bei, dass die ursprünglich auf drei Module angelegte Maßnahme „Bildungsraum Austausch“ nicht wie geplant mit einem letzten Modul im Herbst in Moskau zum Abschluss gebracht werden konnte. Die durch den Krieg in der Ukraine aufs äußerste angespannte innen- wie außenpolitische Lage führte dazu, dass die Partnerorganisation von der Durchführung des dritten Moduls vorerst absah, auch weil die Aktivität der russischen Teilnehmenden im Bereich politischer Bildung als mit hohem Eigenrisiko verbunden eingestuft wurde. Kleinere Partnerorganisationen berichten über schwierige Arbeitsbedingungen, mehrere mussten sich nach eigenem Bekunden als ausländische Agenten registrieren lassen. Der Wertverlust des Rubel trägt ein Übriges dazu bei, Flüge nach Deutschland erheblich zu verteuern, so dass Zielgruppen, die über weniger finanzielle Ressourcen verfügen, bereits über Probleme klagen, sich Flüge nach Deutschland leisten zu können. Für den AdB ist im Bereich der deutsch-russischen Zusammenarbeit aktuell ein „politischer Spagat“ angesagt, da er den Dialog vor allem mit kleineren Organisationen nicht abreißen lassen möchte.

■ Blick zurück nach vorn

Ebenfalls im Bereich der internationalen Arbeit des AdB liegt die Zusammenarbeit mit Jugend- und Bildungsorganisationen in der Mongolei. Bereits vor zwanzig Jahren begann der Austausch mit den Kooperationspartnern, der sich seitdem stetig weiterentwickelt hat. Die Rückschau auf die Leistungen der 20jährigen deutsch-mongolischen Kooperation ist beeindruckend. Es gibt in Deutschland im Bereich der Internationalen Jugendarbeit keine Fachkräftequalifizierung, die auf beiden Seiten vergleichbar qualifizierend und langfristig wirkt wie das Mongolei-Programm des AdB. Hierauf und insbesondere auf die außenpolitischen Wirkungen des Programms kann der Verband mit Stolz blicken. Die Ergebnisse spiegeln sich in der Anlage und Begrifflichkeit des mongolischen

Jugendhilfe- und Jugendarbeitssysteme wieder, ebenso wie im politischen Verständnis des Beitrags und der Notwendigkeit von außerschulischer demokratischer Jugendbildung für die Gestaltung einer gerechten Gesellschaft. Beachtenswert ist auch, dass sich in der Mongolei vor allem auf der politisch administrativen Ebene viele Entscheider/-innen finden, die als ehemalige Teilnehmende der ebenfalls seit 20 Jahren in der Mongolei tätigen Akademie für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung eine genaue Vorstellung von außerschulischer politischer Bildungsarbeit teilen.

Allerdings wurde auf den Fachsymposien im Rahmen des Jubiläums auch deutlich, dass neue Herausforderungen auf die weitere Zusammenarbeit zukommen. Die Mongolei entwickelt sich rasant, neue Fragen und Themen aus den Bereichen Jugendsozialarbeit, arbeitsweltbezogene Bildung, aber auch Rassismus und Rechts extremismus drängen sich in den Vordergrund. Auf der Basis des aktuell geführten Austauschs werden sich nun beide Seiten in einen Diskussionsprozess über die Machbarkeit künftiger Kooperationen begeben.

■ Bundeszentrale Bedeutung des AdB

Alle in diesem Jahresbericht aufgeführten Aktivitäten des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten bringen zum Ausdruck, dass der AdB ein bundeszentraler Träger und Bestandteil bundesweiter Inf-

rastruktur politischer Bildung ist. Mit dieser Zugehörigkeit sind spezifische Aufgaben verbunden, dazu gehören

- die fachliche Begleitung und Beratung von Mitgliedern und die Weiterleitung von Mitteln als Zentralstelle;
- die Erarbeitung (neuer) Themenschwerpunkte und deren Aufbereitung für die Praxis;
- die Weiterentwicklung von Theorie, Konzepten und Praxis politischer Bildung;
- die Entwicklung und Durchführung von Angeboten zur Qualifizierung und Weiterbildung;
- die Öffentlichkeitsarbeit und der Transfer von Erfahrungen und Ergebnissen;
- die Vernetzung mit anderen Bildungsbereichen;
- die Sicherung der Pluralität des Angebotes politischer Bildung und
- die Vernetzung und gemeinsame Interessenvertretung.

Diesen Anforderungen ist der AdB umfassend gerecht geworden. Er hat damit maßgeblich zur fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung beigetragen und die Wirksamkeit seiner Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes bestätigt.

Positionen

Kompetenzerwerb und Kompetenzfeststellung in der politischen Bildung

Diskussionspapier des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten

Einleitung

Wird in Deutschland über Bildung gesprochen, dann ist vor allem vom formalen Bildungssystem die Rede, das von der Schule über die Berufsausbildung bis zur Universität reicht. Die vielfältigen Formen non-formaler Bildung, z. B. im Verein, in der Jugendarbeit oder in der politischen Bildung, werden oft nicht genügend berücksichtigt. Seit Jahren wird bildungspolitisch darüber diskutiert, ob und wie die Lernleistungen und Lernerfolge in diesen Bereichen wertgeschätzt, sichtbar gemacht und dokumentiert werden können. Im Zuge dieser Diskussion sind zahlreiche Formen der Anerkennung und Zertifizierung von non-formalen Bildungsprozessen entstanden. Sie tragen z. B. den Titel „Kompetenznachweis“ oder „Kompetenzbilanz“ und verweisen darauf, dass ein Schlüsselbegriff der Diskussion der Kompetenzbegriff ist. Er grenzt sich von der „Qualifikation“ ab, die auf definierte Handlungserfordernisse gerichtet ist, während Kompetenz auf zukünftige Handlungsmöglichkeiten zielt. Allerdings haben sich im Lauf der letzten Jahre zahlreiche Interpretationen und Definitionen des Kompetenzbegriffs entwickelt, die Ausdifferenzierung scheint auch aktuell noch nicht abgeschlossen.

Den politischen Hintergrund für diese Debatten und Entwicklungen liefern u. a. das Konzept des lebenslangen Lernens, die Entwicklung eines Qualifikationsrahmens auf europäischer Ebene (EQR) sowie die Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR), deren Ziel es ist, in Europa einen gemeinsamen Bildungsraum zu schaffen und Qualifikationssysteme vergleichbar und transparent zu gestalten, um die Mobilität von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu erhöhen und die Chancengerechtigkeit zu verbessern.

Als Fachverband der politischen Bildung sieht es der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) als eine seiner Aufgaben an, sich mit den genannten bildungspolitischen Entwicklungen auseinanderzusetzen und die innerverbandliche Debatte über das Verständnis politischer Bildung, über den Erwerb von Kompetenzen in der politischen Bildung und über Instrumente für deren Anerkennung und Sichtbarmachung anzuregen. Diese Debatte muss differenziert geführt werden, da politische Bildung in unterschiedlichen Kontexten – Jugendbildung, Weiterbildung, Ausbildung u. a. – stattfindet. Daher sind alle Gremien und die verschiedenen Fachkommissionen des Verbandes in diese Diskussion einbezogen.

Das nachfolgende Papier dient zum einen dem Zweck, den aktuellen Stand der Debatte im AdB wiederzugeben, und zum anderen hat es die Aufgabe, die Punkte zu benennen, bei denen die Träger und Einrichtungen im AdB Klärungsbedarf auf fachlicher, politischer oder wissenschaftlicher Ebene sehen.

Die Diskussion im Verband ist nicht abgeschlossen und wird weitergeführt werden. Das Papier dient dafür als Grundlage. Meinungen, Anregungen und Kritik auch von außerhalb des AdB sind dabei herzlich willkommen.

Verständnis politischer Bildung

Die im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zusammengeschlossenen Einrichtungen – dazu gehören Bildungsstätten, Akademien, Heimvolkshochschulen, Bildungswerke, Europahäuser und internationale Begegnungsstätten – bieten Jugendlichen und Erwachsenen Angebote der politischen Bildung. Die Angebote für Jugendliche sind Teil der außerschulischen Jugendbildung/Jugendarbeit, die Angebote für Erwachsene sind Teil der allgemeinen außerschulischen und außeruniversitären Weiterbildung.

Diese Angebote der politischen Bildung sind freiwillig. Sie gehen von der grundsätzlichen Annahme aus, dass Teilnehmende mündige Bürgerinnen und Bürger und Subjekt ihrer Selbstbildung sind. Die Angebote knüpfen an die Lebenswelt und Interessen der Teilnehmenden an und sind partizipativ angelegt. Sie haben zum Ziel, den Einzelnen zu befähigen, sich politische, soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge zu erschließen und aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Dabei geht es nicht nur darum, die Prinzipien und Verfahren der Demokratie als politisches Regelwerk zu verstehen, sondern demokratisches Handeln im Alltag zu verankern. Der zugrundeliegende erweiterte Politikbegriff richtet sich an den zentralen Kategorien von Kommunikation, Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft und Willensbildung aus.

Die auf diesem Grundverständnis beruhenden Angebote politischer Bildung bieten Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, Wissen und Kompetenzen zu erwerben und zu zeigen, und zwar solche spezifischen Kompetenzen, die notwendig sind, um Prozesse demokratisch zu gestalten. Dazu gehört es z. B., politische Verhältnisse als historisch gewachsen und veränderbar wahrnehmen zu können, am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, kritisch reflektieren, unterschiedliche Perspektiven einnehmen und begründet urteilen zu können. Diese „Demokratiekompetenzen“ sind entscheidend, um als Bürgerin und

Bürger aktiv und verantwortlich das eigene Leben und die Umwelt zu gestalten. Und sie sind anschlussfähig an die vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament definierten acht „Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“, zu denen die „Bürgerkompetenz“ ausdrücklich gehört.

Keine standardisierte Bewertung

Die Angebote der politischen Bildung behandeln Themen, verfügen über ein Programm und ein Bildungsziel, sind aber individuell selbstgesteuert, prozessorientiert und ergebnisoffen und folgen keinem von Dritten festgelegtem Curriculum. Sie ermöglichen damit den Erwerb von Kompetenzen für alle, unabhängig von deren formalen Bildungsvoraussetzungen.

Der AdB spricht sich ausdrücklich gegen eine Messung, Bewertung oder Benotung von Bildungsergebnissen in der außerschulischen und außeruniversitären politischen Bildung aus. Die Bildungseffekte der politischen Bildung entziehen sich einer standardisierten Bewertung, wie sie in der formalen Bildung üblich ist. Schulische Messbarkeitsvorstellungen widersprechen dem besonderen Auftrag dieses Arbeitsfeldes, eine mit der Bewertung notwendig einhergehende Formalisierung würde der politischen Bildung ihrer Spezifik berauben.

Dies bedeutet jedoch nicht, dem Lernprozess zugrundeliegende Kriterien (z. B.: Lehr-Lernprozess, Qualifikation der Lehrenden, Gruppengröße u.a.m.) nicht zu definieren und Standards zu beschreiben und zu vergleichen.

Sichtbarmachung von Kompetenzen

Da jedoch unzweifelhaft Kompetenzen in der politischen Bildung vermittelt werden, erscheint es dennoch sinnvoll, darüber nachzudenken, wie diese reflektiert, sichtbar gemacht und dokumentiert werden können. Für eine Dokumentation von Kompetenzen in der politischen Bildung spricht:

- dass der größte Teil der Lernprozesse im Erwachsenenalter in non-formalen und informellen Lerngelegenheiten stattfindet und auch für Jugendliche die Bedeutung dieses Bereiches belegt ist. Ihn nicht zu berücksichtigen, würde einen wichtigen Teil des Bildungsbereichs ausblenden. Eine Dokumentation von hier erworbenen Kompetenzen würde der Relevanz der außerschulischen und außeruniversitären Bildung gerecht.
- die damit einhergehende Aufwertung des Arbeitsfeldes, die seine Potenziale sichtbar(er) macht.
- das Interesse der Teilnehmenden, die über die Bewusstwerdung eigener Kompetenzen einen Zuwachs an Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit erfahren.

Zudem ist zu beachten, dass außerschulische politische Bildung in unterschiedlichen Kontexten stattfindet. Neben Jugendbildungsmaßnahmen im Rahmen von Jugendhilfe und Angeboten für Erwachsene im Rahmen von Weiterbildung findet politische Bildung z. B. als Multiplikatoren-schulung statt, im Rahmen von Ausbildungen, als Bestandteil des Studiums etc. Solche Angebote

schließen in der Regel mit einem Zertifikat ab. Dies bietet sich für eine Sichtbarmachung der hier erworbenen Kompetenzen an.

Klärungsbedarf

Die Diskussion über Kompetenzen in der politischen Bildung ist noch nicht abgeschlossen und wird weitergeführt. Sie wird mit dem Ziel geführt, der Spezifik des Arbeitsfeldes gerecht zu werden, der Gefahr der Verzweckung und Formalisierung zu entgehen und die Vielfalt von Trägern, Angeboten, Formaten, Themen, Methoden zu erhalten. Dafür bedürfen folgende Punkte einer Klärung bzw. Einigung:

• Kompetenzbegriff

Kompetenzen sind „die Dispositionen eines Menschen, eines Teams, einer Organisation oder eines Unternehmens, in Situationen mit unsicherem Ausgang selbstorganisiert zu handeln.“ (Erpenbeck/von Rosenstiel 2003). Kompetenzen zielen auf die Zukunft und sind auf künftige Anforderungen und Herausforderungen gerichtet. Sie zeigen sich in der Umsetzung, in der „Performanz“.

Wenn Kompetenzen in der politischen Bildung dokumentiert werden sollen, dann muss vorab geklärt sein, welcher Kompetenzbegriff genutzt wird. Denn die Frage, welcher Kompetenzbegriff zugrundegelegt wird, ist von entscheidender Bedeutung und bedarf der sorgfältigen Auswahl und Begründung. Der ausgewählte Begriff muss tragfähig sein für die Prinzipien der politischen Bildung, das sind Freiwilligkeit, Partizipation, Lebensweltbezug, Ergebnisoffenheit und Teilnehmerorientierung. Und der gewählte Begriff muss dem emanzipatorischen Ansatz der politischen Bildung entsprechen. Ein schulisch geprägter Begriff ist für die außerschulische Bildung nicht brauchbar.

• Instrumente

Die Instrumente zur Dokumentation von Kompetenzen müssen am Selbstverständnis der politischen Bildung orientiert sein, d. h. sie müssen wertschätzend, transparent und nachvollziehbar sein. Des Weiteren müssen die Teilnehmenden in einem dialogischen Verfahren an der Reflexion und Dokumentation beteiligt werden. Tests oder Fremdbeurteilungen empfehlen sich nicht, da es nicht um eine Beurteilung von außen geht, sondern um die Stärkung der Handlungs- und Reflexionskompetenz der Teilnehmenden.

• Freiwilligkeit

Die Dokumentation von Kompetenzen in der politischen Bildung muss grundsätzlich freiwillig sein und nicht etwa zur förderrechtlichen Voraussetzung erhoben werden. Jede Einrichtung muss sich entscheiden können, ob sie ein solches Verfahren einführt, und die Teilnehmenden müssen sich entscheiden können, ob sie Interesse haben, an einem solchen Verfahren teilzunehmen. Gerade in der politischen Bildung wird es immer Angebote geben, die sich einem solchen Verfahren entziehen. Dies muss dauerhaft möglich sein.

• Ressourceneinsatz

Die Feststellung von Kompetenzen etwa im Rahmen eines

dialogischen Verfahrens, die Begleitung der Teilnehmenden sowie die notwendigen zusätzlichen Vor- und Nachbereitungen erfordern einen hohen Personaleinsatz, den die Einrichtungen nicht ohne zusätzliche Unterstützung leisten können. Ressourcen und Fortbildungsmöglichkeiten müssen dafür bereitgestellt werden. Außerdem bedarf es der Entwicklung von Qualitätskriterien und Beschreibung von Standards.

- **Benachteiligung abbauen**

Es kann vermutet werden, dass wertschätzende Verfahren der Sichtbarmachung von Kompetenzen für Teilnehmende motivationsfördernd wirken, zu mehr Selbstbewusstsein führen und Benachteiligungen ausgleichen können, insbesondere dann, wenn im formalen Bildungssystem Benachteiligungen erfahren wurden oder werden.

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Erfassung, Dokumentation und Zertifizierung von Lernergebnissen nicht ohne Folgen für die Lernprozesse selbst bleiben. Dies könnte ungewollt zu einer Reproduktion sozialer Ungleichheit führen. Um dieser Gefahr zu entgehen, braucht es dringend einer wissenschaftlichen Begleitforschung, die nah an der Praxis ist.

Einordnung in den DQR

Im Kontext der Diskussion über Kompetenzen in der politischen Bildung stellt sich auch die Frage, ob eine Einordnung von Ange-

boten in den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) angestrebt werden soll. Der DQR ist bisher darauf angelegt, die im formalen Bildungssystem erworbenen und bescheinigten Qualifikationen zu kategorisieren und damit vergleichbar zu machen. Die Perspektive der Verantwortlichen für die Ausgestaltung des DQR ist damit auf schulische, universitäre und berufliche Bildung gerichtet. Die allgemeine Weiterbildung und die politische Bildung im Besonderen kommen in diesem Modell bisher nicht vor.

Für eine Berücksichtigung der in der politischen Bildung erworbenen Kompetenzen müsste der DQR ein offenes Referenzsystem darstellen. Ob der DQR künftig tatsächlich einen geeigneten Rahmen bieten kann, um Kompetenzen der politischen Bildung angemessen abzubilden, ist fraglich und muss diskutiert werden. Eine Einordnung in den DQR in seiner jetzigen Form jedenfalls würde eine Formalisierung der nicht-formalen Bildung vorantreiben, die damit ihre besonderen Qualitäten verlieren würde.

Derzeit ist es nur sinnvoll, solche Angebote in den DQR einzuordnen, die in Kooperation mit Universitäten durchgeführt werden oder im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen mit Zertifikaten abgeschlossen werden.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Berlin, September 2014

„Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“

AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2015

Die derzeitigen weltweiten Wanderungsbewegungen von Menschen sind im Wesentlichen durch politische oder wirtschaftliche Ursachen begründet. Nicht immer lassen sich diese Ursachen klar voneinander abgrenzen, da sie sich oft überlagern. Menschen, die sich auf der Flucht vor politischer Verfolgung befinden, stehen unter dem völkerrechtlichen Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und besitzen damit einen anderen Status als Migrantinnen und Migranten, deren Aufnahme in ein Drittland eine nationale migrationspolitische Entscheidung ist.

Flucht und Migration stellen globale Herausforderungen dar, die vor allem international und durch überstaatliche Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union gelöst werden können. Dies zeigt die Situation der Migrantinnen und Migranten aus Afrika, die sich auf dem Weg nach Europa lebensgefährlichen Situationen im Mittelmeer aussetzen genauso wie die Lage der aus Syrien vor dem Bürgerkrieg fliehenden Menschen. Die Menschen verlassen ihre Heimat nicht freiwillig, sondern aus Angst vor Gewalt oder wegen der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Die Überschneidungen von Migrationsursachen machen eine Trennung in Flüchtlinge, die wegen ihrer individuellen Verfolgung unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention stehen, und Migrantinnen und Migranten, die aus wirtschaftlichen Gründen zuwandern, schwierig. Dies führt dazu, dass immer weniger Flüchtlinge in Deutschland oder einem anderen Land der EU eine Verfolgung aus politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen nachweisen können.

Gleichzeitig erleben wir eine der größten Fluchtbewegungen seit dem 2. Weltkrieg. Weltweit sind nach Schätzungen 51 Mio. Menschen auf der Flucht. Flüchtlinge, die in der Hoffnung auf Sicherheit und ein besseres Leben unter Lebensgefahr versuchen, nach Europa zu gelangen, landen oft in unwürdigen Verhältnissen an den Außengrenzen der EU und in Auffanglagern. Es bedarf schnellstmöglich einer politischen Lösung, ein menschenwürdiges System zu schaffen, das Flüchtlingen den Zugang zu einem fairen und schnellen Asylverfahren garantiert und die Verteilung der ankommenden Flüchtlinge auf alle EU-Staaten regelt. Das gebietet auch die Solidarität der EU-Staaten untereinander, da Länder wie Italien und Griechenland die Verantwortung für ein europäisches Problem nicht allein tragen können.

Die Einwanderungspolitik in Europa muss grundsätzlich überdacht werden. Die Zukunft Europas hängt auch von einer sinnvoll gestalteten und fortschrittlichen Einwanderungspolitik ab. Es braucht einen gesellschaftlichen Konsens darüber, wie praktikable Antworten auf Fragen nach geregelter Migration aussehen können und wie diese die entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Herkunfts-

länder und die wirtschaftlichen und sonstigen Interessen der Aufnahmeländer erfüllen können. Ziel sollte es sein, die konzeptlose und fragmentierte Migrationspolitik der EU-Mitgliedsstaaten zu reformieren, um die fehlenden legalen Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen.

Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten stehen unter dem besonderen Schutz der Menschenrechte und haben Anspruch auf humanitäre Hilfe. Die Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet zur gleichen Behandlung von Flüchtlingen und anderen Ausländern im selben Land. Für Flüchtlinge muss das Recht auf Arbeit und auf Freizügigkeit als Menschenrecht besser geregelt und der Zugang zum Asylverfahren neu geordnet werden.

Die Ursachen von Flucht, die schwierige Situation und die prekäre Lage von Flüchtlingen erschließen sich nicht für alle Bürgerinnen und Bürger, da es im Alltag nur wenige Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten gibt. Daher muss es eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft sein, Flucht und Migration in Bildungsangeboten zu thematisieren. Ein gesellschaftlicher Konsens zur Migrationspolitik kann nur über eine demokratische Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger und der Politik erfolgen.

Der AdB fordert seine Mitgliedsorganisationen und die Träger der politischen Bildung auf, in geeigneten Formaten die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger über die Probleme von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten zu verbessern sowie Menschenwürde und Menschenrechte stärker in den Blick zu nehmen, um die Bemühungen zur Entwicklung einer Gesellschaft der Vielfalt und der Solidarität zu intensivieren. Neben den Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft als Zielgruppe von Seminaren und Projekten sollten auch Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, vermehrt als Teilnehmende für gemeinsame Veranstaltungen gewonnen und an deren Gestaltung beteiligt werden.

Die Träger und Akteure der politischen Bildung in Deutschland verfügen über Kompetenzen und Strukturen, um diese gesellschaftliche Herausforderung in Zukunft deutlicher in ihrer Arbeit zu akzentuieren. Die Kooperationen mit Flüchtlingsräten, Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung des Weltflüchtlingstages der Vereinten Nationen können wirkungsvolle Beiträge dazu leisten. Die Träger und Akteure der politischen Bildung im AdB werden ihren Einfluss öffentlich geltend machen, damit Regelungen, Verfahren und Strukturen für eine menschenrechtsgemäße Flüchtlings- und Migrationspolitik geschaffen werden.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des AdB am 26. November 2014 in Königswinter

Der AdB im Überblick

Veranstaltungen des AdB

● Fachkommissionen, Arbeits- und Steuerungsgruppen, Redaktionsbeirat

03.02.-04.02. / 30.06.-01.07.2014	Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“
24.02.-26.02. / 15.09.-16.09.2014	Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit
25.02.-26.02. / 15.09.-17.09.2014	Kommission Erwachsenenbildung
17.03.-18.03. / 03.11.2014	Kommission Mädchen- und Frauenbildung
18.03.-19.03. / 16.09.-18.09.2014	Kommission Verwaltung und Finanzen
26.03.-27.03. / 23.09.-24.09.2014	Kommission Jugendbildung

● Fachveranstaltungen, Fortbildungs- und Arbeitstagungen

16.01. / 12.06.2014	Politische Jugendbildung, Koordinationssitzungen
03.02.-07.02.2014	Beratungswoche zum Thema „Europäische und internationale Bildungsarbeit“
18.02.-21.02.2014	Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen „Wird der Speiseplan zum Beipackzettel?“
10.03.-14.03.2014	Politische Jugendbildung, Zentrale Arbeitstagung „Arbeit als Thema in der politischen Bildung“
24.04. / 28.08.2014	AG interkulturelle Öffnung des AdB
19.05.-21.05.2014	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“
03.06.-05.06.2014	(Mehr)Wert politische Jugendbildung. Der AdB auf dem 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Berlin
16.06.-18.06.2014	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“
30.06.-02.07.2014	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“
07.07.-09.07.2014	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“
17.09.-18.09.2014	Fachtagung „Personalmanagement in Bildungsstätten“
21.10.-24.10.2014	Fortbildungstagung für Haustechniker „Vorbeugender Brandschutz in Bildungsstätten“
10.11.-12.11.2014	Politische Jugendbildung, Gemeinsame Projektgruppensitzung
25.11.-26.11.2014	Fachtagung des AdB „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“
09.12.2014	Symposium: Was ist und wohin führt Generationengerechtigkeit? Projekt „Zum Wählen zu jung?“
15.12.2014	Fortbildung „Politische Bildung – Geschichte, Themen, Akteure, Förderung“

● Internationale Fachprogramme und Projekte

Zentralstellenarbeit International

• Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung

23.07.-29.07.2014	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „Jugendliche in der globalisierten Welt – was sie trennt, was sie verbindet“, in Deutschland (Akademie Biggeseesee)
27.09.-05.10.2014	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „Chinas Gesellschaft und wirtschaftliche Entwicklung, dargestellt am Beispiel der 9-Millionen-Stadt Xuzhou“, in China (Akademie Biggeseesee)
10.10.-17.10.2014	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung „Die Volksrepublik China auf dem Sprung zur Weltmacht“, in Deutschland (Akademie Biggeseesee)

• Deutsch-Russischer Austausch

24.01.-26.01.2014	Deutsch-Russisches Kleinprojekt: Netzwerktreffen der Fortbildungsreihe „Bildungsraum Austausch“, AdB
03.02.-07.02.2014	Deutsch-Russisches Fachkräfteprogramm „Austausch ermöglichen. Bildungsraum Modul II“, in Deutschland, AdB
09.08.-16.08.2014	Deutsch-Russische Jugendbegegnung „Märchen: Rollenbilder und Gesellschaftskonzeptionen – ein Theaterprojekt“, in Deutschland, Internationales Forum Burg Liebenzell e. V., Bad Liebenzell

- 18.10.-26.10.2014 Deutsch-Russische Jugendbegegnung „Menschenrechte in Deutschland und Russland“, in Deutschland, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)
- 01.08.-08.08.2014 Deutsch-Russische Jugendbegegnung „Märchen: Rollenbilder und Gesellschaftskonzeptionen – ein Theaterprojekt“, in Russland, Internationales Forum Burg Liebenzell e. V., Bad Liebenzell

- Deutsch-Israelischer Austausch

- 08.02.-15.02.2014 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Inclusion in youth work and social systems“, in Israel, Tagungshaus Bredbeck
- 30.06.-07.07.2014 Deutsch-Israelische Jugendbegegnung „Werte leben – Zukunft gestalten“ in Deutschland, Akademie Biggesee
- 26.10.-02.11.2014 Deutsch-Israelisches Fachkräfteprogramm „Inclusion in youth work and social systems“, in Deutschland, Tagungshaus Bredbeck

- Längerfristige Förderung

- 18.07.-30.07.2014 Deutsch-Amerikanisches Fachkräfteprogramm „Amerikas transatlantische Herausforderungen“, GSI in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen

● Internationale Verbandsprojekte

- Deutsch-Russische Kooperation

- 03.02.-07.02.2014 Deutsch-Russisches Fachkräfteprogramm „Austausch ermöglichen. Bildungsraum Modul II“

- Fachkräfteaustausch mit der Mongolei

- 29.05.-31.05.2014 Fachforum „20 Jahre deutsch-mongolische Zusammenarbeit – Leistungen und Perspektiven“, Stiftung wanssee-FORUM, Berlin
- 12.07.-18.07.2014 Fachforum „Jugend und Demokratiebildung“ anlässlich des Jubiläums „20 Jahre deutsch-mongolische Zusammenarbeit im AdB“, Ulan Bator, Mongolei

- Deutsch-Tunesischer Austausch

- 28.10.-31.10.2014 Teilnahme an der GIZ-Tagung „Jugendbeteiligung in Tunis, Tunesien“ und vorbereitender Besuch zum Projekt „Matters Gender 2015 – Women’s Rights Education 2015“

● Mitgliederversammlung

- 26.11.-27.11.2014 Mitgliederversammlung im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter

● Vorstandsaktivitäten

- 06.02.-07.02.2014 Vorstandssitzung im wannseeFORUM, Berlin
- 29.04.2014 Vorstandssitzung im HDJ, Berlin
- 21.08.2014 Vorstandssitzung im HDJ, Berlin
- 14.10.2014 Vorstandssitzung im HDJ, Berlin
- Austausch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMFSFJ, Caren Marks, MdB

Mitglieder des Vorstands

Vorsitzender:	Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, Weimar
Stellv. Vorsitzende:	Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Köln
Udo Dittmann	Akademie Biggensee, Attendorn
Albert Fußmann	Institut für Jugendarbeit, Gauting
Bettina Heinrich	Stiftung wannseeFORUM, Berlin, bis 21.08.2014
Martin Kaiser	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen/Europ. Bildungs- und Tagungshaus, Bad Bevensen
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., Werneuchen, seit 26.11.2014
Petra Tabakovic	Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main
Birgit Weidemann	HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“

Herausgeber im Auftrag des Vorstands:

Dr. Paul Ciupke	Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Essen
Ulrike Steimann	Karl-Arnold-Stiftung, Köln

Vom Vorstand als Mitglieder des Redaktionsbeirats berufen:

Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Dr. Meron Mendel	Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt
Wolfgang Pauls	Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Dr. Melanie Piepenschneider	Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling
Dr. Beate Rosenzweig	Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg, Buchenbach
Ina Bielenberg	AdB-Geschäftsstelle

Redaktion:

Dr. Friedrun Erben	AdB-Geschäftsstelle
--------------------	---------------------

Mitglieder der Fachkommissionen und Arbeitsgruppen

● Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Vorsitzende:	Birgit Weidemann, HochDrei e.V., Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
--------------	--

Mitglieder:

Stephanie Böhm	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Sabine Cimbollek	ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Ursula Grzeschke	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Daniela Kaniak	Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Anette Klasing	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., Werneuchen
Edda Smidt	Europahaus Aurich
Birgit Uhing	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen

● Kommission Jugendbildung

Vorsitzender: Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, Weimar
Stellv. Vorsitzende: Carola Brindöpke, Heimvolkshochschule Haus Neuland e.V., Bielefeld

Mitglieder:

Larissa Bothe Anne Frank Zentrum, Berlin
Alexander Daranyi Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Bettina Dettendorfer Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., Werneuchen
Navina Engelage Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Ines Gerke-Weipert Akademie Biggensee, Attendorn
Lisa Hempel Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Nadya Homsi Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Martin Klähn Politische Memoriale e. V., Schwerin
Anja Krückels ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Andreas Luckey Stätte der Begegnung, Vlotho
Wolfgang Pauls Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Finn Sörje Stiftung wannseeFORUM, Berlin
Petra Tabakovic Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main
Stefanie Wolniewicz Jugendbildungszentrum Blossin

● Kommission Erwachsenenbildung

Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Meyer, Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Stellv. Vorsitzende: Gila Zirfas-Krauel, Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt, Hannover

Mitglieder:

Nadja Bilstein Haus Neuland e. V., Bielefeld
Albert Fußmann Institut für Jugendarbeit, Gauting
Dr. Ben Grewing dbb akademie Bonn
Rasmus Grobe Bewegungsakademie, Verden
Klaus Hamann Franken-Akademie Schloß Schney, Lichtenfels
Karl Heinz Keil Hanns-Seidel-Stiftung, München
Oliver Krauß Karl-Arnold-Stiftung, Köln
Harald Meves Stätte der Begegnung e. V., Vlotho
Nina Pauseback Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter
Prof. Dr. Matthias Pfüller Politische Memoriale, Schwerin
Dr. Robert Schmidt Akademie Biggensee, Attendorn
Uta Schumann Internationaler Bund West GGmbH, Köln

● Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Vorsitzender: Tim Scholz, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
 Stellv. Vorsitzende: Gabriele Wiemeyer, Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europ. Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen

Mitglieder:

Kirsten Dallmann	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Horst Dreimann	Internationaler Bund, Frankfurt am Main
Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Hans-Dieter Hartmann	Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden-Eddigehausen
Dr. Barbara Hopmann	Karl-Arnold-Stiftung, Köln
Martin Kaiser	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Alice Lechleitner	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Anne-Laure Leroy	Jugendbildungszentrum Blossin
Nora Ludl	Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg
Homaira Mansury	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Bernd Neufurth	Akademie Biggensee, Attendorn
Pirjo Niskanen	Europahaus Aurich
Beata Rauch	Schloß Trebnitz, Müncheberg
Magdalena Sankowska	Brücke/Most-Stiftung, Dresden
Margarethe Schiolko	Auslandsgesellschaft NRW, Dortmund
Dajena Schlöffel	Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz, Brandenburg
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Anselm Maria Sellen	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Patrick Siegele	Anne Frank Zentrum, Berlin
Norbert Tillmann	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Dr. Zbigniew Wilkiewicz	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Eric Wrasse	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Kommission Verwaltung und Finanzen

Vorsitzender: Bernd Vaupel, LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
 Stellv. Vorsitzende: Ina Nottebohm, Haus Neuland e.V., Bielefeld

Mitglieder:

Birgit Ackermeier	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Gudrun Afken	Bildungsstätte der WiSoAk Bremen, Bad Zwischenahn
Frank Bobran	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Sylva Büter	Anne Frank Zentrum, Berlin
Udo Dittmann	Akademie Biggensee, Attendorn
Prof. Dr. Ulrich Eith	Studienhaus Wiesneck, Buchenbach
Anita Essing	Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln
Sven Fischer	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Burkhard Franke	HochDrei e. V., Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Dr. Niels Haberlandt	Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz, Brandenburg
Ulrike Heusinger v. Waldegge	AKE Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk, Vlotho
Tobias Kley	Brücke/Most-Stiftung, Dresden
Eckhard Kohle	Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Michael Lehmann	Jugendbildungszentrum Blossin e. V.
Karsten Lucke	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Marion Luser	Burg Fürsteneck, Eiterfeld
Darius Müller	Schloß Trebnitz, Müncheberg
Beenhard Oldigs	Europahaus Aurich

Dr. Hauke Petersen	Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente
Karin Pritzel	Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Ina Roßmeisl	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Reiner Schindler	Stätte der Begegnung e. V., Vlotho
Sonja Schweizer	Bildungswerk Stenden, Düsseldorf
Karl-Heinz Spiegel	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Marianne Stietenroth	Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden
Dr. Philipp-Christian Wachs	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg
Horst Weiher	Internationales Haus Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis e. V., St. Andreasberg

Jugendbildungsreferentinnen und -referenten im Programm „Politische Jugendbildung“ im AdB im Rahmen des KJP

● Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

Frank Hofmann	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., Werftpfuhl
Sebastian Kretzschmar	Jugendbildungsstätte Hütten, Krölpä
Dana Meyer	Bildungsstätte Alte Schule Anspach, Neu-Anspach
Daniel Möcklinghoff	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Annette Ullrich	Stiftung wannseeFORUM, Berlin
Henning Wötzel-Herber	ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll

● Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“

Anne Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Iwona Domachowska	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen/Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Annemarie Hühne	Anne Frank Zentrum, Berlin
Mechtild Möller	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg

● Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“

Kerem Atasever	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Thomas Grimm	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
Christian-Friedrich Lohe	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Gina Schumm	Jugendkulturarbeit e. V., Oldenburg
Katja Schütze	Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen

● Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“

Tanja Berger	HochDrei e. V./Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Karsten Färber	Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg
Andreas Kleinert	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Mari Nagaoka	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Sibylle Nau	Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus, Havelsee OT Fohrde
Rukiye Öksüz	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft, Haus Rissen, Hamburg
Miriam Grün	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (seit 1.01.2015)
Carolin Kürschner	Europahaus Aurich

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Ina Bielenberg	Geschäftsführerin
Boris Brokmeier	Referent für Jugendbildung, stellv. Geschäftsführer
Elke Buntrock	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung
Larissa Döring	Sachbearbeiterin in den Bereichen internationale Aufgaben, Kommissionsarbeit, Jugend- und Fortbildung
Dr. Friedrun Erben	Referentin für Kommunikation und Medien
Ivonne Meißner	Sachbearbeiterin im Referat für Kommunikation und Medien
Sabine Mertin	Referentin für Finanzen, Personal und Verwaltung
Georg Pirker	Referent für internationale Aufgaben
Birgit Schörling	Sachbearbeiterin im Finanzreferat/Zentralstellenaufgaben
Sema Ünal	Sachbearbeiterin im Finanzreferat

Mitgliedschaften und Gremienarbeit

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)

Mitgliederversammlung und Vorstand, Vorsitzender des Fachausschusses Jugend, Bildung, Beruf: Boris Brokmeier

Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (HVHS) in NRW e. V. (@ba)

Ulrike Steimann

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik

Ursula Grzeschke

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Stellvertretende Vorsitzende im Vorstand: Ina Bielenberg
AG Grundsatzfragen: Dr. Paul Ciupke
AG Richtlinien: Ina Bielenberg

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Programmspezifische Arbeitsgruppe

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Steuerungsrunde zur Evaluation des KJP-Programms „Politische Bildung“

Ina Bielenberg

Bundeszentrale für politische Bildung – Runder Tisch

Ina Bielenberg und direkt berufene Mitglieder aus dem AdB

DARE

Geschäftsführung und Mitglied: Georg Pirker

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Mitgliederversammlung: Dr. Paul Ciupke

Deutsch-Polnischer Jugendrat

Birgit Weidemann (für bap)

Europäischer Verband für Erwachsenenbildung (EAEA)

Ina Bielenberg

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB)

Vertretung des AdB als Mitglied: Ina Bielenberg

Forscher-Praktiker-Dialog zur Internationalen Jugendarbeit (F-P-D)

Ulrich Ballhausen

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI)

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ)

Geschäftsführender Ausschuss und stellvertretende Vorsitzende des e. V.: Ina Bielenberg; Mitglied des e. V.: Sabine Mertin

Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS) der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung:

Vorsitzender des Beirats der IJBS: Ulrich Ballhausen

Netzwerk Europäische Bewegung

Georg Pirker

Praxisforum Rechtsextremismus

Ina Bielenberg

Rat der Weiterbildung – KAW

Ina Bielenberg

Stiftung Deutsche Jugendmarke

Mitgliederversammlung: Ina Bielenberg (für bap)

Strukturierter Dialog in Deutschland

Nationaler Beirat: Ina Bielenberg (für GEMINI)

VBLU-Mitgliederversammlung

Sabine Mertin

WOCHENSCHAU Verlag – Herausgeberkreis für die Publikationsreihe „Non-formale Bildung“

Ina Bielenberg

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Baden-Württemberg

Internationales Forum Burg Liebenzell

Prof. h.c. Manfred Hübscher
Burg Liebenzell 1A, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0, -21, Fax: 07052-9245-18
Info@InternationalesForum.de
www.InternationalesForum.de

Landesakademie für Jugendbildung

Jugendbildungsstätte Johannes Kepler
Knut-Alexander Hirnschall
Malersbuckel 8-10, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0, Fax: 07033-5269-100
info@Jugendbildung.org
www.Jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck

Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.
Prof. Dr. Ulrich Eith
Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0, -24, Fax: 07661-9875-99
ulrich.eith@wiesneck.de | www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.
Karl-Heinz Spiegel
Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg
Postfach 55 80, 97005 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0, -214, Fax: 0931-80464-77
info@frankenwarte.de | www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung Tutzing

Dr. Michael Schröder
Buchensee 1, 82327 Tutzing
Telefon: 08158-256-0, Fax: 08158-256-51
m.schroeder@apb-tutzing.de
info@apb-tutzing.de | www.apb-tutzing.de

„Der Heiligenhof“

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
Werner Gustav Binder
Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0, Fax: 0971-7147-47
studienleiter@heiligenhof.de
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e. V.

Birgit Schmitz-Lenders
Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0, -18, Fax: 089-549141-9
b.schmitz-lenders@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e. V.

Susann Biedefeld
Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0, Fax: 09571-9750-25
info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.

Roland Eichmann
Bildungsstätte Schloss Aspenstein,
Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0, Fax: 08851-78-23
info@vollmar-akademie.de
Verwaltungssitz:
Oberanger 38/1, 80331 München
Telefon: 089-595223, Fax: 089-5503849
www.vollmar-akademie.de

Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Dr. Franz Guber
Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0, -230, Fax: 089-1258-338
GUBER@hss.de | www.hss.de
Bildungszentrum Wildbad Kreuth der Hanns-Seidel-Stiftung
83708 Wildbad Kreuth
Telefon: 08029-170, Fax: 08029-1734
Bildungszentrum Kloster Banz der Hanns-Seidel-Stiftung
96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370, Telefax: 09573-33733

Haus Buchenried*) der Münchner Volkshochschule GmbH

Michael Schanz
Assenbucherstr. 45, 82335 Berg
Telefon: 08151-9620-0, Fax: 08151-9620-10
michael.schanz@mvhs.de
info@mvhs.de
www.mvhs.de/buchenried

Institut für Jugendarbeit

Albert Fußmann
Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0, Fax: 089-893233-33
fussmann@institutgauting.de
info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell

Wilfried Heß
Salinenweg 45, 83334 Inzell/Obb.
Telefon: 08665-980-0, -200, Fax: 08665-980-555
hess@Kritische-Akademie.de
www.Kritische-Akademie.de

Max Mannheimer Studienzentrum Internationales Jugendgästehaus Dachau

Pädagogischer Bereich
Nina Ritz
Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
Telefon: 08131-6177-0, -12, Fax: 08131-6177-19
ritz@mmsz-dachau.de | bildung@mmsz-dachau.de
www.jgh-dachau.de

Berlin

Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße

Roland Wylezol
Kaubstr. 9-10, 10713 Berlin
Telefon: 030-8619359, Fax: 030-8616249
wylezol@kaubstrasse.de | www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum

Patrick Siegele
Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Telefon: 030-2888656-10, -13, Fax: 030-2888656-11
siegele@annefrank.de | zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e. V.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Grunewald)
Telefon: 030-895951-0, Fax: 030-895951-95
eab@eab-berlin.eu | www.eab-berlin.eu

OWEN e. V.

Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und
Friedensförderung
Dr. Marina Grasse
c/o Metrogap, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Telefon: 030-280854-1, -6128878-5, Fax: 030-283225-2
grasse@owen-berlin.de
mail@owen-berlin.de | www.owen-berlin.de
www.omnibus1325.de

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Anne Lersch
Königstr. 36 B, 14109 Berlin
Telefon: 030-48481-0, -309, Fax: 030-48481-313
Anne.Lersch@sfbf.berlin-brandenburg.de
www.sfbf.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM

Uta Denzin-von Broich-Oppert
Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
Telefon: 030-80680-0, -17, Fax: 030-80680-88
UD@wannseeforum.de
www.wannseeforum.de

Brandenburg

HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg

Birgit Weidemann
Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
info@hochdrei.org
www.hochdrei.org
Seminar- und Gästehaus Am Bassin
Brandenburger Str. 37, 14467 Potsdam
Seminar- und Gästehaus Hochlland
Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam
Kontakt für beide Häuser:
Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
info@hochdrei.org
www.hochlland.de

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V. Haus der außerschulischen Jugendbildung

Christine Reich
Freienwalder Allee 8-10,
16356 Werneuchen OT Werftpfuhl
Telefon: 033398-8999-12, -12, Fax: 033398-8999-13
c.reich@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e. V. *)

Michael Lehmann
Waldweg 10, 15754 Heidesee/Blossin
Telefon: 033767-75-0, Fax: 033767-75-100
m.lehmann@blossin.de
www.blossin.de

Mostar Friedensprojekt e. V.

Eggert Hardten
Charlottenstr. 14, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-201046-0, -1, Fax: 0331-201046-2
mostarfp@yahoo.de

Schloß Trebnitz**Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.**

Darius Müller
 Platz der Jugend 6, 15374 Müncheberg/OT Trebnitz
 Telefon: 033477-519-0, -13, Fax: 033477-519-15
 mueller@schloss-trebnitz.de
 www.schloss-trebnitz.de

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz

Dr. Niels Haberlandt
 Schlossallee 101, 14776 Brandenburg/OT Gollwitz
 Telefon: 03381-21386-0, Fax: 03381-21386-2
 dr.haberlandt@stiftunggollwitz.de
 bildung@stiftunggollwitz.de
 www.stiftunggollwitz.de

Villa Fohrde

Heimbildungsstätte Villa Fohrde e. V.
 Werner Bövingloh (bis 12/2014); Daniel Wunderer (seit 1/2015)
 August-Bebel-Str. 42, 14798 Fohrde
 Telefon: 033834-50282, Fax: 033834-51879
 info@villa-fohrde.de
 www.villa-fohrde.de

Bremen**Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH**

Christine Helmken
 Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
 Telefon: 0421-69272-0, Fax: 0421-69272-16
 helmken@lidicehaus.de
 www.lidicehaus.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH

Geschäftsstelle: Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
 Telefon: 0421-4499-5, Fax: 0421-4499-651
 g.afken@wisoak.de
 www.wisoak.de

Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH

Gudrun Afken
 Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn
 Telefon: 04403-924-0, -60 Fax: 04403-58895
 bildungsstaette@wisoak.de
 www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg**HAUS RISSEN HAMBURG**

Internationales Institut für Politik und Wirtschaft
 Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V.
 Dr. Philipp-Christian Wachs
 Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
 Telefon: 040-81907-0, -49, Fax: 040-81907-59
 mail@hausrissen.org | www.hausrissen.org

Hessen**Bildungsstätte Alte Schule Anspach basa e. V.**

Bärbel Bimschas
 Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach (Taunus)
 Telefon: 06081-41772, Fax: 06081-960083
 baerbel.bimschas@basa.de
 www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e. V.

Dr. Meron Mendel
 Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
 Telefon: 069-560002-0, Fax: 069-560002-50
 MMendel@bs-anne-frank.de
 info@bs-anne-frank.de
 www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK

Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung
 Marion Lusar
 Am Schloßgarten 3, 36132 Eiterfeld
 Telefon: 06672-9202-0, Fax: 06672-9202-30
 Lusar@burg-fuersteneck.de
 www.burg-fuersteneck.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Joachim Bussiek
Tagungszentrum am Schloss und Verwaltung:
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0, Fax: 0385-555709-13
sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm

Kinga Sikora
Dorfstr. 33, 17419 Kamminke
Telefon: 038376-290-0, -79, Fax: 038376-290-68
kinga.sikora@volksbund.de
www.jbs-golm.de

Politische Memoriale e. V.

Prof. Dr. Matthias Pfüller
Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1/2, Fax: 0385-758731-3
info@polmem-mv.de
www.polmem-mv.de

Soziale Bildung e. V.

Stefan Nadolny
Doberaner Str. 21, 18057 Rostock
Telefon: 0381-1273363, Fax: 0381-26054205
s.nadolny@soziale-bildung.org
bildung@soziale-bildung.org
www.soziale-bildung.org

Niedersachsen

ABC Bildungs-und Tagungszentrum

Ina Meier
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529, Fax: 04775-695
abc-huell@t-online.de
www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.

Hermann Kinzel
Adenauerring 23, 37115 Duderstadt
Telefon: 05527-9847-22, Fax: 05527-9847-77
hermann.kinzel@ingo-kinzel.de
asg-nord@asgpolbi.de
www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e. V.

Rasmus Grobe
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Telefon: 04231-957-595, 516, Fax: 04231-957-400
grobe@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin – Heimvolkshochschule Goslar e. V.

Martin Westphal
Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
Telefon: 05321-3411-0, Fax: 05321-3411-50
info@bildungshaus-zeppelin.de
www.Bildungshaus-Zeppelin.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.

Wolfgang Pauls
Breese 11, 21369 Nahrendorf
Telefon: 05855-545, Fax: 05855-390
wolfgangpauls@gmx.net
bahnhof-goehrde@t-online.de
www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar- und Tagungshaus*)

Thomas Hermenau
Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
Telefon: 04241-9311-0, Fax: 04241-9311-11
freudenburg@vhs-diepholz.de
www.freudenburg-bassum.de
Volkshochschule des Landkreises Diepholz
Nienburger Str. 5, 28857 Syke
Telefon: 04242-976-4075, Fax: 04242-976-4942
vhs@vhs-diepholz.de | www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich

Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
Beenhard Oldigs
von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich/Ostfr.
Telefon: 04941-9527-0, -21, Fax: 04941-9527-27
oldigs@europahaus-aurich.de
info@europahaus-aurich.de
www.europahaus-aurich.de

Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt

Gila Zirfas-Krauel
Arnswaldstr. 6, 30159 Hannover
Telefon: 0511-473877-0, -16, Fax: 0511-473877-18
g.zirfas-krauel@kwa-ekd.de | www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.

Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
 Martin Kaiser
 Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
 Telefon: 05821-955-0, Fax: 05821-955-299
 martin.kaiser@gsi-bevensen.de
 info@gsi-bevensen.de | www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.

Dr. Thomas Südbeck
 Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
 Telefon: 04961-9788-0, Fax: 04961-9788-44
 info@hoeb.de | www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg

Sonnenberg-Kreis e. V.
 Horst Weiher
 Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg/Harz
 Telefon: 05582-944-0, Fax: 05582-944-100
 h.weiher@sonnenberg-international.de
 info@sonnenberg-international.de
 www.sonnenberg-international.de

Jugendbildungsstätte Emlichheim

Grenzlandheim e. V.
 Christina Breman
 Am Grenzlandheim 1, 49824 Emlichheim
 Postfach 1220, 49821 Emlichheim
 Telefon: 05943-9391-0, Fax: 05943-9391-30
 c.breman@bildungsstaette.com
 www.bildungsstaette.com

Jugendkulturarbeit e. V. *)

im Internationalen Jugendprojektehaus (IJP)
 Jörg Kowollik
 Schliefenstr. 9/11, 26123 Oldenburg
 Telefon: 0441-380126-0, Fax: 0441-99860434
 j.kowollik@jugendkulturarbeit.eu
 info@kulturkonzept-ol.de
 www.jugendkulturarbeit.eu

Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e. V.

Wolfgang Borchardt
 Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
 Telefon: 05594-9506-0, Fax: 05594-9506-50
 info@mariaspring.de | www.mariaspring.de

Ostheim e. V. – Jugendbildungsstätte und Tagungsheim

Ralph Ullrich Winkler
 Parkstr. 14, 31812 Bad Pyrmont
 Telefon: 05281-9361-0, Fax: 05281-9361-11
 info@ostheim-pyrmont.de | www.ostheim-pyrmont.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e. V.

Heimvolkshochschule
 Thomas Strelow
 Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
 Telefon: 05351-5851-0, Fax: 05351-5851-30
 strelow@pbh-hvhs.de
 info@pbh-hvhs.de
 www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen

Dr. Rainer Marbach
 37130 Reinhausen bei Göttingen
 Telefon: 05592-9277-20, Fax: 05592-9277-77
 rainer.marbach@waldschloesschen.org
 info@waldschloesschen.org
 www.waldschloesschen.org

Tagungshaus Bredbeck

Bildungsstätte des Landkreises Osterholz
 Frank Bobran
 An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
 Telefon: 04791-9618-0, Fax: 04791-961813
 info@bredbeck.de
 www.bredbeck.de

Nordrhein-Westfalen**Akademie Biggese**

Seminar für Staatsbürgerkunde e. V.
 Udo Dittmann
 Ewiger Str. 7-9, 57439 Attendorn
 Telefon: 02722-709-0, Fax: 02722-709453
 dittmann@akademie-biggese.de
 info@akademie-biggese.de
 www.akademie-biggese.de

aktuelles forum nrw e. V.

Ulrika Engler
 Hohenstaufenallee 1, 45888 Gelsenkirchen
 Telefon: 0209-15510-0, -15 Fax: 0209-15510-29
 u.engler@aktuelles-forum.de
 www.aktuelles-forum.de

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)

Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
 Karsten Matthis
 Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
 Telefon: 02223-730, -73-119, Fax: 02223-73111 oder 73601
 info@azk.de | StiftungCSP@azk.de
 www.azk.de

Arbeitskreis Entwicklungspolitik e. V.

AKE – Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk e. V.
Nadya Homsi
Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-95737 u. 95738, Fax: 05733-18154
nadya.homs@ake-bildungswerk.de
info@ake-bildungswerk.de
www.ake-bildungswerk.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.

Institut für politische Bildung
Eckhard Kohle
Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Postfach 103334, 44033 Dortmund
Telefon: 0231-83800-0, -23, Fax: 0231-83800-56
kohle@agnrw.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.

Dr. Paul Ciupke
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982 u. 228937, Fax: 0201-235505
paul.ciupke@hu-bildungswerk.de
buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden

Neue Gesellschaft Niederrhein e. V.
Sonja Schweizer
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-8628261-0, -1, Fax: 0211-8628261-9
sonja.schweizer@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie

Anke Weigend
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-81931-20, Fax: 0228-81931-06
a.weigend@dbbakademie.de
www.dbbakademie.de
dbb akademie Berlin – Büro im dbb forum berlin
Behrenstr. 23/24, 10117 Berlin
Telefon: 030-408165-44, Fax: 030-408165-10
dbb akademie Königswinter – Büro im dbb forum Siebengebirge
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter (Oberpleis)
Telefon: 02244-882-0, Fax: 02244-882-205
info@dbb-forum-siebengebirge.de

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V.

Hanns Christhard Eichhorst
Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0, Fax: 0228-949301-28
eichhorst@eanrw.eu
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.

Dr. Theo Mechtenberg
Südfeldstr. 2-4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0, Fax: 05733-913847
info@gesw.de
www.gesw.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e. V.

Victor Fischer
Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn
Telefon: 0228-92398-07, Fax: 0228-690385
fischer@guez-dokumente.org
jugendabteilung@guez-dokumente.org
www.guez-dokumente.org
Bildungsstätte: Deutsch-Französisches Schülerheim (Bayern)
Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg am Bodensee
Telefon: 08382-89895, Fax: 08382-89895

Gustav-Stresemann-Institut e. V.

Dr. Ansgar Burghof
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8107-0, Fax: 0228-8107-198
a.burghof@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e. V.

Ina Nottebohm
Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205-9126-0, Fax: 05205-9126-20
i.nottebohm@haus-neuland.de
info@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

IKAB-Bildungswerk e. V./IKAB e. V.

Institut für angewandte Kommunikationsforschung
in der Außerschulischen Bildung
Dr. Hendrik Otten
Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
Telefon: 0228-636460, Fax: 0228-694848
info@ikab.de
www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn e. V.

René Kauffmann
Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
Telefon: 02264-40433-0, Fax: 02264-3713
kauffmann@ibz-gimborn.de
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH

Elke Wegener
Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-952096-0, Fax: 0231-521233
info@ibb-d.de | www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.

Nina Pauseback
 Hauptstr. 487/Jakob-Kaiser-Straße, 53639 Königswinter
 Telefon: 02223-706-11, Fax: 02223-4737
 ninapauseback@jakob-kaiser-stiftung.de
 mail@jakob-kaiser-stiftung.de
 www.jakobkaiser.de

**Jugendbildungsstätte Welper im
Freizeitwerk Welper e. V.**

Brigitte Christiansen
 Rathenastr. 59 a, 45527 Hattingen
 Telefon: 02324-9464-0, -59, Fax: 02324-9464-94
 christiansen@freizeitwerk-welper.de
 www.freizeitwerk-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e. V.

Ulrike Steimann
 Eupener Str. 70, 50933 Köln
 Telefon: 0221-669975-0, -22, Fax: 0221-669975-614
 info@karl-arnold-stiftung.de | www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Heidrun Kaiser
 Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-923-0, -320, Fax: 05733-10564
 heidrun.kaiser@lwl.org
 info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
 www.LWL-Bildungszentrum-Jugendhof-Vlotho.de

Salvador-Allende-Haus

Sozialistisches Bildungszentrum Haard e. V.
 Thomas Wette
 Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
 Telefon: 02368-6906-46, Fax: 02368-6906-844
 thomas.wette@allende-haus.de
 www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e. V.

Harald Meves
 Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-9129-0, Fax: 05733-9129-15
 info@staette.de | www.staette.de

ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst

Josef Peitz
 Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste
 Telefon: 05232-983-0, Fax: 05232-983-462
 Josef.Peitz@verdi.de | www.imk.verdi.de

vogelsang ip gmbH/Internationaler Platz

Stefan Wunsch
 Kulturkino, 53937 Schleiden
 Telefon: 02444-91579-0, -282, Fax: 02444-91579-29
 stefan.wunsch@vogelsang-ip.de
 www.vogelsang-ip.de

Willi-Eichler-Bildungswerk e. V.

Martin Schilling
 Rubensstr. 7-13, 50676 Köln
 Telefon: 0221-20407-44, Fax: 0221-20407-92
 kontakt@web-koeln.de
 www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz**PfalzAkademie – Bezirksverband Pfalz**

Dr. Uwe Schwab
 Franz-Hartmann-Str. 9, 67466 Lambrecht
 Telefon: 06325-1800-0, -25, Fax: 06325-1800-26
 u.schwab@pfalzakademie.bv-pfalz.de
 www.pfalzakademie.de

Europa-Haus Marienberg

Karsten Lucke
 Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
 Telefon: 02661-640-0, Fax: 02661-640-100
 lucke@europa-haus-marienberg.de
 ehm@europa-haus-marienberg.de
 www.europa-haus-marienberg.eu

Sachsen**Brücke/Most-Stiftung**

Tobias Kley
 Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
 Telefon: 0351-43314-0, -114, Fax: 0351-43314-133
 t.kley@bmst.eu | info@bmst.eu
 www.bmst.eu

Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.

Karin Pritzel
 Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
 Telefon: 0351-804022-0, Fax: 0351-804022-2
 pritzel@wehnerwerk.de
 info@wehnerwerk.de
 www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA e. V.

Frank Rischer
Klienebergerplatz 1, 02763 Zittau
Tagungshaus im Dreieck
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0, -22, Fax: 035873-41319
f.rischer@hillerschevilla.de
www.hillerschevilla.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.
Dr. Hauke Petersen
Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0, Fax: 04523-88097-28
info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Hermann-Ehlers-Stiftung e. V.

Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH
Marcia Jankwitz
Niemannsweg 78, 24105 Kiel
Telefon: 0431-3892-0, -39, Fax: 0431-3892-38
info@hermann-ehlers.de
jankwitz@hermann-ehlers.de
www.hermann-ehlers.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Karsten Biermann
24972 Quern
Telefon: 04632-8480-0, Fax: 04632-8480-30
biermann@scheersberg.de
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg

Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V.
Dieter Fiesinger
Marienstr. 31, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-9591-0, Fax: 04551-9591-15
fiesinger.dieter@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e. V.

Jugendbildungsstätte Hütten

Cornelia Möbius
Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa/Hütten
Telefon: 03647-414771, Fax: 03647-418936
moebius@bildungswerk-blitz.de
huetten@bildungswerk-blitz.de
www.bildungswerk-blitz.de
Sitz des BLITZ e. V.
Zeitgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0, -28, Fax: 036428-517-27
www.bildungswerk-blitz.de

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Dr. Moritz Kilger
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0, Fax: 03643-827-111
kilger@ejbweimar.de
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie

Verein für Bildung e. V.
Ulrich Ballhausen
Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574, Fax: 03643-770637
weimar-jena-akademie@gmx.de
www.weimar-jena-akademie.de
Bildungsstätte im Wielandgut Oßmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0, Fax: 036462-92091-2
bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

AWO Bundesakademie

Karin Kunert
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-0, Fax: 030-26309-32142
karin.kunert@awo.org
www.akademie.awo.org
Tagungszentrum Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0, Fax: 02228-932-100

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Politische Akademie Bonn

Reinhard Weil
 Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
 Postanschrift: 53170 Bonn
 Telefon: 0228-883-0, -7102, Fax: 0228-883-9223
 Ingrid.Nordemann@fes.de
 www.fes.de/pa
 www.netzwerk-politische-bildung.de

Kurt-Schumacher-Akademie der FES

Axel Schmidt
 Willy-Brandt-Str. 19, 53902 Bad Münstereifel
 Telefon: 02253-9212-0, -20, Fax: 02253-8091
 Axel.Schmidt@fes.de | muenstereifel@fes.de
 www.kurt-schumacher-akademie.de

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Büro Berlin-Brandenburg/Truman-Haus

Bereich Politische Bildung und Begabtenförderung
 Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
 Telefon: 0331-7019-190, Fax: 0331-7019-280
 www.freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie

Klaus Füßmann
 Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
 Telefon: 02261-3002-0, Fax: 02261-3002-21
 klaus.fuessmann@freiheit.org
 www.freiheit.org

Friedrich-Naumann-Stiftung

Büro Berlin-Brandenburg/Hauptstadtbüro

Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin
 Telefon: 030-2887784-2, Fax: 030-2887784-9
 buero.berlin-brandenburg@freiheit.org
 www.freiheit.org

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Referat Zeitgeschichte und Demokratieentwicklung

Eike Botta-Venhorst
 Schumannstr. 8, 10117 Berlin
 Telefon: 030-28534-0, -235, Fax: 030-28534-109
 botta@boell.de | info@boell.de
 www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Werkstatt für politische Bildung e. V.
 Inka Thunecke
 Dortustr. 52, 14467 Potsdam
 Telefon: 0331-200578-0, Fax: 0331-200578-20
 thunecke@boell-brandenburg.de
 www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

ijgd-Bundesverein e. V.

Jürgen Wittmer

Adressen der ijgd-Vereine und -Geschäftsstellen:

ijgd-Bundesgeschäftsstelle

Zuständig für ijgd-Bundesverein e. V.
 Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
 Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29
 ijgd@ijgd.de
 www.ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd

Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e. V.;
 Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.; Baden-Württemberg e. V.;
 Hessen e. V.; Süddeutschland e. V.
 Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
 Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord

Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e. V.;
 Hamburg/Schleswig-Holstein e. V.
 Katharinenstr. 13, 31135 Hildesheim
 Telefon: 05121-20661-30, Fax: 05121-20661-45

ijgd-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt

Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt & Thüringen e. V.
 Westendorf 26, 38820 Halberstadt
 Telefon: 03941-5652-0, -11, Fax: 03941-5652-52
 ijgd.halberstadt@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin

Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e. V.; Sachsen e. V.
 Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
 Telefon: 030-6120313-21, Fax: 030-6120313-38
 pr.berlin@ijgd.de

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam

Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e. V.
 Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam
 Telefon: 0331-293523, Fax: 0331-2804044

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-Ost

Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern
Am Schilde 4, 23966 Wismar
Telefon: 03841-226-773, Fax: 03841-226-941

Internationaler Bund (IB)

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V. Zentrale Geschäftsführung:

Ressort Bildung und Soziale Arbeit
Petra Tabakovic
Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-184, Fax: 069-94545-280
petra.tabakovic@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro

Hannoversche Str. 19A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0, Fax: 030-214096-22
Hauptstadtbuero-Berlin@internationaler-bund.de

IB-Bildungszentrum Bernau (Brandenburg)

Fritz-Heckert-Str. 1, 16321 Bernau
Telefon: 03338-7045911, Fax: 03338-754948

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar (Hessen)

Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6, Fax: 06433-93017-7

IB-Familienbildungswerk (NRW)

Auststr. 29, 47119 Duisburg
Telefon: 0203-872344, Fax: 0203-8304-0

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek (Schleswig-Holstein)

Allensteiner Str. 40, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418, Fax: 04151-891626

IB-Internationales Jugendgästehaus (Thüringen)

Am Herrenberge 3, 07745 Jena
Telefon: 03641-6872-30, Fax: 03641-6872-02
jugendgaestehaus.jena@internationaler-bund.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. – Bereich Politische Bildung

Abteilung Bildungswerke

Dr. Werner Blumenthal
Postfach 13 31, 50387 Wesseling
Urfelder Str. 221, 50389 Wesseling
Telefon: 02236-707-4215, Fax: 02236-707-4347
werner.blumenthal@kas.de
www.kas.de

Bildungszentrum Schloß Wendgräben

Alexandra Mehnert
Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben
Telefon: 039245-9523-50, Fax: 039245-9523-66
Alexandra.Mehnert@kas.de
zentrale-wendgraeben@kas.de
www.kas-wendgraeben.de

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3370, Fax: 030-26996-3558
www.kas.de

OUTWARD BOUND gGmbH*)

Geschäftsstelle

Kaj Bondy
Berghausstr. 1, 87645 Schwangau
Telefon: 08362-9822-0, Fax: 08362-9822-22
Kaj.Bondy@outwardbound.de
info@outwardbound.de
www.outwardbound.de

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e. V.

Uwe Weppler

Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6706-220, Fax: 069-6706-203
weppler@pb-paritaet.de
www.pb-paritaet.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Akademie für politische Bildung
Dr. Evelin Wittich
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030-44310-221, Fax: 030-44310-222
wittich@rosalux.de
info@rosalux.de
www.rosalux.de

*) Assoziierte Mitgliedseinrichtungen

Stand: 05. Dezember 2014

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e. V.
Mühlendamm 3
10178 Berlin

Fax: +49 (0)30 400 401-22
www.adb.de/zeitschrift_ab

Bestellung

Hiermit bestelle(n) ich (wir) zu den angegebenen Bezugsbedingungen

- Einzelheft(e) der Ausgabe der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“
..... Einzelheft(e) der Ausgabe der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“.
..... Abonnement(s) der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“.

Start des Abonnements ab Ausgabe

Lieferanschrift (Name, Adresse):

Rechnungsanschrift: (falls abweichend)

.....
.....
.....
.....

Datum/ Unterschrift:

.....

Bezugsbedingungen ab Ausgabe 1/2015:

- 1 bis 3 Abonnements** (je Abo 4 Ausgaben pro Jahr zzgl. Versandkosten) **€ 20,00**
ab 4 Abonnements (je Abo 4 Ausgaben pro Jahr zzgl. Versandkosten) **€ 16,00**
Ermäßigtes Abonnement (je Abo 4 Ausgaben pro Jahr zzgl. Versandkosten) **€ 16,00**
(für Studierende, Praktikantinnen/Praktikanten, Referendarinnen/Referendare, Nachweis erforderlich)
Einzelheft (zzgl. Versandkosten) **€ 7,00**

Eine Abo-Kündigung muss 3 Monate vor Jahresende in schriftlicher Form erfolgen.



Anschrift:
Mühlendamm 3
10178 Berlin

Telefon:
Telefon 030 / 400 401 00
Telefax 030 / 400 401 22

E-Mail, Internet:
redaktion@adb.de
www.adb.de

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Telefon: 030-400 401 00, Fax: 030-400 401 22

E-Mail: info@adb.de,

Internet: www.adb.de